

NEUE

Institut der Zollverwaltung der DDR
"HEINRICH RAU"
1501 Plötzin, Ortsteil Plessow 2
Postfach 500
Fachbibliothek

ZEIT





Diese Uhr aus Hiroshima blieb am Morgen des 6. August 1945 stehen, als die Atombombe diese japanische Stadt in eine nukleare Hölle verwandelte. Die Nuklearkriegsgefahr bedroht heute die ganze Menschheit. Doch die Menschen glauben, daß die Vernunft siegen und eine Zeit kommen wird, da dieses Exponat aus dem Museum von Hiroshima keine Sorge mehr um die Zukunft unserer Zivilisation hervorrufen wird.

MATHEMATIK UND POLITIK

Mathematik ist der Politik, deren materielle Komponenten durchaus in Zahlen ausgedrückt werden können, keineswegs fremd. Doch bisweilen bringen mathematische Werte nicht die ganze Bedeutung einer politischen Größe zum Ausdruck. Ein konkretes Beispiel dafür sind die westlichen Spekulationen um den Beschuß Moskaus, sechs sowjetische Regimenter bis Ende des Jahres aus Afghanistan abzuziehen.

Ist das viel oder wenig? fragt die Londoner "Times". Und antwortet: "In militärischer Hinsicht ist die afghanische Initiative der Sowjetunion keine große Geste." Ähnlich reagierte auf unseren Beschuß auch Washington. Dort beeilte man sich ebenfalls, ihn als "unbedeutend" abzutun.

Unsere Leser können sich in diesem Heft mit ganz anderen Einschätzungen der Bedeutung der neuen sowjetischen Initiative vertraut machen — und zwar seitens jener, die das vor allem angeht, die das wohl besser beurteilen können.

Wir möchten in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf eine weitere Zahl — 15 — lenken. Ebenso viele Kernwaffentests führten die USA seit Inkrafttreten des vor einem Jahr verkündeten sowjetischen Moratoriums für alle Nuklearexpllosionen durch. Ist das viel oder wenig? Eine aburde Frage — geht es letztlich nicht um Zahlen, sondern um die Tendenz, die dahinter steht.

Die sechs sowjetischen Regimenter, die aus Afghanistan in die UdSSR zurückkehren, zeugen gleichfalls von einer gewissen Tendenz. So wird ein weiteres Mal der außenpolitische Kurs der UdSSR auf die Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit, wie es der XXVII. Parteitag der KPdSU formulierte, konkretisiert. Unsere Aktion soll eine politische Regelung der Lage um Afghanistan beschleunigen und den in Genf über den Vertreter des UNO-Generalsekretärs geführten afghanisch-pakistanischen Verhandlungen einen neuen Impuls geben. Auf unseren ersten Schritt können ein zweiter und ein dritter folgen. Wie in Wladiwostok erklärt wurde, ist die sowjetische Seite bei einer endgültigen Regelung bereit, in Absprache mit der afghanischen Führung die Rückkehr aller ihrer Truppen aus der DR Afghanistan zu beschleunigen.

Doch das hängt nicht nur von uns ab. Die mit Afghanistan zusammenhängenden Probleme wurden von jenen geschaffen, denen der Wunsch der Völker, frei ihr Schicksal zu gestalten, zuwider ist. Mit ihrer Friedensinitiative will die Sowjetunion dazu beitragen, die Konfliktsituation um Afghanistan zu entschärfen. Sie hofft, daß jene, die die bewaffnete Intervention gegen die DR Afghanistan organisieren und verwirklichen, unsere Geste des guten Willens richtig verstehen und gebührend beantworten werden.

POST

Mit einem Gefühl tiefer Genugtuung lasse ich mir die Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU durch den Kopf gehen. Die Ehrlichkeit und Offenheit der Partei bei ihrer Analyse schwierigster Fragen der Innen- und Außenpolitik haben mich besonders stark beeindruckt. Meiner Meinung nach ist das die effektivste Methode, den weiteren Weg zu bestimmen. Ich wünsche Ihnen, daß Sie diesen Weg beharrlich weitergehen.

Helge TÖPPER
Torgelau, DDR

In der "Diskussion mit dem Leser", Nr. 18/86 behauptet Herr Robert Raith, daß "der wesentlichste Unterschied zwischen Ihnen und uns die Freiheit ist, die es in den USA gibt und die in der UdSSR fehlt." Herr Raith mißt alle Erscheinungen unseres Lebens mit der amerikanischen Elite. Unsere Welt stimmt jedoch mit den bei ihm bestehenden Vorstellungen nicht überein. Wir halten uns an die Vereinbarungen von Helsinki, die die Menschenrechte betreffen. Unsere Menschen können sich mit ihren Gesuchen, Vorschlägen und ihrer Kritik an jede Institution, bis hin zum Obersten Sowjet der UdSSR wenden. Jede Institution hat die Pflicht, das Anliegen des Bürgers zu prüfen und ihm zu antworten. Gibt es etwa ähnliche staatliche Instanzen in der Heimat, Herrn Raiths, die verpflichtet wären, auf Protest und Kritik der Amerikaner zu antworten?

Wenjamin
KLUNITSCHENKO
Krasnodon, Ukr.SSR

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

AUGUST 1986
32

Gründungsjahr 1943

3

Asien und der Pazifik
Region vor der Wahl

4

UdSSR--Indien
Stabilisierender Faktor
internationaler
Größenordnung

8

Afghanistan
Geste guten Willens

9

Fidel Castro — 60. Geburtstag

14

Aeroflot
heute und morgen

17

Eine Reise in die Provinz
Zhejiang

21

Berliner Mauer:
Grenze zweier Welten

25

VR Bulgarien
Arbeit für Roboter

27

Reportage aus Brasilien
(Schluß)

32

Kasparow--Karpow
Rätselhafter Turm

WORT DES REDAKTEURS (1).
INTERVIEWS (5, 13).
PANORAMA (10). PERSONALIEN (24). DISKUSSION
MIT DEM LESER (31)

Titelbild: Plakat amerikanischer Friedenskämpfer

HOBOE

ВРЕМЯ

TEMPS

NOUVEAUX

NOWE

CZASY

TIEMPOS

NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

JEDER ACHTE

Luftpassagier der Welt nimmt die Dienste der Aeroflot in Anspruch. Sowjetische Piloten helfen mit, Bodenschätze zu entdecken, nehmen teil an

beeindruckenden Bauvorhaben in Sibirien und im Sowjetischen Fernen Osten. Die Funktion des Lufttransports ist auch bei der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit bedeutend. Der Minister für Zivilluftfahrt der UdSSR B. Bugajew berichtet unserem Sonderkorrespondenten über Gegenwart und Zukunft der Aeroflot.

S. 14



HEIMAT DER SEIDE UND DES TEES

nannete man früher die chinesische Provinz Zhejiang. Hier sind viele Denkmäler des chinesischen Altertums erhalten, die Touristen zu Tausenden anziehen. Hier begann die berühmte Seidenstraße,

die einst Marco Polo rühmte. Lesen Sie in G. Arslanows Reportage, was die Wirtschaftsreform dieser Provinz der VR China an Neuem gebracht hat.

S. 17

VIELVER- SPRECHENDE PERSPEKTIVEN

In seiner Rede in Wladivostok schätzte der Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Indien hoch ein. Die Verbindungen zwischen beiden Ländern erweisen sich als stabil. "Sie hielten der Prüfung der Zeit stand", erklärte der indische Außen- und Handelsminister Sh. Shankar aus Anlaß des 15. Jahrestages des sowjetisch-indischen Vertrags über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit unseres Korrespondenten in einem Interview. Lesen Sie in unserer Reportage aus Delhi über die vielversprechenden Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.



Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), D. WOLSKI, V. ZOPPI

Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

NATO oder Helsinki?

Große Pläne werden nicht leicht verwirklicht, besonders wenn sie auf einem neuen, untraditionellen politischen Denken beruhen. Und um so bezeichnender ist, daß die von Michail Gorbatschow in dessen Wladiwostoker Rede vorgefragte Idee der Durchführung einer Pazifik-Konferenz unter Teilnahme aller Anrainerstaaten nach Art der Helsinki-Konferenz allgemeine Aufmerksamkeit, doch unterschiedliche Reaktionen hervorrief. Die konsequenter Friedensanhänger unterstützen entschieden diese Idee, doch bisweilen wird auch die Meinung geäußert, ein "pazifisches Helsinki" sei zu begrüßen, doch kaum realisierbar. Das bekommt man z. B. nicht nur in Japan oder Australien zu hören, sondern auch in einigen nichtpaktgebundenen Staaten Asiens. Und die USA? Der "Washington Post" zufolge "erklärten Vertreter des State Department, die USA würden unter den jetzigen Bedingungen ein solches Treffen nicht billigen".

"Unter den jetzigen Bedingungen" ... ist denn die Sowjetunion so naiv zu meinen, die Bedingungen für ein Treffen seien schon reif? Die Durchführung einer Konferenz der Pazifikkänder ist kein Nahziel. Um es zu erreichen, sind große Anstrengungen, vor allem aber politischer Wille, notwendig. Laut "Washington Post" ist der in offiziellen Kreisen der USA so gut wie nicht vorhanden, statt dessen demonstriert man lieber Skepsis.

Wurde ja auch die Idee einer gesamteuropäischen Konferenz anfangs mit Skepsis und Ablehnung in Washington aufgenommen. Schon seit den 40er Jahren dominierte dort ein ganz anderes Herangehen an die europäischen Angelegenheiten — eine antisowjetische, antifaschistische Haltung, die ihren Ausdruck im NATO-Block fand. Jetzt möchte man die atlantischen Erfahrungen in den Weiten des Pazifiks wiederholen. Sogar eine Form für ein NATO-Äquivalent wurde ersonnen — eine "Pazifikgemeinschaft". Neben den USA, Japan und Australien sollen ihr die Entwicklungsländer der ASEAN-Gruppierung, eventuell auch einige andere große Länder Asiens angeschlossen werden. Warum? Damit dieses Staatenkonglomerat der UdSSR und ihren asiatischen Verbündeten gegenübergestellt und eine Art rechtlicher Mechanismus geschaffen wird, um die US-Partner im Pazifikraum in die Kriegsvorbereitungen des Pentagon hineinzuziehen und dort insgesamt die Positionen des Imperialismus zu festigen.

"Fast alle Länder, die der 'Gemeinschaft' angeschlossen werden sol-

len", hieß es in einem diesen Sommer von einer Universität Indonesiens herausgebrachten Sammelband, "arbeiten bilateral mit den USA sowohl im Bereich von Verteidigungsabkommen als auch in dem der militärischen Hilfe zusammen. Und was noch wichtiger ist, sie befinden sich im Aktionsradius der 7. US-Flotte, der von den Hawaii-Inseln über Subic Bay" (der US-Stützpunkt auf den Philippinen — die Red.) "und dem Südchinesischen Meer bis nach Diego Garcia reicht. Deshalb würde die Schaffung einer 'Pazifikgemeinschaft' für die USA

nialistische Ausbeutung. Ein Instrument zu deren Verstärkung wollten und wollen Washington und Tokio durch eine regionale Entsprechung der NATO schaffen.

Ist das nicht zu viel für das Fundament des noch nicht errichteten Gebäudes? Nicht von ungefähr ziehen es die Washingtoner Architekten jetzt vor, nicht von einer "Gemeinschaft", sondern von einem "System der Zusammenarbeit" zu sprechen, wenn sie auch das gleiche meinen. Doch bislang ist zumindest in den Entwicklungsländern Asiens kein positives Echo zu vernehmen. Wagen wir eine Prognose — der Entwurf einer östlichen NATO wird nur ein Schema oder genauer auf Landkarten bleiben. Das, was in den 40er Jahren noch denkbar gewesen wäre, ist in den 80er Jahren viel schwerer zu verwirklichen.

Die Völker haben in den vergangenen Jahrzehnten enorme politische Erfahrungen gesammelt — negative wie positive, Erfahrungen, die keine Grenzen kennen, die von einem Kontinent auf den anderen übergreifen. Sie sprechen eine deutliche Sprache: Nicht die aggressive NATO-Doktrin, die den Frieden gefährdet, hat sich bewährt, sondern eine ganz andere politische Konzeption, begründet auf die Gemeinsamkeit der Interessen der verschiedenen Länder bei der Festigung der internationalen Sicherheit und der Entwicklung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit. In Europa hat sie ihren Ausdruck im Helsinki-Prozeß gefunden, der bei allen Rückschlägen doch zum Abbau der Spannungen beiträgt, eine gewisse Stabilität gewährleistet. Und brauchen nicht eben das heute die Länder des asiatisch-pazifischen Raums? Gerade deshalb sind für sie die Erfahrungen von Helsinki so wertvoll. Bei deren nüchterner Analyse wird gerade der Realismus des neuen Denkens, wofür Moskau ein Beispiel gibt, deutlich.

Natürlich geht es nicht darum, diplomatische Methoden mechanisch zu übertragen — die regionale Spezifik ist unbedingt zu berücksichtigen. Auch sollte man fallen dort, wo keine sind, nicht sehen, die legitimen Interessen aller Länder sind zu berücksichtigen, und man darf nicht versuchen, anderen Staaten einen fremden Willen aufzuzwingen. Doch zugleich sollte man keine Illusionen hegen, alles werde leicht und schnell ablaufen. Das Ganze ist kompliziert. Doch es ist wichtig, damit zu beginnen, ein Anfang ist bereits gemacht. Die Diskussion, die Impulse, die von Wladiwostok ausgehen, demonstrieren das überzeugend.

D. WOLSKI

Als Ziel — wenn auch nicht als Nahziel — würden wir nach dem Muster der KSZE eine pazifische Konferenz unter Teilnahme aller Anrainer vorschlagen. Wenn es gelingt, ihre Einberufung zu vereinbaren, kann man sich dann auch über ihren Austragungsort einigen. Eine Variante ist Hiroshima. Warum sollte diese Stadt — das erste Opfer der Atomeiße — nicht zu einer Art "Helsinki" Asiens und des Pazifikraums werden?

Aus der Rede M. S. Gorbatschows in Wladiwostok

die faktische Anerkennung ihrer militärischen Überlegenheit und der von ihnen ausgeübten Kontrolle über die Seewege im Pazifik und im Indik außerhalb der Hoheitsgewässer der Mitgliedsländer bedeutet."

Die Ähnlichkeit mit der NATO ist also frappierend. Und das nicht von ungefähr: Mit der Schaffung der "Gemeinschaft" möchte man den alten Plan einer "Einkreisung" der UdSSR von West und von Ost verwirklichen. Doch auch der Unterschied ist deutlich — nicht, wie es Kipling einst sagte, "West ist West und Ost ist Ost". Der Grund ist ein anderer. Im Westen, im Nordatlantik haben die meisten Staaten die gleiche Gesellschaftsordnung, ähnliche politische Systeme, einen vergleichbaren Entwicklungsstand, einander nicht zu fremde Gewohnheiten und Traditionen — während im Osten, im Pazifikraum starke Kontraste bestehen, bedingt durch die Vielfalt des historischen Erbes, vor allem aber durch Kolonialismus und neokolo-



Stabile Beziehungen

Die sowjetisch-indische Zusammenarbeit—

ein wichtiger Friedensfaktor in Asien

Im August jähren sich zwei Ereignisse. Am 9. August jährt sich der Vertrag zwischen der UdSSR und Indien über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zum 15. Male, und am 15. August wird der 39. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens begangen. In seiner Rede in Wladiwostok verwies Michail Gorbatschow auf die moralische Autorität und die traditionelle Weisheit Indiens, auf die Eigenart in den politischen Erfahrungen und die gewaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses großen Landes. "Wir wissen", sagte er, "den von diesem Land schon geleisteten Beitrag zur Behauptung der Normen der gleichberechtigten Koexistenz und Gerechtigkeit in der Völkergemeinschaft

zu schätzen. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Indien sind ein stabilisierender Faktor vom internationalen Ausmaß geworden."

Der zeitliche Zusammenfall beider Jubiläen ist kennzeichnend, denn darin kommen die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche zum Ausdruck. In diesem Beitrag unternehmen unsere Korrespondenten den Versuch, sie an konkreten Beispielen zu veranschaulichen.

Freunde und Interessen

Man schrieb das Jahr 1971. Im Sommer war die Situation auf dem Indischen Subkontinent und um ihn bis zum

äußersten gespannt. Das Volk des damaligen Ostpakistan, das von westlichen Teilen des Landes durch Indien getrennt war, erhob sich zum bewaffneten Kampf für einen eigenen Staat. Das zentrale Regime antwortete darauf mit harten Repressalien gegen die Bevölkerung. Zehntausende Flüchtlinge strömten ins benachbarte Indien. In Delhi faßte man einen Beschuß, der unter jenen Umständen nicht sehr leicht war und deshalb ging, die Qualen der Geburt eines neuen Staates zu erleichtern. Als Antwort darauf sandten die USA eine Stoßgruppe ihrer 7. Flotte in den Golf von Bengalen. Das war mehr als nur demonstrativer Druck auf Indien. Wie aus vor kurzem in Iran veröffentlichten Geheimdokumenten klar wurde, sollte das US-Geschwader eine militärische Intervention gegen Indien starten. Aber dank der entschiedenen Position der UdSSR wurde der Plan durchkreuzt.

In einem Interview für die "Neue Zeit" sagte der damalige indische Außenminister Sardar Swaran Singh: "Die Situation auf unserem Subkontinent war damals unheilvoll. Delhi strebte danach, die entstehenden Probleme friedlich zu lösen. Aber die äußeren Kräfte wollten diese Bemühungen blockieren. In dieser Situation wurde am 9. August 1971 in Delhi der Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit beschlossen." Auch Sardar Swaran Singhs Unterschrift steht unter diesem Dokument.

War die Unterzeichnung eine Folge der damaligen drängenden Umstände? Jemand bemerkte, die Verträge seien wie ein Spurfoto, eine Momentaufnahme, die das Ergebnis des zurückgelegten Weges festhalte. Nun, der sowjetisch-indische Vertrag fixierte in der Tat das, was sich in den Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern Jahrzehnte herausgebildet hatte.

Nach der Oktoberrevolution rief Lenin dazu auf, dem indischen Volk und allen anderen Völkern des Orients die Hand der Freundschaft und Brüderlichkeit reichen. Jawaharlal Nehru schrieb seine seit 30 Jahren später: Indien und UdSSR seien Nachbarn, folglich müßten sie sich in ihren Beziehungen von guter Nachbarschaft und Freundschaft leiten. "Solche Beziehungen bestanden zwischen unseren beiden Ländern bereits lange vor Unterzeichnung des Vertrags", sagte uns Sardar Swaran Singh. "Unsere Zusammenarbeit verlief auf vielen Gebieten erfolgreich. Die UdSSR half Indien beim Bau von Großobjekten der Schlüsselindustrie. Auch in den internationalen Angelegenheiten, vor allem bei der Festigung des Friedens und der Sicherheit, bestanden enger Kontakte zwischen Indien und der UdSSR. Eben deshalb gelangten beide Länder zu dem Schluß, daß ihre en-

Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen sozusagen juristisch untermauert werden mußte. Der Vertrag ist eine gute Basis für den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zum Wohl unserer beiden Länder und im Interesse der allgemeinen Sicherheit und des Friedens."

Vor der Abreise nach Moskau

Als der namhafte Vertreter der Öffentlichkeit und Veteran der indischen Diplomatie T. N. Kaul vor kurzem als neuer Botschafter Indiens in Moskau aus seinem Land abreiste, sprachen wir mit ihm über die außenpolitischen Aspekte des Vertrages. Hier seine Ausführungen.

"Im Zusammenhang mit meiner Ernennung sagte mir Premierminister Rajiv Gandhi, daß die weitere Entwicklung der

Beziehungen zur UdSSR nicht nur für unsere Länder, sondern auch für den Weltfrieden wichtig ist, spielt doch der indisch-sowjetische Vertrag eine große Rolle sowohl regional als auch global.

Als in Indien 1977 die Regierung der Janata Party an die Macht kam, versuchten die USA, die indische Politik der Nichtpaktgebundenheit in die Bahnen der sogenannten Äquidistanz zu lenken. Aber die Nichtpaktgebundenheit ist kein Neutralismus, vielmehr Unabhängigkeit in den Beziehungen zu allen Ländern auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens und Nutzens. Die UdSSR verstand Delhis Politik von Anfang an in diesem Sinne und erkannte die Wichtigkeit Indiens als friedliebendes Land. Ich befürchte, daß man in den USA dieses Potential Indiens bisher nicht anerkennt. Mehr noch, sie wollen um unseren Staat und die anderen mit der UdSSR befreundeten Staaten einen Ring feindlicher Kräfte

schließen. Das mißlang früher, mißlingt auch jetzt. Die Machtpolitik wird ohne Wirkung bleiben.

Jetzt", fuhr T. N. Kaul fort, "ist die Weltlage wohl komplizierter als 1971. Die Kriegsgefahr ist gewachsen. Deshalb ist der sowjetisch-indische Vertrag ein Faktor der Stabilität, heute sogar noch mehr als früher. Unsere beiden Länder müssen dieses Dokument durch gegenseitige Konsultationen über Fragen des Friedens und der Sicherheit noch wirksamer werden lassen.

Unsere Freundschaft beruht nicht auf konjunkturbedingten Momenten", sagte der Nestor der indischen Diplomaten abschließend. "Ihr Fundament wurde lange vor Abschluß des Vertrages gelegt. Indien erhielt sowjetische Unterstützung bei der Befreiung Goas, im Kaschmirkonflikt und bei den Ereignissen, die der Entstehung von Bangladesh

INTERVIEW

Der indische Außenminister Shiv Shankar: Vielversprechende Perspektiven

Der Indische Außen- und Handelsminister Shiv Shankar beantwortet im Zusammenhang mit dem seit 15 Jahren wirksamen indisch-sowjetischen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit einige Fragen unserer NZ-Korrespondenten.

Die sowjetisch-indischen Beziehungen entwickeln sich schon über mehrere Jahrzehnte. Wie würden Sie dieses Beispiel für Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen charakterisieren?

Die indisch-sowjetischen Beziehungen beruhen auf soliden Grundlagen. Beide Länder respektieren die Prinzipien der Gleichberechtigung, Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und des gegenseitigen Vorteils. Unsere Beziehungen entwickeln sich kontinuierlich auf verschiedenen Gebieten. Sie hielten den Prüfungen der Zeit stand. Beide Staaten eint das gemeinsame Interesse an Frieden, Abrüstung und Entwicklung. Während der letzten Jahre wurden zwischen den Völkern Indiens und der UdSSR enge Bände der Freundschaft geknüpft, Beziehungen, die nicht mehr

rückgängig zu machen sind. Unsere Freundschaft gründet sich nicht auf kurzfristige Interessen. Stellt man die Treue unserer Länder zu klaren Prinzipien in Rechnung, dann ist es fast natürlich, daß unsere Freundschaft im Lauf der Zeit noch stärker wird.

Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach der Vertrag für unsere gegenseitigen Beziehungen?

Der indisch-sowjetische Vertrag dient als leuchtendes Beispiel für Beziehungen zwischen zwei befreundeten Ländern mit unterschiedlichen sozialen, politischen und ökonomischen Systemen. Der Vertrag symbolisiert die Treue der Regierungen und Völker Indiens und der Sowjetunion zu allumfassendem Frieden, zu Freundschaft und Zusammenarbeit.

Das Wort "Frieden" steht offensichtlich nicht zufällig an erster Stelle der Bezeichnung des Vertrags, Frieden nicht allein zwischen unseren beiden befreundeten Ländern, sondern in der ganzen Welt. Welche Bedeutung hat dieses Dokument für die Erhaltung des Friedens auf unserem Planeten?

Indien und die Sowjetunion vereint die gemeinsame Überzeugung, daß man

den allgemeinen Frieden stärken muß. Deshalb steht der Frieden auch in der Bezeichnung unseres Vertrages ganz vorne. Die Treue unserer beiden Länder zur Sache des Friedens auf der Erde, unermüdliche Anstrengungen zur Rettung des Planeten vor dem Schrecken eines atomaren Konflikts, der die Vernichtung der menschlichen Zivilisation bedeuten würde, sind Faktoren, die Bedeutung haben für die internationale Entspannung und die allgemeine, durch das Interesse an Abrüstung und Entwicklung motivierte Zusammenarbeit.

Was können Sie über die Perspektiven der indisch-sowjetischen Beziehungen sagen?

Diese Beziehungen hatten immer klare Perspektiven. Der gegenseitige Beitrag, den die Führungen beider Länder für unsere ausgedehnte und vielseitige Zusammenarbeit leisten, steigt durch wachsende Freundschaft und den guten Willen der Völker unserer beiden Länder. Die bevorstehenden Festtage Indiens in der Sowjetunion und der Sowjetunion in Indien stellen eine weitere Möglichkeit dar, das in den indisch-sowjetischen Beziehungen angelegte riesige Potential zu aktivieren, das Völker und Kulturen unserer Länder sich einander annähern lassen könnte. Unsere Beziehungen im Bereich der wirtschaftlichen und technischen Kooperation haben vielversprechende Perspektiven. Ich bin überzeugt davon, daß sie sich auch in Zukunft erweitern und noch vielseitigere Züge annehmen werden, indem sie neue Wege in der gegenseitigen Zusammenarbeit eröffnen.

vorausgingen. All das hat das indische Volk überzeugt, daß die UdSSR Indiens aufrichtiger Freund ist. Den Idealen der Nichtpaktgebundenheit brachte die UdSSR stets Sympathie entgegen. Moskau verfolgt eine konstruktive Politik von Frieden und Entspannung. Wir unterstützen das sowjetische Moratorium für Nukleartests, die Vorschläge der UdSSR für das Einfrieren der Nukleararsenale und ein Verbot der Produktion von Kernwaffen. Diese Vorschläge stehen im Einklang mit der bekannten Initiative der sechs Länder, darunter Indiens."

Ein sowjetischer Ingenieur diskutiert mit indischen Kollegen

Schichtwechsel im Bhilai-Hüttenkombinat

TASS-Fotochronik



Draußen im Lande

Die bilaterale Zusammenarbeit unserer beiden Länder in Handel und Wirtschaft erfaßt heute die verschiedensten Bereiche, darunter solche von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der gesamten indischen Volkswirtschaft. Anlässlich der Wirtschaftsmodernisierung, die die Regierung Rajiv Gandhis in letzter Zeit durch breite Einführung moderner Technologien verwirklicht, meinen einige Kräfte im Ausland, aber auch in Indien selbst, daß es sich nun auf den Westen umorientieren müsse. Hier jedoch der Standpunkt Energieminister Vasant Sathes dazu:

"Wie die Erfahrungen lehren, haben wir beim Ringen um das Endziel all unserer Pläne — eine gesicherte Selbstversorgung — gerade dank sowjetischer Hilfe große Erfolge zu verzeichnen. Und so

sind die Inder der UdSSR dankbar, weil sie dem politischen Wesen unserer wirtschaftlichen Aufgaben Verständnis entgegenbringt."

Gegenwärtig betrachten viele die Zusammenarbeit beider Länder bei der Gewinnung und Produktion von Energieträgern als den aussichtsreichsten Bereich. Indien steigert die Erdölförderung von Jahr zu Jahr.

Erfahrungen der ebenfalls mit sowjetischer Beteiligung in Barauni und Koyal gebauten Erdölraffinerien bestätigen. Darüber hinaus ermöglichen es uns ihre technologischen Potenzen, unser Unternehmen mit minimalen Ausgaben zu modernisieren."

Beim Rundgang fiel uns noch etwas auf. An den Ausrüstungen sahen wir neben Schildern sowjetischer Maschinen-



fabriken auch solche einiger bekannter indischer Gesellschaften und Firmen. Wie die anderen Objekte der indisch-sowjetischen Zusammenarbeit demonstriert Mathura anschaulich die ständig wachsenden Möglichkeiten Indiens selbst. In den 39 Jahren Unabhängigkeit hat das Land bei der Entwicklung seiner wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Potenzielle beeindruckende Erfolge erzielt.

Während wir das Durcheinander der Rohrleitungen betrachteten, uns über die Finessen des technologischen Prozesses belehren ließen und das oberste Ende der 67 m hohen Rektifiziersäule — das Herz des Betriebes — zu erschauen suchten, überschüttete uns der Produktionsdirektor Herr Subbarao mit den Namen sowjetischer Fachleute, mit denen er mehr als nur ein Jahr beim Bau des Betriebs zusammengearbeitet hatte. Er sprach von ihrem hohen Können und von der gegenseitigen Sympathie und Herzlichkeit, die sich bei der gemeinsamen Arbeit eingestellt hatte. Deshalb wunderten wir uns nicht sehr, als er bei Abschied "Spassisch! Tavaristsch!" sagte.

Auf der Rückfahrt von Mathura hielten wir bei dem kleinen Dorf Nari Samu. Einer von uns hatte vor sechs Jahren Gelegenheit gehabt, das Dorf zu besuchen. Ebenso gelassen wie damals saßen an der Schwelle der einfachen Häuser ehrwürdige bärtige Greise, an den Feldern ringsum beugten sich Bauern über die jungen Triebe, von

einem nahen Wasserbecken zog sich eine Kette von Frauen in bunten, wenn auch unter der sengenden indischen Sonne etwas ausgebliebenen Saris dahin, große Tongefäße auf dem Kopf tragend. Damals, vor sechs Jahren, als der Bau in Mathura eben erst begonnen hatte, war es, offen gestanden, verwunderlich, daß keiner von den 200 Bewohnern Nari Samris vom Bestehen der UdSSR und von den langjährigen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auch nur etwas ahnte. Heute aber sprach der 22jährige Om Prakash fließend das Wort Moskwa aus und sagte, ebenso wie viele andere wisse er von der Teilnahme der Russen an der Errichtung des Werks in Mathura. Die zahlreichen Kinder, die unseren Wagen sofort umringten, jene Kinder, die in 15 Jahren zusammen mit ganz Indien ins 21. Jahrhundert treten sollen, zeigten beim Wort Mathura freudig in Richtung der Raffinerie, die von hier aus nicht mehr zu sehen war. Wer weiß, vielleicht werden sie ins nächste Jahrtausend gerade durch das Werkstor der Raffinerie eintreten?

Womit ins

21. Jahrhundert

Womit und unter welchen Verhältnissen werden sie es tun? Im Zeichen der Konfrontation oder einer festen Sicherheit und gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit? Von diesem Standpunkt aus betrachtet die indische Öffentlichkeit Michail Gorbatschows Rede in Wladiwostok. Alle hiesigen Zeitungen hoben die herzlichen Worte des Generalsekretärs des ZK der KPdSU an die Adresse Indiens hervor. Jener Teil der Rede, der das Programm der Einbeziehung des asiatisch-pazifischen Raums in den allgemeinen Prozeß der Schaffung eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems enthält, fand besonders große Beachtung. Hier einige Stellungnahmen.

In einem Interview für die "Neue Zeit" sagte P. N. Haksar, ein namhafter Vertreter der indischen Öffentlichkeit: "Die Gewährleistung der Sicherheit in Asien wird zu einem zentralen Punkt, wenn der allgemeine Frieden bewahrt und ein Kernwaffenkrieg verhütet werden soll. Die asiatische Sicherheit ist ein ebenso dringendes Anliegen wie die Gewährleistung der Sicherheit in Europa. Deshalb ist für die Völker Asiens die Zeit gekommen, gemeinsam einen entsprechenden Mechanismus zur Herbeiführung der Sicherheit auf dem Kontinent zu schaffen, einen Mechanismus, der der Eigenständigkeit und den realen Verhältnissen in diesem Teil der Welt Rechnung tragen würde.

In einigen Kreisen der asiatischen Länder besteht eine Art bedingter

Reflex. Da die Vorschläge über die Gewährleistung der asiatischen Sicherheit aus Moskau kommen, sind sie vorbehaltlos abzulehnen. Eine solche Fragestellung läuft den wahren Interessen der Völker unseres Kontinents wider."

Die Worte vom "bedingten Reflex" spiegeln eine real bestehende Tatsache wider: Einige enge Kreise haben wenn nicht die Befürchtung, so doch die Meinung, eine aktive Einschaltung in die gesamtasiatische Diskussion über die Gewährleistung der Sicherheit auf dem Kontinent hieße, daß Delhi in Moskaus Fahrwasser treibe. Dabei regte gerade Indien 1947 die Konferenz über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Ländern Asiens an. Bei ihrer Eröffnung sagte Jawaharlal Nehru, der Begründer des heutigen indischen Staates: "Viel zu lange haben wir in Asien als Bittsteller in westlichen Vorräumen antichambriert. Das muß ein Ende haben. Wir wollen auf eigenen Beinen stehen und mit allen zusammenarbeiten, die dazu bereit sind. Wir lassen uns nicht mehr von anderen dirigieren."

Diesem Aufruf des ersten Premierministers des unabhängigen Indien wird noch bei weitem nicht in allen Regionen Asiens Folge geleistet.

"Der Grund dafür", sagte uns C. P. Bhambhi, ein angesehener Vertreter der wissenschaftlichen Welt, "liegt darin, daß die politische, wirtschaftliche und militärische Präsenz der Imperialisten in Asien bestehen bleibt. Die Staaten Asiens müssen sich darüber klarwerden, daß hinter allen Konfliktsituationen, die die Beziehungen zwischen den Völkern des Kontinents trüben, ob es nun der iranisch-irakisches Konflikt, die Spannungen um Afghanistan und Kampuchea oder die komplizierte Situation in Vorderindien ist, äußere Kräfte stecken, die die neokolonialistische Ausbeutung hier zu verewigen trachten.

Wenn diese imperialistischen Kräfte keine Möglichkeit mehr haben, sich in die inneren Angelegenheiten unseres Raums einzumischen, wird es den hier liegenden Staaten leichter fallen, ihre Probleme zu lösen."

Die indische Öffentlichkeit erkennt immer klarer, daß diese Probleme durch die Eingriffe der Imperialisten in die Angelegenheiten Asiens noch erschwert werden.

V. Chopra, ein bekannter indischer Publizist, führte in seinem Interview für die "Neue Zeit" aus: "Von der koreanischen Halbinsel bis zum Nahen Osten zeigt das Fleisch des asiatischen Kontinents die Wundmale lokaler Konflikte, und diese können zu einem globalen Konflikt führen. Ursache des Bestehens dieser gefährlichen Herde ist die expansionistische Politik Washingtons, das

Asien nach dem Beispiel Europas in einen Kriegsschauplatz der nuklearen Konfrontation mit der UdSSR umwandeln will. Rotes Licht auf dem Wege der Militarisierung Asiens und die Beseitigung aller Formen der imperialistischen Präsenz auf unserem Kontinent würden seine Sicherheit konsolidieren."

Notwendig dazu ist es vor allem, wie man in Delhi meint, den neoglobalistischen Anschlägen der USA auf die Unabhängigkeit der Staaten Asiens ein Ende zu bereiten. Die durch Washingtons Schuld weiterbestehende gespannte Situation um Afghanistan wirkt sich auf die allgemeine Atmosphäre in der Region aus. Wie denkt man hier über die neue Initiative der UdSSR zur politischen Regelung der Situation in Afghanistan, über jenen Schritt, der seinen Niederschlag in dem von Michail Gorbatschow bekanntgegebenen Beschuß fand, bis Ende d. J. sechs Regimenter des dort zeitweilig dislozierten begrenzten sowjetischen Truppenkontingents aus der DRA in die Sowjetunion zurückzuverlegen?

Asrarul Hak, Vertreter der Moslems Indiens und Präsident der einflußreichen Massenorganisation "Allindisches Komitee der nationalen Einheit", sagt dazu:

"Zwei Fakten: Einerseits steigert Washington die Bewilligungen für weitere äußere Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans und beliebt die Feinde der afghanischen Revolution mit immer neuen Waffen, darunter mit Stinger-Raketen. Andererseits vermindert Moskau sein Truppenkontingent in der DRA. Schon diese Gegenüberstellung zeigt, wer in der Tat die Regelung der Situation um Afghanistan mit politischen Mitteln will. Deshalb findet der sowjetische Akt guten Willens einmütige Billigung in Indien.

Dieser Schritt der UdSSR ist ein weiteres Glied in der Kette der sowjetischen Initiativen, deren Ziel es ist, die Sicherheit in Asien zu gewährleisten. Leider sehen wir auf Seiten der USA nichts dergleichen. Deshalb müssen die asiatischen Länder ihre Bemühungen intensivieren, um den positiven Tendenzen auf dem Kontinent zusätzliche Impulse zu verleihen. Der Helsinki-Prozeß in Europa begann mit Schwierigkeiten, aber letzten Endes triumphierte er. Würde in Hiroshima, wie der führende Repräsentant der UdSSR vorschlägt, eine gesamtasiatische Konferenz nach dem Muster der Helsinki-Konferenz durchgeführt, so wäre diese japanische Stadt nicht nur Sinnbild der verhängnisvollen Kraft der Atomwaffen, sondern auch Vorbote von Asiens besserer Zukunft."

L. SHEGALOW,
S. IRODOW
NZ-Korrespondent

Eine Geste guten Willens

Noor Ahmad NOOR, Mitglied des Politbüros des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans

Asien soll wie Europa ein Kontinent des Friedens werden. Dieser wichtige Gedanke aus der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow in Wladiwostok ist jedem Afghanen klar, denn das Schicksal unseres Landes ist nicht zu trennen vom Schicksal des ganzen asiatischen Kontinents.

Die Ausführungen des sowjetischen Regierungschefs, in denen konkrete und konstruktive Vorschläge vorgebracht werden, die auf eine Gesundung der Verhältnisse in Asien und in der Pazifikregion gerichtet sind, stießen im revolutionären Afghanistan auf großes Interesse. Eine Videoaufnahme seiner Rede wurde im staatlichen Fernsehen gezeigt und alle führenden Zeitungen des Landes veröffentlichten sie im Wortlaut. Sie legten dabei besonderen Akzent auf die Teile, die unmittelbaren Bezug nahmen auf regionale Konflikte in Asien. Das ist vollkommen gerechtfertigt, weil es sich hier um internationale Spannungsscherde handelt, die den Frieden und die Stabilität in Asien bedrohen. Dazu gehört auch die Situation um Afghanistan.

Es ist allgemein bekannt, daß praktisch sofort nach der Aprilrevolution 1978 unser Land Objekt bewaffneter Einmischung von außen wurde, in erster Linie seitens der USA und ihrer engsten NATO-Verbündeten, doch auch Pakistans und des Irans. Die Beteiligung am unerklärten Krieg gegen die Demokratische Republik Afghanistan wurde mit der Zeit für Washington zur größten Geheimoperation seines Spionage-dienstes: die CIA verausgabt einen bedeutenden Teil ihres Haushalts für

Terroraktionen gegen die DRA. Davor schrecken amerikanische Regierungskreise nicht zurück, um die Lage in Afghanistan zu destabilisieren, um unser Volk beim Aufbau eines neuen Lebens, einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, zu behindern.

Moskau tritt für die Beilegung aller Konflikte auf dem asiatischen Kontinent durch friedliche Verhandlungen ein. Das ist auch der Standpunkt Afghanistans. Wir sind in indirekte afghanisch-pakistanische Verhandlungen unter Vermittlung des Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs, Diego Cordovez eingetreten. In diesen Verhandlungen, deren 7. Runde gerade in Genf stattfindet, werden Voraussetzungen für eine Regelung der Situation um Afghanistan beraten. Die jüngste Entscheidung der Regierungen der UdSSR und der DRA über den Abzug von 6 Regimentern, die zu dem begrenzten sowjetischen Truppenkontingent gehören, aus Afghanistan bis Ende dieses Jahres ist ein weiterer Beweis dafür, daß Kabul und Moskau bereit sind, mit allen Mitteln zum Erfolg der Verhandlungen in Genf beizutragen.

Diese Entscheidung beweist auch, daß sich die politische Lage in unserem Land stabilisiert, daß das afghanische Volk seine Unterstützung für die Revolutionsmacht entschlossener zum Ausdruck bringt. Sicherlich ist es noch zu früh, vom völligen Sieg über die Konterrevolution zu sprechen, die von den USA finanziert und von der Reaktion am Ort ausgehalten wird. In den letzten Monaten jedoch mußte die Konterrevolution empfindliche Niederlagen hinnehmen. In mehreren Provinzen wurde ihre Position bedeutend geschwächt.

Afghanische und sowjetische Soldaten im freundschaftlichen Gespräch

Foto: TASS



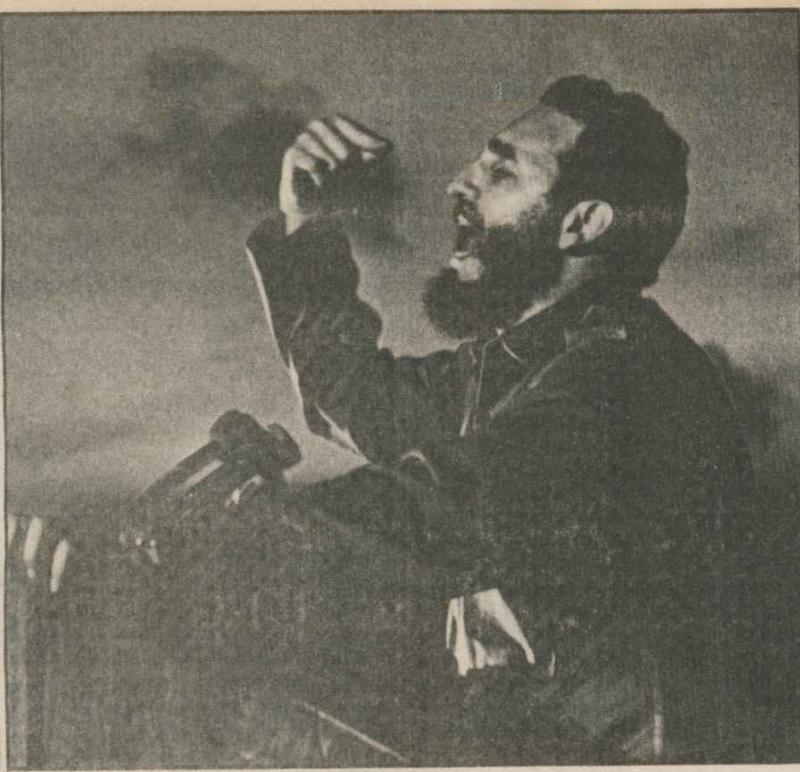
Der Kampf gegen die afghanische Konterrevolution geht mit einem Konsolidierungsprozeß der Volksmacht einher. Afghanistan ist in 31 Wahlkreise unterteilt. In 23 wurden die Dschirgah-Wahlen (Wahlen zu den örtlichen Machtorganen) bereits abgeschlossen, in drei finden sie gerade statt. Im September sollen sie überall abgeschlossen sein.

Die örtlichen Machtorgane bestehen aus Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Vertretern der nationalen Bourgeoisie, Geistlichen und anderen Schichten der Bevölkerung.

Die Entscheidung über den Abzug eines Teils der sowjetischen Einheiten widerlegt böswillige westliche Propagandägen, die Sowjetunion würde ihre Soldaten nie wieder aus Afghanistan abziehen. Die sowjetischen Truppen hätten das Land längst verlassen, wenn die Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten unterblieben wäre. Die Entwicklung der Ereignisse zeigt, daß der Westen, der großes Geschreie erhebt über die sowjetische militärische Präsenz in Afghanistan, nicht im geringsten an einer politischen Lösung der "Afghanistanfrage" interessiert ist. In Washington, Bonn, Paris und anderen westlichen Hauptstädten bereitet man den Führern der afghanischen Konterrevolution pompöse Empfänge. Ihnen stellen Millionen Dollar für Terror und Diversion gegen das afghanische Volk zur Verfügung. In den Jahren des unerwarteten Krieges starben Tausende friedlicher Afghanen. Der Gesamtschaden, den unsere Wirtschaft erleidet, beträgt bereits über 45 Md. Afghani. All diese Untaten verüben die Verbrecher unter der irreführenden Vorwand, "den Islam in Afghanistan zu verteidigen". Tatsächlich töten sie unter diesem Vorwand rechtläufige Moslems und Geistliche und zerstören systematisch Moscheen.

Unser Kampf ist noch nicht beendet. Uns steht ein langer schwerer Weg bevor. In diesem schweren Kampf können wir uns auf die Unterstützung der Sowjetunion verlassen. Die sowjetischen Kämpfer und Internationalisten setzen gemeinsam mit afghanischen Soldaten und Verteidigern der Revolution das Recht unseres Volkes auf Freiheit und Unabhängigkeit durch. Diese Haltung ist für immer im Gedächtnis unseres Volkes verankert. Der Generalsekretär des ZK der DVPA, Najib, hatte erklärt: "Freundschaft mit der Sowjetunion, das ist nicht nur Internationalismus in Aktion, sondern auch Patriotismus. Diese Freundschaft werden wir an die kommenden Generationen weitergeben."

Das sagen wir auch den Soldaten auf dem Sowjetland, die Afghanistan verlassen werden. Wir verabschieden uns in Ehren und mit Worten herzlicher Dankbarkeit für ihre selbstlose Hilfe einem komplizierten Abschnitt unserer Geschichte.



Ein Revolutionär

Vor unseren Augen und zu Lebzeiten der jetzt lebenden Generationen entfaltet sich das erstaunliche Leben eines Menschen, das Schicksal eines Revolutionärs, der als politische Leifigur internationaler Größenordnung die Geschichte entscheidend prägt. Seine hervorragenden menschlichen Eigenschaften und seine der Sache des Volkes grenzenlos ergebene Haltung gewannen ihm Sympathie und Liebe von Freunden in aller Welt.

Fidel Castro füllt die ehrenwerte und verantwortungsvolle Aufgabe zu, die die Kubaner zu führen, die die erste sozialistische Revolution auf der westlichen Erdhälfte vollbrachten. Tapferkeit und Scharfsinn waren gefordert, um in einem Land, das unter der brutalen Militärdiktatur Batistas litt, das System der sozialökonomischen und politischen Unterdrückung herauszufordern!

Fidel Castro faßte den Entschluß, den bewaffneten Kampf gegen die Diktatur aufzunehmen.

Er suchte selbst die ersten Kämpfer aus, organisierte ihre Ausbildung, trieb mit Mühe und Not Geld für Waffen und Munition auf. Am 26. Juli 1953 griff eine Kampfgruppe von 200 Mann die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba an.

Der Mißerfolg dieser Aktion und der tragische Tod vieler Patrioten im Kampf oder in Gefangenschaft unter der Folter dienten damals politischen Spießern als Rechtfertigung ihrer eigenen Tatenlosigkeit. Aber in diesen bitteren Tagen ließ

die feste Stimme Fidels aufflören. Er hatte seine Verteidigung selbst übernommen in dem Prozeß, der den Revolutionären gemacht wurde. Hier erklang seine berühmte Rede: "Die Geschichte wird mich freisprechen." Fidel unterzog die herrschende Ordnung auf Kuba einer schonungslosen Kritik. Mit der ganzen Leidenschaft des Kämpfers und der strahlenden Logik des Analytikers bekräftigte er das Recht des Volkes auf bewaffneten Widerstand gegen seine Unterdrücker. Diese Rede wurde zum Programm der Revolutionäre Kubas.

Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Sturm auf die Moncada gaben dem Volk Kubas einen Revolutionär, der, von einer klaren politischen Plattform ausgehend, detailliert nachweisen konnte, auf welchem Weg sie zu verwirklichen war. Fidel verbrachte 18 Monate in Gefangenschaft, durchdachte die Grundlagen einer revolutionären Organisation und präzisierte seine politische Orientierung.

Als schließlich Batista unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen war, Fidel freizulassen, fand dieser in Mexiko Asyl und konzentrierte all seine Gedanken und Energie darauf, eine bewaffnete Aktion zu organisieren, mit dem Ziel, Kuba zu befreien.

Alles mußte er erleben: Hetze von seiten bürgerlicher Politikaster, Verrat durch Pseudorevolutionäre und Polizeispitzel. Die Patrioten, die sich um Fidel sammelten, verfügten nur über

äußerst bescheidene Mittel, und einmal wanderte selbst sein einziger Mantel in die Pfandleihe, um den Druck revolutionärer Materialien zu finanzieren.

Der langersehnte Augenblick, die Sternstunde, kam, als die Revolutionäre mit ihrer winzigen "Granma" zu einem mehrtagigen lebensgefährlichen Törn mit Kurs auf Kuba ablegten. Das war keine leichte Prüfung. Die überladene Yacht wäre um Haarsbreite gesunken und mehr als einmal hätten Patrouillenboote die Draufgänger beinahe abgefangen.

Kurz nach ihrer Landung wurde die Einheit überraschend von der Batista-Armee gestellt. Ein Teil der Kämpfer kam um, der andere Teil zerstreute sich. Am vereinbarten Ort in den Bergen versammelten sich von 82 Männern nur noch 12. Diese Handvoll nahm den revolutionären Kampf gegen die Diktatur auf.

Fidel hatte vorausgesehen, daß die Volksmäßen sehr schnell in den Kampf miteinbezogen werden, und es verging kein Tag, an dem die Widerstandsarmee nicht wuchs. Über zwei Jahre zogen sich die Kampfhandlungen hin, bis schließlich die Operation "Barbados", unterstützt durch einen Generalstreik, den die Kommunisten organisiert hatten, Batista zur Flucht zwang. Die Revolution hatte gesiegt, und jetzt standen die Patrioten, stand Commandante Fidel vor der schwierigen Aufgabe, die Volksmacht zu festigen, und die Souveränität der Heimat zu verteidigen.

Die Sowjetunion und andere sozialistische Länder erwiesen der Republik Kuba allseitige Unterstützung. Schon seit 28 Jahren baut Kuba die neue Gesellschaft auf. In dieser Zeit erfuhren alle Seiten des Lebens radikale Veränderungen: Das Wirtschaftspotential des Landes stieg um ein Mehrfaches, eine wirkliche Kulturrevolution wurde vollbracht und ein vorbildliches System der Gesundheitsfürsorge errichtet.

Das internationale Ansehen der Republik ist bedeutend. Als einer der einflußreichsten Staaten der Nichtpaktgebundenenbewegung kämpft Kuba konsequent gegen Neokolonialismus und Rassismus, für die Rechte der Entwicklungsländer und für die Einrichtung einer neuen, gerechten internationalen Wirtschaftsordnung.

Auch die Feinde der kubanischen Revolution müssen die hervorragende Funktion Fidel Castros bei den historischen Veränderungen des nachrevolutionären Kuba anerkennen. Am 13. August wird der Erste Sekretär des ZK der KP Kubas, Fidel Castro, 60 Jahre alt.

Die Sowjetmenschen schicken Fidel Castro heiße und innige Kampfesgrüße und wünschen ihm und dem ganzen kubanischen Volk weitere Erfolge im Kampf für die Vollendung des sozialistischen Aufbaus auf Kuba, für eine helle Zukunft ihrer Heimat.

N. LEONOW
Dr. phil., Historiker

Foto: Osvaldo Salas

UdSSR--TÜRKI

Begegnung von Nachbarn

Politik macht immer Anleihen bei der Geschichte. Beachten wir unter diesem Aspekt die Geschichte der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei. Die leuchtendste Seite in den Annalen unserer Beziehungen ist mit den Namen unserer Staatsgründer verbunden, mit Wladimir Iljitsch Lenin und Kemal Ataturk. Ihren Anstrengungen verdanken wir einen radikalen Umbruch in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Es waren schwere Zeiten für die sowjetischen und die türkischen Völker. Sie mußten einen schweren Kampf für ihre

Beziehungen zu allen ihren Nachbarn. Das erstreckt sich natürlich auch auf unsere türkischen Nachbarn. Wir sind hocherfreut, daß der Wunsch, die friedliche Zusammenarbeit mit unserem Land zu entwickeln, auch die Türkei auszeichnet. Diese gegenseitigen Absichten wurden im Verlauf der Gespräche der sowjetischen Führung mit dem türkischen Premierminister Turgut Özal, die Ende Juli d.J. in Moskau geführt wurden, bestätigt.

Die Unterredungen mit dem türkischen Regierungsoberhaupt mündeten in den Abschluß einer Vereinbarung über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit unserer Länder in Wirtschaft, Handel, Kultur und Tourismus. Ein Meinungsaustausch über aktuelle internationale Probleme fand ebenfalls statt. Abrüstung und Abwendung der atomaren Kriegsgefahr standen dabei im Vordergrund. Der türkische

daß die Möglichkeit gegenseitigen Verständnisses in diesen prinzipiellen Fragen bei uns besteht.

Der Besuch Özals in der Sowjetunion ist ein bemerkenswerter Vorgang in den sowjetisch-türkischen Beziehungen. Er beweist, daß unsere Länder keine Anstrengung scheuen, ihre gemeinsame Grenze als Grenze des Friedens und des gegenseitigen Vertrauens zu erhalten, damit sie in dieser wichtigen Region auch in Zukunft ein Faktor der Stabilität bleibt.

J. BOTSCHKARJOW

USA--

NIKARAGUA

Imperiale

Logik

Es war bereits die 12. Sitzung des UNO-Sicherheitsrats seit 1982, auf der die interventionistischen Handlungen der USA gegen Nikaragua erörtert wurden. Ende Juni hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag, der die Klage Nikaraguas gegen die USA behandelte, die Unterstützung der bewaffneten antinikaraguanischen Banden durch die USA für ungesetzlich erklärt und Washington aufgefordert, den der Republik zugefügten Schaden zu ersetzen. Bereits vor Verkündung des Urteils hatte das Weiße Haus klar zu verstehen gegeben, es werde den Spruch nicht anerkennen. Nach der Urteilsverkündung gab die nikaraguanische Regierung Washington einen Monat Bedenkzeit, dann aber wandte sie sich an den Sicherheitsrat.

Erster Redner auf der Sitzung war der Präsident Nikaraguas, Daniel Ortega. Er verwies auf den gefährlichen Charakter der von der Reagan-



Vor Beginn der Verhandlungen

Foto: S. Kosyrew

Unabhängigkeit und die Behauptung ihrer internationalen Stellung führen.

Die gemeinsame Erfahrung jener Jahre erleichterte unseren Staaten in den 60er und 70er Jahren mit den Auswirkungen des kalten Krieges fertig zu werden und ermöglichte gegenseitig vorteilhafte Beziehungen, die in entsprechenden Dokumenten 1972 und 1978 ihren Niederschlag fanden. Die nationalen Lebensinteressen der UdSSR bestehen in unverändert guten und friedlichen

Premierminister teilte mit, daß in seinem Land die konstruktiven einschlägigen Initiativen der Sowjetunion mit Interesse verfolgt werden. Auf dem Essen, das zu Ehren des hohen Gastes im Kreml gegeben wurde, erklärte N. Ryshkov: "Unsere Länder, die verschiedenen militärpolitischen Bündnissen angehören, müssen jede Frage, die ihre außenpolitischen und besonders ihre Sicherheitsinteressen berührt, verantwortungsbewußt und umsichtig zu lösen versuchen." Er hob hervor,

Administration verfolgten Politik des Staatsterrorismus. Ihr Ziel sei es, betonte er, der nikaraguanischen Revolution einen tödlichen Schlag zuzufügen. Über 31 000 Nikaraguaner wurden bereits Opfer des schmutzigen Krieges gegen die Republik, und der materielle Schaden liegt bei über 2 Md. Dollar.

Die USA müßten das Urteil des Internationalen Gerichtshofes befolgen. Sonst werde sich, wie Daniel Ortega sagte, die Möglichkeit zu einer weiteren militärischen Eskalation und zur Ausweitung des Konflikts in Mittelamerika eröffnen.

Die sandinistische Regierung hat wiederholt auf überzeugendste Weise ihren Friedenswillen demonstriert. Zu ihren Vorschlägen gehört die Idee der Schaffung einer von ausländischer Militärpräsenz freien Zone in Mittelamerika. Die Republik ist bereit, mit den mittelamerikanischen Staaten auch die Frage der Festlegung von militärischen Beschränkungen, von Obergrenzen für die Ausrüstung der Armeen mit Hubschraubern und schwerer Artillerie, zu erörtern. Managua schlägt ferner vor, den Umfang von Militärmanövern zu begrenzen. Doch diese konstruktiven Initiativen versacken. Washington lehnt sie kategorisch ab, und eben so verfahren in servilem Gehorsam zu ihrem Seniorpartner dessen regionale Verbündete Honduras, El Salvador und Kostarika.

In der Sicherheitsratsdebatte schlug Daniel Ortega Washington erneut Frieden vor — er bekräftigte die Bereitschaft der Republik, Verhandlungen mit den USA über Probleme einer Normalisierung der Beziehungen aufzunehmen. Doch Nikaraguas Streben nach einer friedlichen Regelung der Lage in Mittelamerika fand, wie zu erwarten war, auch diesmal kein positives Echo in Washington. Die hysterische Rede des ständigen Vertreters der USA bei der UNO, Vernon Walters, bestätigte, daß Washington auf eine gewaltsame "Lösung"

der mittelamerikanischen Krise entsprechend seinen neoglobalistischen Ambitionen, auf eine Kapitulation der nikaraguanischen Revolution setzt. Walters ließ elementaren diplomatischen Takt endgültig vermissen, als er zu offenen Drohungen griff, indem er erklärte, daß "Nikaragua so lange leiden werde, bis es zu einer wahren Versöhnung zwischen der Regierung und den Contras kommt".

Die Rede des US-Vertreters strotzte nur so von Attacken auch auf den Haager Gerichtshof, die höchste völkerrechtliche Instanz. Der Gerichtshof, behauptete er, habe "falsch ausgelegt", irre sich, und seine Ansichten zu Prinzipien des Völkerrechts seien "überaus verhängnisvoll". Auch das Koordinierungsbüro der Nichtpaktgebundenen, das auf einer Sitzung in New York die USA eindringlich aufforderte, sich an den Spruch des Internationalen Gerichtshofs zu halten, bekam Schelte. Äußerst betrübt war Walters auch über jene Nichtpaktgebundenen, die dem Sicherheitsrat als nichtständige Mitglieder angehören. Diese fünf Staaten — Kongo, Ghana, Madagaskar, Trinidad und Tobago sowie die Vereinigten Arabischen Emirate — unterbreiteten dem Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf, der das Recht Nikaraguas und der anderen Länder Mittelamerikas bekräftigt, in Frieden und Sicherheit, ohne Einmischung von außen zu leben. In dem Dokument hieß es, daß Nikaragua das unveräußerliche Recht hat, frei sein politisches, ökonomisches und soziales System zu wählen.

Gerade das aber verweigert Washington dem nikaraguanischen Volk. Und nicht nur ihm. Diejenigen, die heute die Politik der USA bestimmen, möchten, daß alle Völker nach den Regeln und Anweisungen Washingtons leben. Und deshalb hat die Haltung des Vertreters der USA im Sicherheitsrat, der ein Veto gegen die die gerechten Forderungen Nikaraguas unterstützende Resolution einlegte, seine beklagenswerte Logik.

W. TSCHIRKOW

AFRIKA

Urteil über den Rassismus

Vom 28. bis 30. Juli fand in Addis Abeba die 22. Gipfelkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit, OAU, statt. Die Situation im Süden Afrikas stand im Mittelpunkt ihrer Beratungen. In der Zeit seit der letzten Tagung hat sich die Lage dort erheblich zugespitzt. Die rassistischen Machtorgane der RSA gingen in der Absicht, die Apartheid zu retten, dazu über, Aktivisten der Anti-Apartheidbewegung systematisch zu ermorden. Gleichzeitig verstärkte die RSA ihre Aggressionen gegen Sambia, Simbabwe und Botswana sowie die unerklärten Kriege, die Pretoria schon lange gegen Angola und Mocambique führt, um ihre legitimen Regierungen zu stürzen.

Die Bewegung für die Einführung umfassender und verbindlicher Sanktionen gegen das Rassistenregime der RSA hat sich in den letzten Jahren verbreitert. Alle Versuche, entsprechende Resolutionen über den UNO-Sicherheitsrat durchzusetzen, werden permanent durch die USA und Großbritannien blockiert. Der äthiopische Staatschef Mengistu Haile Mariam nannte die Rede Reagans, in der dieser die Machthaber der RSA offen in Schutz genommen hatte, in seiner Eröffnungsrede ein Indiz für die "unehrliche Haltung des Westens". Die Versammlungen beschuldigten die USA, Großbritannien und die BRD, die Hauptverantwortung dafür zu tragen, daß bis jetzt noch keine Sanktionen als Druckmittel gegen Pretoria eingesetzt werden könnten. Die afrikanischen Staatsführer rügten Frankreich und Israel für ihre enge Zusammenarbeit mit Pretoria, unter anderem auch im atomaren Bereich.

Reagan und Mrs. Thatcher begründen ihre Abneigung gegen Sanktionen damit, daß

unter ihnen die schwarzen Arbeiter der RSA und die "Frontstaaten", die von der RSA ökonomisch abhängen, am meisten zu leiden hätten. Die "Frontstaaten" hätten aber auf ihrem Treffen in Harare kurz vor der 22. Gipfelkonferenz der OAU erklärt, sie seien bereit, alle Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, wenn durch effektive ökonomische Mittel das Rassistenregime nur recht bald fiele. In Südafrika selbst sprechen sich 70% der Afrikaner für Sanktionen aus.

Die Tagung forderte die afrikanischen und andere Länder auf, wirtschaftliche Maßnahmen gegen Großbritannien einzuleiten und gegebenenfalls die diplomatischen Beziehungen zum Königreich abzubrechen.

Wenn man bedenkt, daß sich in Afrika etwa 15 ehemalige britische Kolonien befinden, die jetzt alle dem Commonwealth angehören, kann dieser Aufruf weitreichende Konsequenzen haben. Die Weigerung vieler Länder, an den Commonwealthspielen teilzunehmen, hatte seiner Einheit bereits einen Schlag versetzt. Mehrere Staaten hatten sogar mit ihrem Austritt aus dem Commonwealth gedroht, wenn die Regierung Großbritanniens nicht endlich Sanktionen gegen die RSA unternimmt. Auch der Druck auf die US-Regierung seitens Kongreß und amerikanischer Öffentlichkeit nimmt zu. Nach dem Proteststurm, den seine Rede vom 22. Juli in den USA hervorgerufen hatte, besann sich Reagan eines Besseren und beteuerte, daß er nichts gegen Sanktionen sei, daß er jedoch seine Haltung mit Premierministerin Thatcher absprechen müsse. Noch ein Trick, um die Entschlußfassung zu verzögern. Mrs. Thatcher hatte nämlich vor, die Frage der Sanktionen auf Ende September zu vertagen, wenn die Commonwealth-Länder auf höchster Ebene zusammenetreten werden.

Die OAU-Versammlung protestierte gegen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Angolas. In ihrer Resolution heißt es, daß die Ausrüstung der

UNITA-Banden mit "Stinger"-Raketen durch die USA eine Provokation ganz Afrikas bedeute. Auch Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas wurden auf der Tagung beraten. Dabei wurde ein direkter Bezug zwischen der ökonomischen Entwicklung des Kontinents und der Stärkung der internationalen Sicherheit und Abrüstung hergestellt.

Die 22. OAU-Tagung zeichnete sich durch Kampfbereitschaft und Unversöhnlichkeit aus und stellte im Grunde genommen einen Gerichtsprozeß gegen das Rassistenregime der RSA dar. Auch ihre westlichen "Paten" saßen auf der Anklagebank. Das unabhängige Afrika erklärte seine Entschlossenheit, für die Beseitigung der Apartheid und die Befreiung Namibias zu kämpfen.

L. SKURATOW

ITALIEN

Die Minister blieben

"Das neue Kabinett Bettino Craxi ist weiter nichts, als eine überpinselte Fotokopie des alten." Mit diesen Worten zieht die italienische KP-Zeitung "L'Unita" Bilanz einer vierwöchigen Regierungskrise, die damit endete, daß die aus Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen zusammengesetzte Fünfparteienkoalition erneut an die Macht kam.

Für den Fall, daß die Parteiengespräche geplatzt wären, hätte die einzige Alternative in vorzeitigen Parlamentswahlen, den damit 5. in den letzten 15 Jahren, bestanden. Weder die Regierungsmehrheit, noch das Großkapital, noch einflußreiche ausländische Freunde jedoch waren darauf besonders versessen. Dafür entschlossen sich die Hauptschuldigen an der Krise,

Sozialisten (PSI) und Christdemokraten (DC), zurückzustecken: Erstere, indem sie Abstand nahmen von einer radikalen Umverteilung der Ministerposten im Kabinett und versprachen, den Präsidentensessel im Frühling 1987 zu räumen, letztere, indem sie sich mit diesem Aufschub begnügen, weil sie wußten, daß sie zur Zeit zu schwach waren, um den Einfluß der PSI zu schmälern und selbst die einst von ihnen dominierte Stellung wieder zu beziehen.

Ohne Sozialisten kann die DC keine stabile Parlamentsmehrheit erwarten. Damit erklärt sich die abgeklärte Unbesorgtheit der PSI-Führer um den Ausgang der Krise. Zu ihren Trümpfen zählen sie das Wohlwollen der Geschäftswelt, die mit der wirtschaftlichen Stabilisierung nach "Reaganomics"-Muster sehr zufrieden ist, und Washingtons, dem Roms Haltung zum "Sternenkrieg" und zu einigen Problemen des Nahen Ostens und der Mittelmeerregeion gefällt.

16 führende italienische Firmen haben sich den amerikanischen Plänen zur Militarisierung des Weltraums bereits angeschlossen. Sie offerierten eine Serie von Vorschlägen, wie ihre Beteiligung an SDI aussehen könnte. 27 davon werden von den USA-Behörden geprüft. Wie die Zeitung "Sicilia" meldet, wurde die amerikanische Basis bei Comiso gleich zu Beginn der Krise im Schutz der Nacht und unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen um weitere 32 nukleare Flugelraketen verstärkt.

Das New Yorker "Journal of Commerce and Commercial" nannte die Politik des Kabinetts Craxi das kostbarste Geschenk an das Big Business in Übersee. Das einflußreiche Organ der US-Monopole vermeldet weiter, daß die Regierung im Ausland Vertrauen erweckt und amerikanische und andere Investoren derart mächtige italienische Aktienpakete gekauft hätten, daß die Börse in Milano, was den Profit angeht, alle ähnlichen Institutionen weit hinter sich ließ.

Andere Varianten, der Krise Herr zu werden, kamen nicht einmal in Betracht, etwa eine wie auch immer geartete Regierungsbeteiligung der ICP, für die immerhin fast jeder dritte Italiener stimmt. Ihre lebensfremde Isolierung wird fortgesetzt.

L. MAKAREWITSCH

USA

Worte und Taten

"Wir begreifen ein umfassendes und verifizierbares, vollständiges Verbot der chemischen Waffen als vorrangige Aufgabe, um deren Lösung wir uns intensiv bemühen."

Diese Worte aus dem Mund des US-Präsidenten könnte man beinahe als vernünftig bezeichnen, wenn ihnen nicht direkt entgegengesetzte Taten folgen. Das Zitat stammt aus Reagans Botschaft an den Kongreß, in der er die Gesetzgeber wissen läßt, daß die Produktion von Binärwaffen

Ende 1988, Anfang 1989 aufgenommen werden soll.

Erinnern wir uns: Lange hatte sich der Kongreß geweigert, den Forderungen der Militärs zu entsprechen, Mittel für eine neue Generation "lautloser Killer" bereitzustellen. Schließlich einige man sich auf einen Kompromiß: Wir zahlen, hieß es, wenn die Verbündeten dem "chemischen Modernisierungsprogramm" zustimmen. Im Frühling gaben sie schweren Herzens ihr O.K. Sechs von fünfzehn weigerten sich.

Das Pentagon und der Oberste NATO-Befehlshaber Europa, General B. Rogers, hatten bereits Pläne erstellt, wo und wie die neuen Binärwaffen gelagert werden sollten. Dabei wurden, wie die Londoner "Times" schreibt, "die Einzelheiten dieses Plans der NATO-Militärführung ohne die notwendige Billigung der Minister bekanntgegeben, die nicht einmal vorher informiert wurden". Das Pentagon beschwichtigt: Die neuen Binärwaffen werden jenseits des Ozeans aufbewahrt und sollen nur in kritischen Situationen auf das Territorium der Alten Welt gelangen. Dazu sagen selbst westliche Männer vom Fach,

das sei Unsinn. Rüstung werde immer da gelagert, wo sie eingesetzt werden soll.

In Washington wußte man, daß chemische Waffen ein heißes Eisen sind und erhob um sie kein überflüssiges Geschrei, des Einverständnisses der Schlüsselpartner Bonn und London gewiß. Obrigens zwingt diese Position der Bundesrepublik und Großbritanniens, über die Erklärungen der Führungen beider Länder nachzudenken, sie seien der Abrüstung und Entspannung ergeben.

Das Problem einer Kontrolle, das man in den USA so gern hervorkehrt, gibt es nicht. Die UdSSR hatte unlängst auf der Genfer Abrüstungskonferenz Vorschläge unterbreitet, die detailliert ausgearbeitete Kontroll- und Überprüfungsbestimmungen enthielten. Sie könnten die Verhandlungen über ein vollständiges Verbot und die Vernichtung der "lautlosen Killer" vom toten Punkt bewegen.

Wäre es nicht wirklich besser, sich mit der Beseitigung des "kalten Todes" zu befassen, anstatt neue Spielarten desselben in die Welt zu setzen?

D. POGORSHELSKI

Von Kiew nach New York



Sportler aus vier Ländern der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, den Vereinigten Staaten und Kanada Teilnehmer des "Friedensradrennens 86", überreichten am 30. Juli in einer feierlichen Zeremonie in UNO-Hauptquartier in New York einem Vertreter des UNO-Generalsekretärs ihren Aufruf in russischer, tschechischer und englischer Sprache. Bürgermeister und andere offizielle Vertreter aus vielen Städten hatten ihre Unterschriften unterstützt. In der Sowjetunion der Tschechoslowakei, Kanada und den USA wurden über 12 Millionen Unterschriften gesammelt. In dem Appell verliehen Menschen ihren heißen Wunsch Ausdruck, da

INTERVIEW

Über die Kriegsgefahr beunruhigt



Unser Korrespondent Oleg Valentinow sprach mit dem Koordinationssekretär der seit über 10 Jahren in Argentinien bestehenden Ständigen Versammlung zur Verteidigung der Menschenrechte, J. Schmigeld, und bat ihn, über die Stimmungen der Friedenskräfte seines Landes zu berichten.

Wir sind sehr beunruhigt über die drohende Kriegsgefahr, die über ganz Lateinamerika, also auch über Argentinien, hängt. Das Repräsentantenhaus des amerikanischen Kongresses hat schließlich der

Bewilligung von 100 Millionen Dollar für die Aggression gegen Nicaragua zugestimmt. Die Einmischung der USA in die Angelegenheiten El Salvadors geht weiter. Das ist ein direkter Eingriff in die Souveränität anderer Länder des Kontinents. Insofern bedeutet die Aggression gegen ein lateinamerikanisches Volk, die Aggression gegen ganz Lateinamerika.

Die Argentinier haben erkannt, daß der Krieg um die Malvinen den USA und England dazu diente, auf dieser Inselgruppe Kernwaffenstützpunkte zu installieren. Viele Offizielle haben bestätigt, daß britische Schiffe, die während der Malvinen-Krise versenkt wurden, Atomwaffen an Bord hatten, die in unseren Gewässern radioaktive Strahlung hervorriefen. Offensichtlich bestand schon damals der anglo-amerikanische Plan, die Malvinen in einen Stützpunkt zur atomaren Aggression zu verwandeln.

Es ist bekannt, daß, ausgehend von ihrer neoglobalistischen Strategie, die USA bemüht sind, sich einen schnellen Zugriff auf jeden beliebigen Punkt der Erde zu sichern. Heute reichen Washington die Kernwaffenstützpunkte in Europa nicht

mehr. Für die Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne brauchten die USA auch im Südatlantik auf den Malvinen eine Basis. Praktisch haben sie die jetzt. Darüber sind die Argentinier sehr in Sorge. Denn, was sich früher als Gefahr aus der Ferne, aus Europa darbot, befindet sich heute in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Weite Kreise der argentinischen Öffentlichkeit fordern entschieden, das Wettrüsten einzustellen, Kernwaffentests zu verbieten, Kernenergie nicht für militärische Zwecke zu nutzen und die Militärsstützpunkte auf den Malvinen aufzulösen. Diese Forderungen fallen mit der bekannten Deklaration von Delhi zusammen, zu der auch Argentinien beitrat. Hier schätzt man die von Michail Gorbatschow eingebrachten außerordentlich vernünftigen Vorschläge der Sowjetunion hoch ein, nämlich die Kernwaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts, wenn möglich auch früher zu beseitigen.

Als Koordinationssekretär der Ständigen Versammlung zur Verteidigung der Menschenrechte meines Landes erkläre ich, daß der Kampf des Menschen für sein Leben sein höchstes Recht ist. Ich möchte meine volle Solidarität mit den genannten Vorschlägen zum Ausdruck bringen. Der Rüstungswettlauf muß im Interesse der Sicherheit der Völker unverzüglich eingestellt werden, besonders angesichts der zunehmenden Bedrohung durch atomare und andere Massenvernichtungswaffen.

In Argentinien gibt es den nationalen Friedensrat und die Bewegung "Appell der 100 im Namen des Lebens", die eine landesweite Unterschriftensammlung gegen die Kriegspläne durchführen. Es entstehen weitere Bewegungen, die das Ziel verfolgen, dem Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten und mit den Friedensinitiativen der UdSSR und anderer sozialistischer Länder völlig übereinstimmen. Es ist an der Zeit, daß alle Völker sie aufgreifen, damit die Regierungen sich konkret

mit ihnen befassen. Die Folgen eines neuen Krieges würden schließlich zerstörerisch für die ganze Menschheit sein.

UdSSR--LUXEMBURG

Begegnung von Arbeitern

So klein wie Luxemburg genau im Mittelpunkt Europas auch sein mag, ist es doch ein hochentwickelter Industriestaat. Gemessen an Erzgewinnung und Stahlproduktion pro Kopf der Bevölkerung nimmt das Land seit Jahren den ersten Platz in der Welt ein. 1985 begingen die Sowjetunion und Luxemburg einen Gedenktag: das 50. Jahr ihrer diplomatischen Beziehungen. Dieses Jahr bereiste eine repräsentative Delegation luxemburgischer Werktätiger unser Land. Die 150 Mitglieder standen für verschiedene Gebiete luxemburgischen Wirtschaftslebens und hatten sich in 5 Gruppen aufgeteilt, die Tbilissi, Wolgograd, Lipez, Taschkent und Kemerovo besuchten. Jeder Gast hatte die Möglichkeit, viele Menschen kennenzulernen, sich mit ihnen zu unterhalten und zu erfahren, wie das sowjetische Volk lebt und welche Aufgaben es gerade löst.

Der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften hatte die Reise organisiert. Joes Kratochvil, Generalsekretär des größten Berufsverbandes, der unabhängigen Gewerkschaftsvereinigung Luxemburgs, zog Bilanz: Unsere Reise war sehr gehaltvoll. Wir konnten uns davon überzeugen, daß jeder sowjetische Mensch nicht nur in Worten, sondern auch tatsächlich den friedliebenden Kurs der KPdSU, seiner Regierung leidenschaftlich unterstützt. Die Menschen scheuen keine Mühe, die beeindruckenden Pläne in die Praxis umzusetzen.

K. ISSAKOW

Waffen einzustellen, den Weltfrieden friedlichen Zielen zu erhalten und das 21. Jahrhundert ohne Atomwaffen zu beginnen".

Die Radrennfahrer hatten 400 Meilen zurückgelegt. Am 2. Juni, 45 Jahre nach Beginn des Großen Vaterländischen Krieges, starteten sie in Kiew und fuhren über die Straßen der Ukraine und der tschechoslowakei. Ein Flugzeug brachte sie weiter nach Montreal. Dann setzten sie das Adrenalin auf dem Territorium der USA durch die Staaten Vermont, New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut fort und erreichten am 27. Juli New-York. Unvergänglich das beweisende Treffen mit Teilnehmern

des Radrennens am Ziel, dem UNO-Hauptquartier: Von einer improvisierten Tribüne herab sprachen Redner in ehrlichen und einfachen Worten über den Frieden und die Notwendigkeit, das gegenseitige Verständnis zwischen den Völkern zu vertiefen. Radrennfahrer und New Yorker sangen gemeinsam amerikanische und russische Lieder. Der demokratische Kongreßabgeordnete Bruce Morrison erklärte in seiner Rede auf der Veranstaltung: "Um den Frieden zu sichern, müssen wir sofort handeln. Die Vereinigten Staaten müssen sich dem sowjetischen Moratorium über atomare Tests anschließen und den SALT-2-Vertrag einhalten."

Routen des fünften Ozeans



Der sowjetische Lufttransport beteiligt sich aktiv an der Lösung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben. Das ist der Beitrag, den er zur Verwirklichung der Pläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR leistet, die der XXVII. Parteitag der KPdSU festgelegt hat.

Die Luftstraßen sind am schnellsten. Wohl deshalb ist der Luftverkehr, der Städte und Länder einander näher bringt, zum Katalysator der internationalen Zusammenarbeit geworden. Die sonnenüberfluteten Höhen über den Wolken sind jedoch nicht so wolkenlos, wie es aus der Kabine eines modernen Jets scheinen könnte. Der fünfte Ozean birgt zahlreiche "Riffe" und "Unterwasserströmungen" in sich, die den Ausbau der internationalen Fluglinien hemmen. Wir meinen den erbitterten Konkurrenzkampf um den Transportmarkt, der geschickt durch eine Politik der "Dereglementierung" und eines "offenen Himmels" kaschiert wird, den Terrorismus auf den Luftstraßen und den offenen Widerstand der Behörden mehrerer großer kapitalistischer Staaten gegen Flüge der Freundschaft und des guten Willens.

Über die Rolle der Zivilluftflotte und die Probleme ihrer Entwicklung sprach ein NZ-Korrespondent mit Boris BUGAJEW, Minister der Zivilluftfahrt der UdSSR.

Man spricht in internationalen Kreisen, die mit der Luftfahrt zu tun haben, von einem "Aeroflot-Phänomen". Was bedeutet dieser Ausdruck?

Unser Staat hat eine mächtige Zivilluftfahrt. Jeder achte Fluggast der Welt nimmt die Dienste von Aeroflot in Anspruch, die alljährlich über 110 Millionen Personen befördert. Andere führende Fluggesellschaften erreichen nicht einmal die Hälfte dieser Zahl. Doch lassen wir die Statistiken und sprechen über andere Aufgaben von Flugzeugen und Hubschraubern. Haben Sie das gemeint, als Sie nach dem "Aeroflot-Phänomen" fragten? Obrigens mag ich den Ausdruck offen gesagt nicht sehr.

Warum nicht?

Ich glaube, er hat etwas von zufälligem Glück, überhaupt von zu viel Zufall an sich. In Wirklichkeit ist für die Luftfahrt genaue Berechnung wichtig, die mit dem hohen Können und ausgezeichneten persönlichen Eigenschaften von Fliegern, Ingenieuren und Technikern multipliziert wird.

Wie kam es zum gesagten Ausdruck? Die Aeroflot ist die einzige Fluggesellschaft der Welt, die nicht nur Passagiere befördert, sondern auch unmittelbar an der Lösung konkreter volkswirtschaftlicher Aufgaben teilnimmt.

Das Spektrum der Operationen, die unsere Flugzeuge und Hubschrauber durchführen können, ist sehr breit: Düngung von Wintersäten und Weiden, Vernichtung von Pflanzenschädlingen auf Feldern, in Obst- und Weingärten sowie

in Wäldern, Feststellung von Fischschwämmen bis hin zur medizinischen Betreuung, Luftaufnahmen, geologische Prospektierung, Bau- und Montagearbeiten.

Besonders effektiv ist der Einsatz von Hubschraubern bei Bau- und Montagearbeiten. So wurde in einer einzigen Stunde die Rekonstruktion des Hauptgebäudes im Uraler Automobilwerk abgeschlossen. Der Hubschrauber Mi-10K holte die verschlissenen Aggregate ab und brachte die vormontierten neuen 7 t schweren Aggregate für die Montage auf eine Höhe von 15 m. Hubschrauber werden auch beim Bau von Oberlandleitungen eingesetzt.

Die Besetzungen der Aeroflot nahmen an der Entdeckung vieler Vorkommen von Erdöl, -gas und anderen Bodenschätzen teil. Unter den Ministerien und anderen Ämtern der UdSSR, in denen auf Anforderung Flugzeuge und Helikopter eingesetzt werden, nehmen geologische Organisationen eine Sonderstellung ein. Die Prospektierung von Bord eines Flugzeugs oder Hubschraubers erfolgt unter Anwendung neuester Geräte und Methoden. Damit wurden zahlreiche schwerzugängliche Gebiete zügig und effektiv untersucht, und zwar, was sehr wichtig ist, ohne daß ihre Umwelt gestört wurde.

Unsere Flieger, die in verschiedenen Zweigen der Industrie und Landwirtschaft arbeiten, gehen von der Hauptsache aus: Flugzeuge, Hubschrauber und sonstige Technik, über die unsere Volkswirtschaft verfügt, müssen

maximalen Nutzen bringen, sonst ist ein wirklicher wissenschaftlich-technischer Fortschritt und eine Intensivierung der modernen Produktion überhaupt nicht möglich. Darauf orientieren uns der XXVII. Parteitag der KPdSU und das Plenum des ZK der KPdSU vom Juni 1986.

Michail Gorbatschow hat eben eine Reise durch den Fernen Osten unternommen. In seiner Rede in Wladiwostok betonte er, daß diese Region in einen hochentwickelten volkswirtschaftlichen Komplex umgewandelt werden muß. Wie sehen Sie die Rolle der Zivilluftfahrt im Licht dieser Aufgabe?

Wir müssen alles, was in unseren Kräften steht, tun, um eine beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte dieser gewaltigen Region zu fördern. Uns steht eine große Arbeit bevor, damit sich die Rolle der Luftfahrt erhöht bei der Lösung so wichtiger Probleme der Region wie der Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung mit Transportmitteln, Lieferung von Obst und Gemüse in die entfernten Gebiete und des Gesundheitswesens.

Sie haben erwähnt, daß bei der geologischen Prospektierung aus der Luft die Umwelt der entsprechenden Gebiete nicht gestört wird. Es ist jedoch bekannt, daß Zivilluftfahrt und freie Natur sich nicht immer miteinander vertragen. Man hört sogar Stimmen, die keine Erhöhung, sondern eine Verminderung der Zahl der Flüge fordern.

Man kann und muß den Lufttransport

ausbauen, doch ist dabei behutsam vorzugehen, denn es gilt, die Natur und die Gesundheit der Menschen zu schützen.

Die UdSSR beteiligt sich aktiv an der Tätigkeit der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt, ICAO, einer Sonderorganisation der UNO, sowie vieler zwischenstaatlicher Umweltschutzverbände. Unser Staat hält sich genau an die Weltstandards, die die Arbeit des Luftverkehrs normieren und die Spezifik von Flugkörpern, etwa den Lärmpegel, reglementieren.

Der neue Kodex für den Luftverkehr der UdSSR von 1983 verbietet den Bau von Flughäfen und die Verlegung von Flugrouten in unmittelbarer Nähe von Städten und großen Ortschaften, Nachtflüge, wenn sie die Gesundheit von Menschen beeinträchtigen, sowie Landungsmanöver über Wohnvierteln.

Unsere ständige Sorge beim Flugzeugsitz in der Landwirtschaft ist der Umweltschutz. Dafür wurde sehr viel getan. Für alle Arbeiten bestehen spezielle Technologien. Nach neuen effektiven Mitteln zur Schädlingsbekämpfung und zur Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten u. zw. solchen, die zumindest neutral gegenüber der Umwelt sind, wird aktiv gesucht.

in der gefährlichen Zone zu lenken. Damit befassen sich mehrere Forschungseinrichtungen der UdSSR, u. a. der Aeroflot.

Unsere Piloten leisten einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Ich meine u. a. den Schutz der Wälder und der Rentierweiden vor Brand.

Die Mitarbeiter unserer Zivilluftflotte schützen die Natur in vieler Hinsicht: Sie bringen den Tieren bei starkem Frost und in schneereichen Wintern zusätzliche Nahrung, sie beobachten das Verhalten von Gletschern, Bergen und Flüssen, helfen dabei, Berg- und Erdrutsche sowie Überschwemmungen zu verhindern, und ihre Folgen auf ein Minimum zu begrenzen.

Kernenergie, die außer Kontrolle gerät, ist auch eine Art spontaner Kraft, die außerordentlich schwer zu zügeln ist. Wie ist die Teilnahme der Aeroflot an der Behebung der Folgen der Havarie in Tschernobyl einzuschätzen?

Die Besatzungen unserer Zivilluftflotte haben sich von Anfang an in diese Arbeit eingeschaltet. Sie brachten die Menschen, die unter starker Strahlung litten, nach Moskau. Heute überfliegen sie die 30-km-Zone, und werden auch in nächster Nähe des KKW eingesetzt. Aus der Luft wird die Gegend entaktiviert,

Argentinien und in die Vereinigten Arabischen Emirate zu fliegen. Gegenwärtig wird der Abschluß von Luftverkehrsabkommen mit Irland und Uruguay vorbereitet sowie an der sowjetisch-chinesischen Kooperation im Bereich der Zivilluftflotte gearbeitet.

Ein konkreter Schritt zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA war die Wieder aufnahme der Flüge von Aeroflot und Pan American zwischen unseren Ländern im April d. J. Das war ein Ergebnis des Genfer Treffens von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan. Diese Beziehungen unserer beiden Staaten können sich um des Friedens und der Zusammenarbeit unserer Völker willen noch erfolgreicher entwickeln, wenn amerikanischerseits daran Interesse besteht.

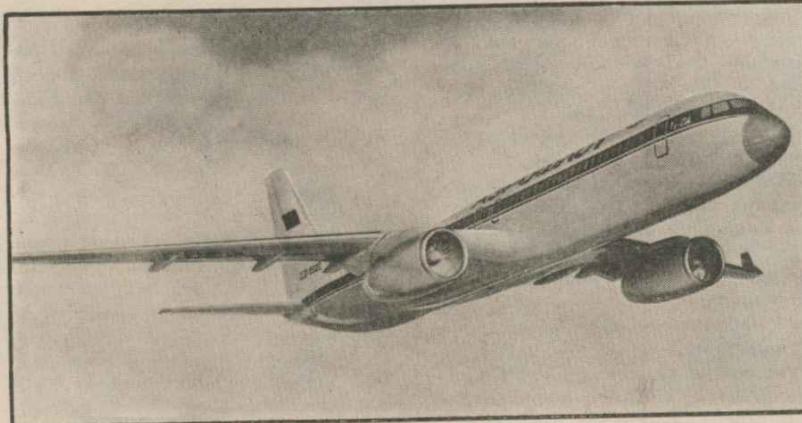
Die sowjetische Zivilluftflotte unternimmt regelmäßige Flüge in die Hauptstädte und andere große Städte von fast hundert Ländern. Das hohe Ansehen unserer Gesellschaft entspringt der zuverlässigen Technik und dem hohen Können der Besatzungen und dem Streben, mit großen und weniger großen Gesellschaften auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils zusammenzuarbeiten, ohne dabei die Interessen der Partner zu schmälern. Diese Position der Aeroflot hat sich mit der Zeit bewährt, sowohl durch die Zusammenarbeit im Rahmen des RGW als auch der ICAO.

Was ist konkret bei der Entwicklung der Zivilluftfahrt in den RGW-Ländern erzielt worden?

Nicht wenig. Wir haben heute ein einheitliches Zentrum zur Ausbildung des Flieger-, Techniker- und Dispatcherpersonals in Ulianowsk. Für Bau und Reparatur von Flugzeugtechnik haben wir eine internationale Arbeitsteilung eingeführt. Der Bedarf der Flugzeugunternehmen der RGW-Länder an technischen Mitteln wurde festgestellt, die gemeinsame Arbeit beim Bau von Flughäfen und beim Betrieb internationaler Routen in die Wege geleitet. Auch die Zusammenarbeit beim Bau eines Komplexes von automatischen Flugleitsystemen entwickelt sich.

Seit 1975 nimmt der Passagiertransport auf den Fluglinien der RGW-Länder jährlich um mehr als 4 Prozent zu. Was diese Kennzahl betrifft, bleiben die größten Fluggesellschaften des Westens weit hinter unseren Zivilluftflotten zurück. Gegenwärtig befliegen Maschinen aus RGW-Ländern beinahe 400 internationale Routen.

Die Kooperation beim Bau von Flugzeugtechnik nimmt größere Ausmaße an. Ein polnischer Betrieb in Mielec fertigt mehrere Baugruppen und Einzelteile für die IL 86. Ebenfalls in Mielec hat man mit der Serienproduktion des Mehrzweckflugzeugs AN 28 begonnen, der bald den "Veteranen" AN 2 verdrängen wird. Die Arbeiter der Flugzeugwerke in der Tschechoslowakei,



Neue Verkehrsmaschine TU-204 (Modell)

Ein weiteres Problem sind die Zusammenstöße von Flugzeugen mit Vögeln. Laut Statistik kommt es in der Welt zu rund 4000 dieser Zusammenstöße jährlich. Die ICAO erörtert regelmäßig Probleme der ornithologischen Gefahr für die Flugzeuge. Sowjetische Wissenschaftler und Luftfahrtspesialisten befassen sich ebenfalls intensiv mit diesen Fragen. Zu den Stellenplänen der großen Flughäfen unseres Landes gehört das Amt des Ingenieur-Ornithologen.

In vielen Ländern greift man heute noch zur Vernichtung der Vögel in der Flughafenumgebung. Wir haben eine andere Methode, wir suchen nach Möglichkeiten, das Verhalten der Vögel

erfolgt die Feststellung der Strahlungsdosis in der Ukraine sowie die Sondierung der Atmosphäre. Unsere Zivilpiloten bringen auch Experten und verschiedene Frachten in die Gefahrenzone.

Die internationalen Flugrouten unserer Zivilluftfahrt sind sehr bedeutend. Vorhin sprachen Sie darüber. Ist es so, daß die Aeroflot in letzter Zeit die Geographie ihrer Tätigkeit ausdehnt?

Im vergangenen Planjahr fünf und in den ersten Monaten des neuen Planjahr fünf schloß die UdSSR Abkommen über den Flugverkehr mit Malta, Djibouti, der Republik Malediven, mit Togo, Sao-Tome und Principe und anderen Staaten. Aeroflot hat die Erlaubnis, nach

die Maschine L 410 für kürzere Strecken aus der Taufe hoben, entwickeln jetzt eine neue, weiter reichende und komfortablene Maschine, die L 610. Die UdSSR ihrerseits baut schwere Flugzeuge für mittlere und lange Strecken.

Die Zeit der Ersetzung der TU 154, der wichtigsten Mittelstreckenmaschine der Aeroflot und der Fluggesellschaften der anderen RGW-Länder, rückt näher. Das neue Flugzeug, die TU 204, wird 214 Passagieren Platz bieten. Auf den großen Strecken soll im 12. Planjahr fünf die IL 96-300 eingesetzt werden. Sie nimmt 300 Passagiere an Bord.

Die UdSSR entwickelt auch andere Flugzeugtechnik. In Flugzeugen und Hubschraubern der Zukunft werden die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik angewandt, und neue Baustoffe, Kompositstoffe, die das Gewicht der Maschinen erleichtern, finden Verwendung. Zuverlässigere und vollkommenere Funktionssysteme an Bord werden den Stand der Automatisierung erhöhen und für eine hohe Effektivität und Sicherheit der Flüge sorgen.

Könnten wir jetzt von der Flugzeugtechnik zum Problem der Treibstoffe übergehen? Die Luftflotte der Welt ist wohl der größte Verbraucher von Erdölprodukten, und dabei sind die Erdölvorräte bekanntlich nicht unerschöpflich. Was wird unternommen, damit der Verbrauch an Brenn- und Schmierstoffen gesenkt wird?

Gewiß, das ist ein ernsthaftes Problem, es ist nur komplex zu lösen.

Bei der Aeroflot sorgen wir für strikte Sparsamkeit im Verbrauch von Kraftstoffen. Zu diesem Zweck werden kurze Flugstrecken geschlossen, falls auf derselben Strecke Busse oder die Eisenbahn verkehren. Eine große Ersparnis bringen uns Flüge in Höhen, in denen am wenigsten Brennstoff verbraucht wird. Neue Flugzeuge und Hubschrauber werden eine hohe Treibstoffeffektivität haben. Die neuen Triebwerke müssen stärker, wirtschaftlicher und leichter sein. Selbst nach vorsichtigen Schätzungen wird der spezifische Verbrauch von Kraftstoff bei der Aeroflot bis 1990 um 3-5% gesenkt werden. Dabei sollen die Transporte zunehmen.

Auch nach Alternativtreibstoffen wird gesucht. Die Wissenschaftler müssen sich etwas einfallen lassen, damit der weltweite Bedarf an Passagierflügen gedeckt werden kann. Obrigens sind die Turboprop-Triebwerke, die in den Motorenwerken mehrerer Länder gebaut werden, wirtschaftlich.

Hier tritt die ICAO in Aktion, die zur Entwicklung neuer, aussichtsreicher Technik beiträgt. Sie faßt die besten internationalen Erfahrungen zusammen und fördert auf diese Weise die Forschungen im Bereich der Aerodynamik der Luftschiffe, der Entwicklung von Triebwerken mit hoher Energieintensität und bei anderen wichtigen Forschungen.

In letzter Zeit haben wir alle beispiellose Akte des Luftterrorismus beobachtet. Man erinnere sich an die Explosion der Boeing 747 der Air India über dem Atlantik, wobei 329 Menschen ums Leben kamen, oder die Entführung einer Boeing 737 der Egypt Air nach Malta, bei der 59 Personen umkamen. Auf den Flughäfen von Frankfurt/Main, Tokio, Wien und Rom wurden Explosions ausgelöst. Wie reagierte die ICAO darauf? Was unternehmen Ihre Mitgliedstaaten, darunter die UdSSR, zur Bekämpfung der Luftpiraterie?

Der Terrorismus in der Luft ist eine schwere Gefahr für die Zivilluftflotte. Er wird von allen ICAO-Staaten entschieden verurteilt. Vor kurzem erarbeitete die ICAO einen ausführlichen Plan zur Vorbeugung der Luftpiraterie, vorgesehen sind eine Verbesserung der nationalen Programme der Sicherheit in der Luft und der Schulung von Fachleuten, die Einführung modernerer Technik und der Kontrolle der Passagiere und ihres Gepäcks sowie der Informationsaustausch zwischen Staaten im Bereich des Kampfes gegen die ungesetzliche Einmischung in die Tätigkeit der Zivilluftfahrt.

Juristische Aspekte der Bekämpfung des Terrorismus nehmen einen großen Raum ein. In der ICAO wurden die Konventionen von Tokio, Den Haag und Montreal ausgearbeitet, die die Bekämpfung gesetzwidriger Handlungen gegen die Zivilluftflotte betreffen. Mehr als hundert Staaten, die der ICAO angehören, haben die Konventionen ratifiziert.

Viele Länder haben bilaterale Abkommen, die ebenfalls dem Kampf gegen den Banditismus gegenüber Flugzeugen gelten. Die UdSSR hat solche Abkommen mit der DDR, mit Bulgarien, der CSSR, mit Iran, Finnland usw. In der UdSSR steht auf solche Verbrechen eine schwere Strafe.

Unser Land hat mehrere Vorschläge für stärkere Maßnahmen gegen solche Verbrechen unterbreitet, darunter die Auslieferung der Verbrecher an das Land, welchem das Flugzeug gehört. Auf unsere Initiative hin wurde ein "Typenartikel" über die Sicherheit in der Luft ausgearbeitet und angenommen. Die ICAO empfiehlt, ihn in die bilateralen Abkommen über den Luftverkehr aufzunehmen.

Es ist überaus wichtig, daß im Politischen Bericht des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Vorschlag formuliert wurde, ein umfassendes System der internationalen Sicherheit zu schaffen. Als grundsätzliche Basis dieses Systems wird auf politischem Gebiet vorgeschlagen, effektive Maßnahmen zur Verhütung des internationalen Terrorismus auszuarbeiten, darunter auch zur Gewährleistung der Sicherheit bei der Benutzung internationaler Boden-, Luft- und Seetransportwege.

Neben dem offenen Banditismus ge-

gen die Zivilluftflotte bestehen auch andere Formen der Piraterie. Auf den ersten Blick sind sie harmlos und geben sich sogar gern als "Stimulanzien" für die Entwicklung des Luftverkehrs aus. Ich meine das wirtschaftliche Piratentum. Die USA beispielsweise machen große Reklame für die Politik der Internationalen "Dereglementierung" und eines "offenen Himmels". Da diese Begriffe für unser breites Lesepublikum ungewohnt sind, bitte ich Sie, sie zu erklären. In den letzten Jahren zwingen die USA den internationalen Fluggesellschaften ihre eigene Politik in diesem Bereich auf. Die Politik hat zwei Varianten, die "Dereglementierung" und den "offenen Himmel". In den USA wurde eine solche "Dereglementierung" amtlich durch ein Gesetz von 1978 "Über die Dereglementierung der Tätigkeit von Fluggesellschaften" verankert. Vorgesehen ist darin, daß die staatlichen Organe ihre reglementierende Wirkung einschränken, der Akzent wird dagegen auf die Entwicklung der freien Konkurrenz in der Luftfahrt gelegt. Was den "offenen Himmel" betrifft, so wurde er im Gesetz von 1979 "Über die Konkurrenz im internationalen Luftverkehr" formuliert und weitet faktisch die Bestimmungen des nur für das Land geltenden Gesetzes über die "Dereglementierung" auf internationale Fluglinien aus.

Gesetzt wird vor allem auf die Konzeption des "offenen Himmels", die berufen ist, die kommerzielle Tätigkeit von US-Fluggesellschaften auf dem Territorium anderer Staaten zu sichern. Zugleich sieht das Gesetz Sanktionen gegen Staaten vor, die keine für die USA vorteilhaften Abkommen über den Luftverkehr schließen wollen. Man versteht ohne weiteres, daß der "offene Himmel" den Monopolen die Möglichkeit böte, den Weltmarkt des Luftverkehrs ungehindert wirtschaftlich zu unterwandern.

Auf der III. ICAO-Konferenz über den Luftverkehr, die Ende v.J. in Montreal stattfand, wurden die einseitigen Maßnahmen einiger kapitalistischer Staaten verurteilt, weil sie die Entwicklung des internationalen Flugverkehrs negativ beeinflussen. Auch die Politik der internationalen "Dereglementierung" und des "offenen Himmels", die die USA anderen Ländern aufzuzwingen suchen, wurde verurteilt, weil sie den Interessen der souveränen Staaten und ihrer nationalen Fluggesellschaften widerspricht. Die Entwicklungsländer traten einmütig gegen diese Politik auf, wobei sie von der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten unterstützt wurden.

Unser Land ist für eine gleichberechtigte und allen Beteiligten nützliche Zusammenarbeit im 5. Ozean. Wir möchten, daß er zu einem Ozean von Frieden und Freundschaft wird, der alle Kontinente und alle Völker einander näher bringt.

Eine Reise in die Provinz Zhejiang

Grigori ARSLANOW

Die Boeing 737 der chinesischen Lufthaftrichtgesellschaft mit einer großen Gruppe in Peking akkreditierter ausländischer Journalisten landete anderthalb Stunden nach dem Start in Peking auf dem Flughafen von Hangzhou, dem Verwaltungszentrum der ostchinesischen Provinz Zhejiang.

Diese Provinz an der Küste des Ostchinesischen Meeres ist bekannt für ihre günstigen klimatischen Bedingungen. Für die Chinesen war bzw. ist diese Provinz das "Land der Fische und des Reises", die "Heimat der Seide und des Tees", ein "reiches Land alter Kulturschätze" und ein "Touristenparadies". Die Provinz nimmt nur 101 800 Quadratkilometer, 1,06% des Territoriums Chinas, ein. Dafür ist Zhejiang eine der am dichtesten besiedelten Provinzen des Landes. Hier leben an die 40 Millionen Menschen.

Über 70% des Provinzterritoriums sind Berge, 10% Flüsse und Seen und nur 20% landwirtschaftlich nutzbares Land. Durchschnittlich entfällt auf einen Einwohner von Zhejiang ein Zwanzigstel Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Nichtsdestoweniger gehörte diese Provinz zu den vier am weitesten entwickelten Provinzen des Landes, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Volksregierung von Zhejiang, Li Debao.

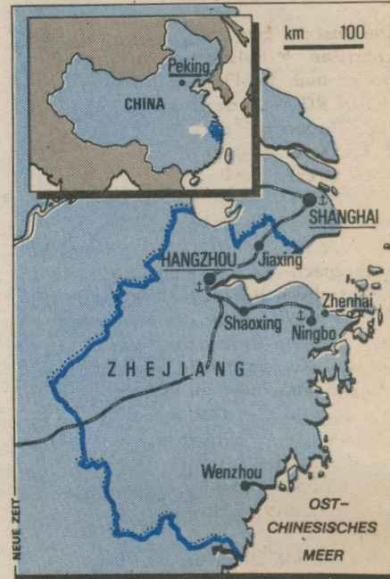
Hier begann die Seidenstraße

In der Provinz wird ein Viertel des

chinesischen Tees erzeugt, darunter der berühmte Tee "Longjing" ("Brunnen des Drachen"). Zhejiang nimmt den zweiten Platz bei dem Umfang und den ersten bei der Qualität der in China erzeugten Seide ein. Hier begann die Seidenstraße, beschrieben von dem italienischen Reisenden Marco Polo, die Zhejiang mit dem Mittelmeerraum und Mittelasien verband. Zhejiang deckt zur Hälfte den Bedarf der chinesischen Hauptstadt an Meeresprodukten. Probleme bereitet der Provinz die Energieversorgung: Hier gibt es keine Kohle, kein Erdöl. Offenbar wurde deshalb seinerzeit beschlossen, gerade hier das erste chinesische Kernkraftwerk zu errichten.

Zhejiang hat eine lange Geschichte. In dieser Provinz wurden bei archäologischen Ausgrabungen die Spuren eines Menschen aus der Jungsteinzeit entdeckt. Der interessanteste Fund wurde in Hemudu (Kréis Yuyao) gemacht. Wie sich herausstellte, wurde hier bereits vor mehr als 7000 Jahren Reis angebaut. Zhejiang ist die Heimat des großen chinesischen Schriftstellers Lu Xin (1881–1936). In seinem Geburtsort Shaoxing gibt es ein Museum des Schriftstellers, und auch die Schule, die er besuchte, wurde unter Denkmalschutz gestellt.

Zhejiang ist die Heimat von Tschiang Kai-schek und seinem Sohn Jiang Jingguo, dem gegenwärtigen "Präsidenten" von Taiwan. Jetzt sind das Haus von Tschiang Kai-schek, das Grab seiner Mutter, das Haus von Jiang Jingguo und



das Grab von dessen Mutter, die bei einem japanischen Bombenangriff umkam, restauriert. Diese Stätten werden von zahlreichen Touristen — den Huaqiao (Auslandschinesen) —, von der chinesischen Jugend und sogar von verantwortlichen Funktionären besucht, die sich in dieser Gegend erholen. Wie Li Debao ausführte, geschehe all das, um die Vereinigung der Heimat zu fördern — unter Berücksichtigung des Umstandes, daß "Tschiang Kai-schek als historische Persönlichkeit auch eine gewisse positive Rolle spielte, z. B. vor 1927 und während des antijapanischen Krieges".

Shang Yangmiao, stellvertretender Leiter des Kreises, in dem sich das Tschiang-Kai-schek-Museum befindet, sagte, die chinesische Führung hoffe, Jiang Jingguo werde einer "dritten Zusammenarbeit" zwischen der KPCh und der Guomindang zur Vereinigung der Heimat zustimmen und einen großen Beitrag zur Geschichte Chinas leisten. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, Jiang Jingguo werde das Grab seiner Mutter und die Heimat besuchen. Es wurde sogar die Annahme geäußert, Jiang Jingguo könne nach gewisser Zeit Verhandlungen über die Vereinigung der Heimat aufnehmen.

Von Jahr zu Jahr steigen die Einnahmen aus dem Tourismus. 1985 besuchten ca. 200 000 ausländische Touristen und 18 Millionen Chinesen Zhejiang. Einen Großteil der Deviseneinnahmen in der Provinz liefert der Export von Seide und Textilien. 1985 wurden allein in

Hangzhou 120 Mio m Seide, wovon ein Viertel exportiert wurde, erzeugt. Ausgeführt werden ferner Tee, Präparate der chinesischen Medizin, Erzeugnisse der Leichtindustrie. Geliefert wird in mehr als 100 Länder der Erde.

Ende v. J. gab es 27 gemischte Unternehmen mit einem Auslandskapital von insgesamt 120 Mio Dollar. Wir sind zu jeglichen Formen der Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen bereit, betonte der Bürgermeister von Hangzhou, Zhong Boxi.

Im 6. Planjahr (1981-1985) fanden in den Städten der Provinz mehr als 561 000 junge Menschen Arbeit, was es ermöglichte, die Erwerbslosigkeit in den Städten von 3,6 Prozent (1980) auf 1,5 Prozent (1985) zu senken. An Plakatsäulen und Hausmauern hängen Lösungen für Familienplanung. Die Forderung "Eine Familie — ein Kind" ist Gesetz. Die Fahrerin unseres Kleinbusses, eine sympathische junge Frau von 22 Jahren, sagte uns, als Berufsfahrerin dürfe sie erst mit 26 oder 27 heiraten.

Jedem nach

seiner Arbeit

Bei der Fahrt durch chinesische Städte sieht man, wie die alten Häuser, die vor Jahrhunderten erbaut wurden, abgetragen werden und neuen Straßen und Wegen zu Industriebetrieben, Kultur- und Verwaltungszentren und zu buddhistischen Tempeln, die zum Hauptobjekt des zunehmenden Tourismus wurden, weichen. Das gilt besonders für die kleineren Kreisstädte, die in die chinesische Kulturgeschichte eingegangen sind. Die kleineren, doch für die chinesischen Städte typischen und in zahlreichen literarischen Werken beschriebenen Innenhöfe mit Ziegelöfen für die Essenzubereitung, mit Nebenräumen für die Lagerung von Brennstoffen und Nahrungsmitteln sowie die Haltung von Hühnern, bisweilen auch von Schweinen verschwinden allmählich.

Die Umsiedlung der Einwohner chinesischer Städte aus den alten Häusern, ein Prozeß, der in den 50er Jahren eingeleitet und für lange Jahre während des "Großen Sprungs" und der "Kulturrevolution" unterbrochen wurde, wird allmählich wieder aufgenommen. In die neuen Häuser, von denen es noch nicht so viele gibt, werden aus den abzurissenden, einstöckigen Gassen nur die Blumentöpfe, die ihren gewohnten Platz auf den Balkons einnehmen, sowie die langen Bambussangen mitgenommen, auf denen die Wäsche getrocknet wird.

Deshalb erinnern die neuen Straßen mit den vielgeschossigen Häusern oft an die Innenhöfe großer Wäschereien.

Die Anstrengungen eines jeden, des Kollektivs und des ganzen Volkes sind eindeutig auf die Produktion gerichtet. Die Menschen werden nicht mehr zu stundenlangen Versammlungen dirigiert, um zu erörtern, ob eine Reform nötig ist oder nicht oder ob ideologisch-politische Arbeit bzw. produktive Tätigkeit wichtiger ist. Dafür gibt es keine Zeit. Die Chinesen werden nicht mehr durch politische Kampagnen, Diskussionen usw., wie das früher so oft geschah, ermüdet. Die Aktivität des einzelnen, seine Stellung in der Gesellschaft werden heute nicht mehr durch die Zahl der von ihm auswendig gelernten Zitate Mao Zedongs bestimmt, sondern durch seine Arbeit — durch ehrliche Arbeit in einem staatlichen Betrieb, durch seinen Unternehmungsgeist. Zum beherrschenden Prinzip des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens des Landes wird (trotz des hartnäckigen Widerstandes eines gewissen Teils der Kader) das Prinzip: Jedem nach seiner Arbeit.

Entsprechend der neuen Wirtschaftspolitik sind die meisten Betriebe Staatsunternehmen, doch sie liegen in der Kompetenz des Kollektivs. Die Mitarbeiter solcher Betriebe werden die Rechte zur Leitung der Betriebe haben sowie die Verantwortung für die Gewinne und Verluste tragen. Der Direktor ist nur ihr Vertreter. Ein solcher Betrieb muß drei Kategorien von Mitarbeitern haben: ständige, auf Vertragsbasis und vorübergehend beschäftigte. Diese Einteilung soll die Mitarbeiter eng an ihren Betrieb binden. Je nach Arbeitseinsatz kann ein vorübergehend Beschäftigter zum Beschäftigten auf Vertragsbasis und ein auf Vertragsbasis Beschäftigter zum ständigen Mitarbeiter werden. Doch auch umgekehrt kann das geschehen...

... Die Arzneimittelfabrik Nr. 2 von Hangzhou erzeugt Präparate der traditionellen chinesischen Medizin — ohne Verwendung chemischer Stoffe. Hier werden vor allem diverse tonisierende Mittel hergestellt. Eines von ihnen, "Qingchunbao", das eine 500jährige Geschichte hat, wird nach einem Geheimrezept des dritten Kaisers der Ming-Dynastie, Ying Le, angerichtet. Dem Kaiser gelang es nicht, das Elixier der Unsterblichkeit zu erfinden, doch hatte er Erfolge mit seinem Rezept für ein "Elixier der Jugendlichkeit". Ein Großteil der Erzeugnisse wird in die USA, nach Japan und in Länder Südostasiens exportiert. "Viele ausländische Geschäftsleute

wenden sich an unsere Fabrik, bieten ihre Dienste bei der Bildung gemischter Betriebe an", sagte Direktor Feng Gangshen.

Die Erfolge des Unternehmens erklärt der Direktor mit den Wirtschaftsreformen, vor allem mit der Reform des Kadersystems. Der Direktor, der Chefingenieur und der Abteilungsleiter wurden früher ernannt, und ihre Amtszeit war unbegrenzt. Jetzt werden sie alle ebenso wie die Kaderkräfte des Leitungsapparats auf Kontrakt für zwei bis drei Jahre eingestellt, je nachdem, wie erfolgreich das Unternehmen ist. Die Arbeiter unterzeichnen einen Zweijahreskontrakt. Niemand hat das Recht, ein ganzes Leben lang in diesem Betrieb zu arbeiten.

Sonderprämien werden an die Rationalisatoren ausgezahlt. Alles Positive und Negative in der Tätigkeit jedes Mitarbeiters wird von einem Computer festgehalten. Entsprechend kann der Arbeiter zu Monatsende eine Prämie erhalten, doch es gibt auch ein System von Abzügen. Für jede Minute Verspätung werden einem Arbeiter, Ingenieur oder Techiker 10 Yuan abgezogen. Im Wiederholungsfall verdoppelt sich die Geldstrafe.

Jeder Arbeiter oder Angestellte kann bis zu vier Zeitungen und Zeitschriften auf Betriebskosten, besonders Fachpublikationen, abonnieren. Die Arbeiter werden mit Bussen der Fabrik zur Arbeit und wieder nach Hause gebracht, oder aber sie erhalten Vorzugsdauerkarten für den städtischen Nahverkehr.

Wie verfährt man mit einem Arbeiter, wenn er die Kontraktbedingungen nicht erfüllt? Ihm wird die Arbeit verweigert. Er kann in eine andere Abteilung versetzt werden. Wenn keine Abteilung ihn übernehmen will, sucht ihm die Fabrikleitung einen Arbeitsplatz, doch dort wird er nur 65 Prozent seines Grundgehalts bekommen.

"Alle halten jetzt auf Disziplin, niemand verspätet sich", sagte der Direktor. "Vor der Reform waren viele Arbeiter und Angestellte oft untätig. Jetzt haben wir damit aufgeräumt. Alles hängt von der Quantität und der Qualität der Arbeit ab — sowohl die Erfolge der Fabrik als auch die Bezahlung der Mitarbeiter. Die Erzeugnisqualität wird mit modernen Geräten aus dem Ausland kontrolliert."

Die Sorgen des Bürgermeisters

Den Plakaten in staatlichen Industriebetrieben nach zu urteilen stehen im

Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Parteiorgane nicht nur Probleme der Steigerung der Produktion und der Hebung der Erzeugnisqualität, sondern auch der Kampf gegen Rechtsverletzungen, vor allem gegen Wirtschaftsverbrechen.

Die Gewährung der wirtschaftlichen Selbständigkeit an die Betriebe (besonders des gesellschaftlichen Sektors) führte dazu, daß viele verschiedene Betriebe auftauchten, wurden sie ja in der ersten Zeit nicht besteuert. Jegliche Versuche örtlicher Behörden, die Tätigkeit der Betriebe unter Kontrolle zu bringen, wurden als "linker Versuch, die Belebung der Wirtschaft zu behindern", angesehen. Das schuf günstige Voraussetzungen für diverse Hochstapler, Gaunder, Betrüger und Devisenschieber. Selbst unter hauptamtlichen Parteidienstleistern griffen Erscheinungen um sich wie Devisenschiebungen, Spekulationen mit großen Warenpartien, Preisüberziehungen zwecks eigener Bereicherung und Korruption. Unkontrolliert stiegen Löhne und Prämien.

Im Zentrum und vor Ort wurde die Notwendigkeit erkannt, die Reformpolitik zu vervollkommen. "Wir sagen nicht, daß unsere Politik hundertprozentig richtig ist", erklärte der Bürgermeister von Hangzhou, Zhong Boxi, vor ausländischen Journalisten. "Sie muß verbessert, weiterentwickelt werden." Seinen Worten zufolge führte die Preisregelung zu einer Anhebung der Preise für Verbrauchsgüter, darunter für Nahrungsmittel. Der Bürgermeister erklärte, allein 1985 seien in Hangzhou, das von den landwirtschaftlich am weitesten entwickelten Gegenden umgeben ist, die Preise für Verbrauchsgüter um 17,3% gestiegen. "Das ist etwas zu viel", bemerkte er.

Doch, wie er sagte, erhält jeder Einwohner der Stadt monatlich eine Beihilfe in Höhe von 12 Yuan. Auf diese Weise stiegen die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten um 16,7%. Die Prämien wurden erhöht. All das wurde, wie er sagte, möglich durch die Steigerung der Industrie- und Agrarproduktion. 1985, erklärte der Bürgermeister, nahmen die Realeinnahmen der Einwohner von Hongzhou um 21,8 Prozent gegenüber 1984 zu.

Jetzt werden in Hongzhou, einem der wichtigsten Anziehungspunkte des Auslandstourismus, Pläne für die Restaurierung der Kaiserpaläste aus der Zeit der Song-Dynastie erarbeitet, werden buddhistische Tempel und Klöster restauriert. Die Wirtschaftstätigkeit am Xihu-See wurde verboten. Um die Schönheit

dieses Sees und des gesamten architektonischen Ensembles zu bewahren, wurde der Bau von Hochhäusern am Seeufer untersagt. Jährlich stellt die Stadt für die Restaurierung historischer Denkmäler 12 Mio Yuan bereit (außerdem gibt die Regierung der VR China Geld).

Zu den Schwierigkeiten, mit denen die Stadtbehörden in der Wirtschaftspolitik konfrontiert werden, verwies der Bürgermeister darauf, daß einige Funktionäre nicht auf Gleichmacherei verzichten wollen. Nichtsdestoweniger müsse Gleichmacherei unbedingt beseitigt werden. In diesem Zusammenhang erinnerte er an den Entwurf eines Gesetzes über den Bankrott von Betrieben, das bei unrentablen Betrieben angewandt werden soll. Solche Betriebe werden sich entweder mit anderen zusammenschließen und zur Produktion anderer Erzeugnisse übergehen müssen oder sollen liquidiert werden.

Der Bürgermeister betonte, daß es gegenwärtig in Groß-Hangzhou ca. 15 unrentable Betriebe gibt, doch würde heute das Gesetz über die Betriebsauflösung verkündet, wäre die Zahl der Unternehmen, die unter diese Kategorie fallen, bedeutend größer.

Agrarbetriebe

Anders als in früheren Jahren, als auf dem flachen Land in China, wo an die 800 Millionen Menschen leben, nur Nebengewerbe verbreitet war, sind jetzt viele örtliche Fabriken und Werke, selbst Kohlen- und Erzgruben, kleine Wasserkraftwerke und spezialisierte Höfe entstanden, die sich mit Gütertransport und mit der Bereitstellung diverser Dienstleistungen für die Bauern befassen. Ebendeshalb ist auf einen Großteil der Landbevölkerung Chinas die Charakteristik "sowohl Arbeiter als auch Bauer" durchaus anwendbar. Allgemein bekannt ist, daß ein Großteil der chinesischen Konsumgüter von der Landwirtschaft und der Leichtindustrie, die auf der Landwirtschaft basiert, geliefert wird. Die Zukunft Chinas hängt weitgehend davon ab, ob es die chinesischen Bauern verstehen werden, sich den neuen Bedingungen, den neuen Formen der Produktions- und der Ware-Geld-Beziehungen anzupassen.

Im vergangenen Planjahr fünf verdoppelte sich die Gesamtproduktion des Nebengewerbes auf dem Lande gegenüber dem vorherigen Planjahr fünf, und die Produktion der ländlichen

Industrie verdreifachte sich, was zu einer Zunahme der Prokopfeinnahmen auf dem Land um 100% führte.

Hinter all diesen Veränderungen steht die Revision der Agrarpolitik. Die Volkskommunen haben Einzelhöfen, die sich auf die Produktion von Getreide, Nebengewerbe und andere Arten der Wirtschaftsführung auf Vertragsgrundlage spezialisieren, Platz gemacht. Die Aufhebung der staatlichen Quoten für den Ankauf von Getreide, Ölsaaten und Baumwolle ermöglichte es den Bauern selbst zu entscheiden, was für sie vorteilhafter ist.

In den letzten Jahren stieg die persönliche Interessiertheit der Bauern an den Ergebnissen ihrer Arbeit, sind sie ja jetzt "für sich selbst" tätig und nicht mehr für den "großen Topf", von dem aus alles gleich, unabhängig von den Anstrengungen eines jeden, verteilt wurde. Die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion im Land nach Einführung des Bauernhofvertrags ist klar erkennbar. Die chinesischen Bauern können, wenn sie entsprechend bezahlt und mit den erforderlichen Arbeitsinstrumenten versehen sind, nicht nur die eine Milliarde Einwohner Chinas ernähren, sondern auch viele Nahrungsmittel für den Export erzeugen. Doch die veralteten Methoden der Wirtschaftsführung, die manuelle Arbeit und die schwache Mechanisierung sind nach wie vor für die chinesische Landwirtschaft typisch.

Bezüglich der Rolle der Landwirtschaftsbetriebe im Wirtschaftsleben des Landes sei gesagt, daß 1985 ihre Produktion 20% des Gesamtwerts der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und 30% der gesamten Industrieerzeugung des Landes ausmachte.

Gerade in der Entwicklung der ländlichen Industrie sehen die chinesischen Wirtschaftswissenschaftler Reserven, um die Aufgabe zur Vervielfachung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion der VR China bis zum Jahre 2000 zu erfüllen. Das ist zugleich auch die rationellste Methode, die riesige Zahl der Arbeitskräfte auf dem Land zu nutzen.

Wie der Sekretär des Parteikomitees der Provinz Zhejiang, Wang Fang, erklärte, geben die ländlichen Betriebe Mitgliedern der Bauernfamilien Arbeit, die im Ergebnis Lohn aus einem Betrieb und ein Nebeneinkommen aus der Landwirtschaft beziehen. Finanzstärkere Betriebe können selbst "Abteilungen" für Landwirtschaft und Viehzucht eröffnen. Auf diese Weise setzt allmählich auch der umgekehrte Prozeß ein:

Während die Landwirtschaft früher Mittel und Arbeitskräfte für die Industrie bereitstellte, fördern jetzt Industriebetriebe die Landwirtschaft, und das auch finanziell.

Viele Bauern, die in der Umgebung von Großstädten leben, sind an der Produktion von Exporterzeugnissen beteiligt. Die Bauern in Familienbetrieben, die für ihre Arbeit weniger erhalten als die Arbeiter z. B. von Schanghai und anderen Städten, deren Betriebe für den Export produzieren, liefern einzelne Erzeugnissarten für den Export auf Vertragsgrundlage an städtische Großbetriebe, wobei sie für das Land Devisen erarbeiten. So spezialisieren sich über 100 000 Bauernhöfe in der Zone des Hafens Ningbo auf die Produktion diverser Exportgüter.

Ningbos Probleme und Perspektiven

Ningbo, gelegen an der Küste des Osthochasiatischen Meeres, ist eine der 14 offenen Küstenstädte Chinas. In dieser alten Stadt leben 4,81 Millionen Menschen, darunter 600 000 innerhalb der Stadtgrenzen. Wie archäologische Ausgrabungen zeigen, waren die Menschen bereits vor 6000 bis 7000 Jahren dort, wo sich jetzt Ningbo befindet, wirtschaftlich tätig. Segelboote fuhren von hier aus zu den südlichen Meeren. Ningbo diente von alters her als Handelshafen Chinas. Unter der Tang und der Song-Dynastie (618-1279) wurde Ningbo das Fenster Chinas für den Handel mit der "Welt der Barbaren".

Ningbo ist ein Tiefwasserhafen. Die Kais von Zhenhai und Beilun können bereits heute selbst Schiffe von 120 000 BRT aufnehmen.

Nach Abschluß des Baus von 30 Kais an der 10 km langen Küste wird der Hafen von Beilun Schiffe auch bis zu 200 000 BRT abfertigen können. Die Gesamttonnage der Güter, die in Beilun umgeschlagen werden sollen, wird 100 Mio t jährlich erreichen.

Ningbo wird allmählich zu einem Umschlagspunkt, in dem brasilianisches und australisches Erz, das für das Baoshan-Hüttenkombinat in Schanghai bestimmt ist, von großen Erzfrachtern in Schiffe von 10 000 BRT umgeladen und zu den Kais befördert wird, die das Hüttenkombinat bedienen.

Die Kais von Beilun entstehen nicht nur für die Abfertigung von Schiffen, die Erz für das Baoshan-Kombinat anliefern. In Ningbo selbst ist der Bau eines Hüttenkombinats für 3 Mio t Stahl jährlich

(erste Baustufe) geplant. Das Kombinat wird mit technischer und finanzieller Unterstützung britischer Firmen und durch Vermittlung eines Hongkonger Multimillionärs, des größten Reeders der Welt, Bao Yugang, errichtet werden, der selbst aus Ningbo stammt. Übrigens hat Bao Yugang mit eigenem Geld hier eine Universität errichtet, seine Brüder und Schwestern gaben das Geld für eine technische Fachschule und eine Mittelschule. Bao Yugang hat gleichfalls Mittel für den Bau einer Straße aus Ningbo zu seinem Geburtsdorf bereitgestellt. Wie Chen Zhiqiang, der stellvertretende Bürgermeister von Ningbo erklärte, wird das Hüttenkombinat auf Vorschlag von Bao Yugang persönlich errichtet werden und 3,2 Md. Dollar kosten.

In der Stadt werden jetzt im beschleunigten Tempo zwei Heizkraftwerke, ein Flughafen, Hotels und eine automatische Telefonzentrale errichtet. Grundstücke wurden bereitgestellt, wo gemischte Betriebe unter Beteiligung von Auslandskapital errichtet werden sollen.

Die Regierung der VR China, die Ningbo zu einem der größten offenen Häfen an der Küste des Osthochasiatischen Meeres, zu einer Konkurrenz für Schanghai, machen will, stellte 2 Md. Yuan für den Bau von Hafenanlagen, eines Heizkraftwerks und einer Ölraffinerie bereit. An den Kais von Beilun wurden modernste Anlagen japanischer Produktion aufgestellt, die es ermöglichen, die Be- und Entladearbeiten automatisch zu steuern. Doch bislang werden noch nicht alle Kapazitäten des Hafens genutzt. Die Stadtbehörden setzen besondere Hoffnungen in die "Erfahrungen, Gelder und das Können" der Huaiqiaos, die von hier stammen und in vielen Ländern als "Clan von Ningbo" gelten.

Ningbo braucht dringend neue Wohnhäuser, Transportverbindungen und breitere Straßen. Die meisten Häuser der Stadt wurden vor einigen Jahrhunderten errichtet. In Ningbo gibt es viele historische Denkmäler. Hier befindet sich u. a. die älteste Bibliothek Chinas, die unter der Ming-Dynastie (1368-1644) entstand und in der 700 000 Bücher zusammengetragen wurden. Später wurden viele wertvolle Bücher gestohlen. Doch nichtsdestoweniger ist die Bibliothek von Ningbo eine der reichsten Büchereien des Landes. Heute werden dort 300 000 seltene Bücher gezählt.

Wir haben kurz dargestellt, wie der Wirtschaftsmechanismus einer der am

weitesten entwickelten Provinzen funktioniert. So bekommen wir auch eine Vorstellung vom Wirtschaftsleben ganz Chinas. Das Wichtigste dabei ist die Belebung der Wirtschaftstätigkeit, die Intensivierung der Verbindungen zwischen den chinesischen Betrieben und anderen Wirtschaftseinrichtungen nicht nur in der betreffenden Region, sondern im Maßstab des ganzen Landes.

Allmählich nimmt die Idee einer kommerziell-wirtschaftlichen Zusammenarbeit (insbesondere Tauschhandel) mit den sozialistischen Ländern, vor allem mit der Sowjetunion, Gestalt an. Sie ermöglicht der VR China, aus diesen Ländern neue Industrieanlagen einzuführen, ohne Devisen zu verausgaben. Davon sprachen wiederholt auch führende Vertreter der Provinz Zhejiang.

Deutlicher wurden die Anzeichen einer sich ausweitenden Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft und Kultur zwischen der VR China und der UdSSR. Auf den Straßen begegneten unserer Gruppe nicht nur sowjetische LKW's der 50er Jahre, sondern auch Autos der Marken GAS-24, Lada 2105 und SIs. Aus Hangzhou nach Peking flogen wir mit einer Maschine sowjetischer Produktion. Den Passagieren wurde mitgeteilt, daß die "TU 154 sowjetischer Produktion in einer Höhe von..." fliegt.

Während unseres Aufenthalts in der Provinz Zhejiang wurde im Schanghaier und im lokalen Fernsehen zwei Tage hintereinander die Aufzeichnung eines Konzerts des Belorussischen akademischen Chors gezeigt, der in einigen Städten Chinas, darunter in Peking, ein Gastspiel gegeben hatte. Diese Sendungen konnten nicht nur von den Menschen im Festlandsteil der Provinz gesehen werden, sondern auch von den Fernsehzuschauern auf den Zhoushan-Inseln. In den großen Hotels, die chinesisch-ausländische Unternehmen sind, liefen über Hausfernsehen die sowjetischen Filme "Moskau glaubt den Tränen nicht" und "Im Morgengrauen ist es noch still". In den Buchläden selbst der von Peking am weitesten entfernten Kreisstädte kann man in chinesischer Übersetzung Werke Puschkins, Lermontows, Tolstoi, Gorkis, Fadejews und Majakowskis sowie vieler anderer russischer und sowjetischer Schriftsteller kaufen. Diese Bücher erschienen in den letzten fünf bis sechs Jahren. Auf dem Buchmarkt gibt es unvergleichlich mehr Übersetzungen von Werken sowjetischer Autoren als von Schriftstellern aus westlichen Ländern.

Hangzhou--Ningbo--Peking

EINE STAATSGRENZE

Nikita SHOLKWER

NZ-Sonderkorrespondent

Vor einem Vierteljahrhundert, in der Nacht zum 13. August 1961, ergriff die DDR-Regierung nach Abstimmung mit ihren Verbündeten Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit Berlins. An der Grenze zwischen der Hauptstadt der DDR und Westberlin wurde eine normale Grenzkontrolle eingeführt. Die Leidenschaften, die anfangs um diese Maßnahmen entbrannten, legten sich allmählich, und man mußte die souveränen Rechte der DDR respektieren.

Doch die westliche Propaganda, Bonner und Westberliner Politiker verlangen immer wieder, die "Berliner Mauer" abzureißen und greifen die DDR-Regierung an, wobei sie die Tatsachen jener Jahre grob entstellen.

1986. Juli

Am Berliner S-Bahnhof Friedrichstraße. Hier befindet sich einer der größten Übergänge nach Westberlin. Ich verlasse den Zug, steige zum belebten Kontrollpunkt hinunter. Der Grenzbeamte grüßt mich höflich.

Ich steige wieder nach oben, doch bereits zum benachbarten Bahnsteig — hinter einer grauen Trennwand. Die Grenzkontrolle habe ich nun passiert. Hier, am Bahnhof Friedrichstraße, kreuzen sich zwei Linien der Westberliner S-Bahn und eine Linie der U-Bahn.

Ein Zug rollt heran. Bis zur nächsten Station sind es zwei—drei Minuten. Links achtet das Reichstagsgebäude mit der Fahne der BRD auf. Der Zug nähert sich der Brücke über die Spree, läßt die erste, innere Wand, den Grenzstreifen mit den Wachtürmen und schließlich den äußeren Schutzwall hinter sich zurück. Jetzt liegt die Grenze hinter uns. Sie trennt nicht nur die DDR-Hauptstadt von Westberlin.

Diese Grenze trennt zwei Welten, zwei entgegengesetzte Ideologien und Weltanschauungen. Die Grenze zieht sich durch das Bewußtsein der Menschen, kennzeichnet unterschiedliche Gewohnheiten, eine andere Lebensweise. Das ist das Eingentliche, was die Einwohner der DDR-Hauptstadt und Westberlins trennt,

keineswegs aber die Mauer, über die so viel Unsinn im Westen verbreitet wird.

Was nun ließ ihren Bau so notwendig werden? Wer trägt die Verantwortung für die Spaltung Berlins? Um das zu verstehen, muß man nicht 25, sondern 41 Jahre zurückgehen.

1945--1949

Im Juli 1945 kamen Einheiten der Westalliierten nach Berlin. Entsprechend früheren Vereinbarungen nahmen sie die Westsektoren der Stadt ein. Doch dem Viermächtestatus zufolge blieb Berlin voll und ganz Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone, und die höchste Macht lag weiter beim sowjetischen Oberkommandierenden.

In der ersten Zeit arbeitete die gleich nach dem Krieg gebildete Interalliierte Militärkommandantur von Berlin, die aus Vertretern der vier Siegermächte bestand, in voller Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen. Leider währte die Zeit der Zusammenarbeit nur einige Wochen. Bald schon wurde sie durch Versuche der Westmächte abgelöst, die Vereinbarungen zu torpedieren und die Entwicklung der Stadt in eine undemokratische Richtung zu drängen. Ex-Nazis wurden in Schlüsselpositionen der Stadt gehoben. Die Direktoren sessel der größten Konzerne nahmen erneut die einstigen Bosse ein.

Am 12. März 1947 wird die "Truman-Doktrin" verkündet, am 5. Juni der

"Marshall-Plan". Beide werden zu Elementen der US-Strategie des "Rollback des Kommunismus". Deutschland und Berlin werden zur Hauptarena des kalten Krieges. Die Westmächte gingen zielstrebig an die Spaltung Deutschlands, an die Schaffung des Bonner Separatstaates und dessen Einbeziehung in das System ihrer Militärbündnisse. Diese Politik widerspiegeln sich auch in Berlin.

"Die Epoche von Jalta ist vorüber", freute sich die "New York Herald Tribune". "Die Spaltung Deutschlands wird uns freie Hand geben, um Westdeutschland in das System der Westmächte einzubeziehen."

Im März 1948 hörte die Viermächteverwaltung Berlins faktisch auf. Am 18. Juni 1948 erfolgte in den Westzonen Deutschlands eine separate Währungsreform. Am 23. Juni wurde sie auf die Westsektoren Berlins ausgeweitet. Am 5. Dezember 1948 wurden in den Westsektoren Separatwahlen abgehalten, die die Teilung der Stadt verankerten.

Am 21. Dezember richteten die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs ohne irgendwelche rechtliche Begründung (hatten sie ja formell anerkannt, daß Berlin zur sowjetischen Besatzungszone gehört) für die Westsektoren Berlins eine Separatkommandantur der drei Westmächte ein. Auch die kommunale Wirtschaft Westberlins wurde abgesondert. Später wurde auch die Gas-, Wasser- und Stromversorgung getrennt, wurden die Straßenbahnverbindungen eingestellt.

Am 7. September 1949 fand die westliche Politik der Spaltung Deutschlands ihren Ausdruck in der Schaffung des Bonner Separatstaates.

1950--1960

Die Grenze zwischen beiden Teilen Berlins blieb fast unsichtbar. Ein Netz

Amerikanischer Abhördienst in Westberlin



von U- und S-Bahnlinien verband das, was es als Einheit schon nicht mehr gab. 12 Jahre blieb die Grenze zu Westberlin offen. Man brauchte nur eine Straße oder einen Platz zu überqueren, über eine Brücke zu gehen, eine Station mit der U- oder der S-Bahn zu fahren — und schon war man in einer anderen Welt, in einer anderen Gesellschaftsordnung. Jeden Tag machten Hundertausende praktisch unkontrolliert diesen Weg. Die nur auf Stadtplänen bestehende Grenze passierten ungehindert Spekulanten und Gauner, Spione und Agenten imperialistischer Geheimdienste, Kriminelle und Menschenhändler.

1986. Juli

Die Allee Unter den Linden endet an einer kleinen Metallsperrre. Weiter geht es nicht. Vor uns, bis hin zum Brandenburger Tor, ist Grenzbereich. Direkt hinter dem Brandenburger Tor, etwa 20 Meter, beginnt der britische Sektor Westberlins. Das Brandenburger Tor, dieses große Werk des Klassizismus, Ende des 18. Jh. von C. G. Langhans geschaffen, darf man eigentlich nur von hier aus, vor der Sperrre, bewundern. Doch für mich wird eine Ausnahme gemacht. Hartmut Beyer, Oberstleutnant der Grenztruppen, führte mich an die linke Seite des Tores. Hier wurde 1958 ein kleines Informationszentrum eingerichtet.

"Westberlin ist das wohl wichtigste Zentrum subversiver Tätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers", berichtet H. Beyer. "Auf einer Fläche von nur 480 Quadratkilometern stehen Truppen der drei Westmächte, über 80 verschiedene Spionage- und Diversionsorganisationen. Das hier zum Beispiel", Beyer zeigt auf ein Foto, "erinnert an ein Minarett. In Wirklichkeit befindet sich dort, auf dem Teufelsberg — dem höchsten Punkt Westberlins — ein US-Zentrum für elektronische Spionage. Die Antennen horchen bis 500 Kilometer in die Länder des Warschauer Vertrages hinein. Und wie viele Spionageausrüstungen und Mini-Sender wurden an der Grenze beschlagnahmt! Wie viele Verletzungen werden hier alljährlich registriert! Allein 1985 waren es über 3400. Steine und Brandflaschen werden geworfen, unsere Grenzsoldaten auf den Wachtürmen beschossen. Einer von ihnen wurde in der Nacht zum 16. Januar dieses Jahres verwundet. Wiederholt wurde versucht, unsere Grenzsperrren zu zerstören."

... Am 28. Juli flog ich aus Berlin ab. Auf dem Weg zum Flughafen schaltete der Fahrer das Radio ein. Die Morgen Nachrichten begannen mit der Meldung: Am 28. Juli, kurz nach zwei Uhr, war im Westberliner Bezirk Kreuzberg (amerikanischer Sektor), unweit des Grenzübergangs für Diplomaten, eine starke Explosion zu hören. Unbekannte hatten eine Bombe direkt an der Mauer gelegt, in die ein Loch von ca. einem Quadratmeter gerissen wurde. Durch die

starke Detonation barsten Fensterscheiben umliegender Häuser. Die Westberliner Polizei und die amerikanische Militärpolizei trafen sofort am Tatort ein. Doch die Verbrecher waren schon fort. Die Beschwerden der DDR-Behörden wurden vom Westberliner Senat, der sie an die US-Militärverwaltung weiterleitete, zurückgewiesen. Selbst wenn die Täter gefunden werden, was wenig wahrscheinlich ist, sagte der Sprecher, würden sie nur Schadenersatz für die demolierten Fensterscheiben, nicht aber für die Zerstörung der DDR-Grenzanlagen leisten müssen. Eine Auslieferung der Schuldigen sei völlig ausgeschlossen...

"Gehen wir", forderte mich Beyer auf, "ich will Ihnen zeigen, wie die Mauer von außen aussieht."

Durch die Säulen des Brandenburger Tors nähern wir uns dessen Rückseite, besteigen ein Podest. Bis zur äußeren Mauer sind es noch etwa sieben Meter, an dieser Stelle weist sie eine kleine halbkreisförmige Einbuchtung in Westberliner Territorium auf, und so kann man die Rückseite des Hauptbetonwalls sehen.

"Übrigens verletzt jeder Westberliner, der sich der Mauer unmittelbar nähert, Hoheitsgebiet der DDR", erläutert Beyer. "Steht die Mauer ja nicht unmittelbar auf der Grenzlinie, sondern ist etwas zurückgezogen. Doch das sind nur die harmlosesten Verletzungen. Hier werden ständig, seit 1961, auch militärische Provokationen verübt. Auf diesen Platz vor dem Brandenburger Tor rollen Panzer und richten ihre Geschütze gegen unsere Hauptstadt..."

1950--1960. Fortsetzung

Der erste Regierende Bürgermeister von Westberlin, Ernst Reuter, verfehlte seine Ziele nicht. 1951 legte er das Wesen der Politik des Senats wie folgt dar: Westberlin sei ein "Pfahl im Fleisch der DDR". Der Hochkommissar der USA in der BRD, Conant, sah es so: Westberlin sei die "Speerspitze im Herz der Deutschen Demokratischen Republik".

Mitte der 50er Jahre gab es in Westberlin über 90 imperialistische Diversanten- und Agentenzentren, darunter die größte Filiale der CIA in Europa. Sie nimmt auch jetzt zwei Häuser in der Clayallee 170-172 ein. In Westberlin eröffneten auch die BRD-Spionage sowie das revanchistische "Gesamtdeutsche Ministerium" ihre Filialen. "Ostbüros" der SPD und der CDU, der "Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen" und die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" entstanden. Unter solchen Aushängeschildern verbargen sich Organisationen, deren einziges Ziel die Untergrabung der in der DDR bestehenden Gesellschaftsordnung war. Sie schreckten vor Terror und Sabotage, Brandstiftungen und Menschenraub, Diversionsakten und Morden nicht zurück.

Der NATO-Beitritt der BRD und die forcierte Wiederaufrüstung der Bundesrepublik besiegelten endgültig die Teilung Deutschlands.

1961

Die Reaktion hatte Westberlin die Rolle eines "zweiten Sarajevo" zugewiesen und zündete am Pulverfaß. Gegen die DDR wurden neue Provokationen geplant, die Variante "Outline" wurde erarbeitet — ein Plan für die Isolierung und die Einnahme der DDR durch die Bundeswehr.

Seit Jahresbeginn nahm der Menschenhandel nie da gewesene Ausmaße an. Zehntausende von DDR-Bürgern ließen sich durch üppige Versprechen nach Westberlin locken. Hochqualifizierte Spezialisten erhielten



Von solchen Holzplattformen aus, die auf Westberliner Seite entlang der Mauer aufgestellt wurden, werden regelmäßig DDR-Grenzposten provoziert. Nicht weit von hier brachten am 28. Juli Terroristen eine Sprengladung zur Explosion.

Foto: der Verfasser und AP(USA)

"tolle" Angebote, andere wurden erpreßt, Jugendliche ließen sich von Reklame und Propaganda betäuben.

Großen Schaden nahm die Wirtschaft der DDR auch durch die Grenzgänger. Sie profitierten am für sie vorteilhaften Wechselkurs, lebten wie Schmarotzer auf Kosten der DDR-Bürgerschaft, indem sie von allen Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht Gebrauch machten, ohne ihr irgend etwas dafür zu geben. Die Zahl dieser — allein der offiziell registrierten — Personen betrug 63 000. Allein der Siemens-Filiale in Westberlin brachten 4300 Grenzgänger jährlich 18,4 Mio DM Reingewinn.

"Ich kann nicht verstehen, warum die DDR ihre Grenze zu Westberlin nicht schließt, obgleich sie dazu voll und ganz berechtigt ist", wunderte sich damals US-Senator Fulbright.

Im Sommer 1961 heizte die "Berlin-Krise" die internationalen Spannungen auf das äußerste an. In der BRD und in Westberlin wurden immer dreister revanchistische Forderungen gestellt.

Am 14. Juni nahm der Bundestag eine Entschließung an, in der er eine Revision der in Europa bestehenden Grenzen verlangte. Der Regierungsbloc CDU/CSU verkündete am 7. Juli als Ziel die "Befreiung" der DDR und die Schaffung eines vereinigten, in die NATO integrierten Deutschland. Am 25. Juli erklärte der damalige BRD-Verteidigungsminister Franz Josef Strauß bei einem USA-Besuch: Der zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende, und der Westen müsse zu "einer Art Bürgerkrieg" bereit sein. Am 1. August wurden auf sein Drängen hin die NATO-Truppen in erhöhte Kampfbereitschaft versetzt. 20 000 Reservisten wurden zusätzlich zur Bundeswehr einberufen, deren Stärke 350 000 Mann überschritt. Eine Serie von Manövern begann — erprobt wurden Varianten einer Aggression gegen die DDR. Anfang August standen zusätzlich fünf US-Elitedivisionen zum Transport nach Europa bereit, beschloß man, die Stärke der französischen und der britischen Truppen zu erhöhen.

Ein bewaffneter Zusammenstoß in Berlin wurde vorbereitet, die Zahl der Diversionsakte nahm zu. Am 7. August versuchten Sabotageagenten, in Schlachthäusern Feuer zu legen, um die Fleischversorgung der Stadt zu stören und Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervorzurufen. Am 11. August verursachten sie eine Explosion in der Humboldt-Universität.

Am 12. August faßte der Ministerrat der DDR den Beschuß, die Grenze in Berlin zu sichern.

Drei Jahre später sollte das Hamburger Magazin "Stern" schreiben: Es wird immer deutlicher, daß dieser Tag (der 13. August 1961 — die Red.) ein grundlegender Einschnitt in der deutschen Geschichte war, nicht weniger wichtig als der 11. November 1918 und der 8. Mai 1945. Dieser Tag bedeutete die dritte — diesmal, Gott sei Dank, unblutige — Niederlage jener deutschen Politik, die darauf angelegt war, die Stellung Deutschlands mit Druck, Nötigung und kaltem Krieg und, falls erforderlich, dann letztlich auch durch einen heißen Krieg zu verbessern.

1986. Juli

Das Westberliner "Volksblatt" steht sozialdemokratischen Kreisen nahe, die keineswegs immer konsequent handeln. Trotz der Auflage von 30 000 ist es doch recht einflußreich.

Der stellvertretende Chefredakteur Manfred Volkmar empfing uns in der Redaktion im Westberliner Bezirk Spandau.

"Herr Volkmar, welche Rolle haben Ihrer Meinung nach die Maßnahmen der DDR-Regierung zur Sicherung der Berliner Grenze gespielt?"

"Objektiv muß ich eingestehen, daß der Bau der Mauer damals zur Stabilisie-

zung der Lage beitrug. Zu jener Zeit war tatsächlich eine überaus gefährliche Situation entstanden. Die Sicherung der Grenze half, die Lage zu entspannen — sowohl in Berlin als auch in Europa insgesamt. Damals wurde das nicht verstanden. Die Mauer wurde nur als Symbol der Teilung der Stadt gesehen, und für viele war das schmerzlich. Im Interesse der Westberliner ist es natürlich, diese Grenze als historische Realität anzusehen, sie anzuerkennen. Doch zugleich muß man danach streben, die Mauer durchlässiger zu machen, den Grenzübergang, Besuche und den Verkehr in beiden Richtungen zu erleichtern. Viele unserer Mitbürger haben Verwandte und Bekannte in der DDR, mit denen sie enge Kontakte unterhalten möchten. Doch natürlich sollte auf keinen Fall das Bestehen der Berliner Mauer in Zweifel gezogen werden. Nur ein Verrückter kann hoffen, daß diese Grenze bald oder in absehbarer Zukunft beseitigt wird."

...Doch leider halten sich viele, die immer noch "hoffen", keineswegs für "verrückt". So sieht z. B. die Eröffnungszeremonie jeder Sitzung des Abgeordnetenhauses aus: Der Vorsitzende betritt den Saal, alle Abgeordneten erheben sich, er aber sagt: "Ich eröffne die Tagung dieses Parlaments und bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fällt und Berlin erneut zur Hauptstadt Deutschlands wird." Erst dann beginnt die Sitzung.

13. August 1961, Sonntag

Um 1 Uhr nachts wurden die Kampftruppen der Arbeiterklasse in Berlin alarmiert, eine halbe Stunde später in Potsdam und Frankfurt an der Oder. Zusammen mit der Grenzpolizei schlossen sie einen Ring um Westberlin. Im Morgengrauen trafen in Berlin eine motorisierte Schützendivision und Panzereinheiten der Nationalen Volksarmee der DDR ein. Die ganze Operation brauchte nur wenige Stunden. Der Verkehr der U-Bahn und der S-Bahn zwischen der DDR-Hauptstadt und Westberlin wurde unterbrochen. Am Morgen begannen Pioniere damit, Grenzperren zu errichten. Besonders kompliziert war das in der Stadt selbst. Die Grenze erstreckte sich hier über 46 Kilometer — bisweilen verließ sie mitten auf der Straße, an Häusern entlang, durch Gärten. Doch kein Schuß störte die Morgenruhe.

Die Maßnahmen der DDR-Regierung versetzten die herrschenden Kreise der BRD und Westberlins in Rage. In wenigen Stunden war ihr Traum zerstört, zu erleben, wie die Bundeswehr zu den Klängen eines Parademarsches durch das Brandenburger Tor in die DDR einmarschiert.

Die Wut über die Maßnahmen, die die DDR-Regierung an der Grenze getroffen

hatte, wurde mit allen Kräften vor allem von jenen geschürt, die große Einnahmen aus Währungsspekulationen verloren hatten. Im Herbst 1961 errechnete man in der DDR: In den 12 Jahren seit Bestehen der offenen Grenze beliefen sich die Verluste der Volkswirtschaft auf 30 Md. Mark. Doch selbst diese Zahl erwies sich als viel zu tief angesetzt. In Wirklichkeit müßten die BRD und Westberlin ca. 120 Md. DM für die Folgen des Wirtschaftskrieges gegen die DDR zahlen. Das entspricht etwa der Summe aller Investitionen in die Volkswirtschaft der Republik 1950–1961. Der Kieler Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Baade bemerkte zu Recht: "In gewissem Maße ist unser Wohlstand ein Ergebnis der Diskriminierung der DDR."

Westberliner Provokatoren riefen Unruhen vor den Bahnhöfen der S-Bahn, die von der DDR verwaltet wurde, hervor. Diese provokatorische Kampagne wurde von US-General Clay unterstützt, dessen Name jetzt eine Straße in Westberlin trägt. Am 25. Oktober ent sandte er Patton-Panzer, die ihre Geschütze auf Angehörige der Volkspolizei richteten, zum "Checkpoint Charly". US-Soldaten bezogen Position hinter Sandsäcken, stellten ihre MGs in Hausfenstern auf. Motoren heulten, Panzer rollten über das Pflaster und fuhren mit erhöhter Geschwindigkeit auf DDR-Grenzsoldaten zu. Erst unmittelbar an der weißen Grenzlinie quietschten die Bremsen. Dieses Manöver wurde mehrmals wiederholt. Welch eiserne Nerven mußten jene haben, die — mitten auf der Straße — auf dieser Seite der weißen Linie standen! Zur Unterstützung der DDR-Grenzsoldaten bezogen sowjetische Panzer gegenüber den amerikanischen Stellung. 16 Stunden lang dauerte die Konfrontation in der Friedrichstraße. Die Welt hielt den Atem an. Doch dann zogen sich Clays Panzer zurück.

Gerade in diesen Stunden wurde klar, daß in Berlin ein Schutzwall errichtet werden mußte. Längs der Grenze wurden Betonblöcke und Schlagbäume aufgestellt. Dann begann man mit der Errichtung einer 16 km langen und 2,5 m hohen Mauer.

1986. Juli

Doch zurück zu dem Gespräch mit dem stellvertretenden Chefredakteur des "Volksblatts". Er betrachtet, wie er sagte, die Forderungen der Westberliner, die Grenze "durchlässiger" zu machen, als berechtigt. Wie sieht heute die Lage an dieser Grenze aus? Was sind dort die Besonderheiten des Grenzdienstes? Wie funktioniert das Grenzregime? Und die internationale Rolle der Berliner Mauer? Diese Fragen stellte ich in Berlin dem Kommandeur des zentralen Grenzbezirks der DDR, Generalmajor Erich Wöllner.

"Insgesamt gibt es an der Grenze zu Westberlin 25 Kontrollpunkte — die einen

für Fußgänger, die anderen für Autofahrer, wieder andere für den Bahnverkehr oder die Binnenschifffahrt. An allen Punkten wurde ein Kontrollsysteem eingeführt wie an den meisten Grenzen der Welt. Für einen Besuch der DDR braucht ein Westberliner ebenso wie ein beliebiger anderer Ausländer ein Visum. Nach Erhalt der Besuchserlaubnis reisen sie ungehindert in die DDR ein. Natürlich erhalten nicht alle ein Visum. Offene Feinde lassen wir nicht in unser Land. Durchschnittlich passieren tagtäglich zwischen 70 000 und 80 000 Menschen die Grenze.

Nach Angaben des Westberliner Senats besuchten vom 1. Juni 1985 bis zum 31. Mai 1986 ca. 2,1 Millionen Westberliner die DDR. Die Zahl der Visumsverweigerungen betrug nur 0,004%. Überdies benutzten fast 24 Millionen Westberliner und BRD-Bürger die durch DDR-Territorium führenden Transitwege zwischen der Stadt und der BRD. Wegen Verletzung der Transitabkommen wurden in der gleichen Zeit nur (!) 160 Personen aus der DDR ausgewiesen.

Natürlich gibt es Verstöße: illegale Einfuhr diverser antikommunistischer Pamphlete, von Trivialliteratur bis hin zu politisch aufgemachter Pornographie. In Zahnpastatuben entdecken wir Edelmetalle, in Walnußschalen Heroin, im Kofferraum Kunstgegenstände für Millionen Mark oder einen Kriminellen, der so der Bestrafung in der DDR entgehen will. Für die illegale Ausschleusung unserer Bürger nach Westberlin wurden ganze Banden von Menschenhändlern geschaffen, die ihr Unwesen treiben.

Die Besonderheiten des Grenzdienstes? Sie bestehen darin, daß die Grenze durch die Stadt verläuft. Der Grenzstreifen ist bisweilen nur 6 bis 8 Meter breit. Da fallen die Grenzsoldaten natürlich gleich auf — anders als sonst bei einer gewöhnlichen Grenze, wo sie ihren Dienst meist verdeckt tun. Das stellt enorme Anforderungen an unsere Leute. Sie haben sicher die Podeste gesehen, die längs der Mauer auf Westberliner Seite aufgestellt sind?"

(Ja, tatsächlich steht direkt gegenüber dem Brandenburger Tor ein solches Podest. Als wir mit Oberstleutnant Beyer sprachen, erkletterten es ca. 20 Menschen. Sie schrien, wedelten mit den Armen.)

"Von diesen Podesten aus", fährt Wöllner fort, "werden auf unsere Grenzsoldaten Steine geworfen, werden sie beschossen und zum Verrat aufgerufen, versucht man sie vom Dienst abzulenken. Dafür besteigen sogar nackte Mädchen die Podeste.

Die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls in Berlin spielte zweifelsohne eine stabilisierende Rolle, durchkreuzte die Pläne der Imperialisten, einen neuen Krieg zu entfesseln. Im Grunde spielt unsere Grenze diese Rolle bis heute, zudem garantiert sie unseren Bürgern friedliche Arbeit, Ruhe und Sicherheit. Die Geschichte zeigt, daß

gerade Grenzfragen als Vorwand für die Entfesselung von Kriegen benutzt wurden. Für die Grenzsoldaten der DDR ist das eine klare Lehre: Um den Frieden dauerhaft zu sichern, ist eine sichere Grenze nötig."

Am späten Abend kehrte ich nach einem weiteren Gespräch in Westberlin in mein Hotel am Alex zurück. Am Bahnhof Friedrichstraße waren nach wie

vor viele Menschen. Hier verläuft die Grenze, genannt Berliner Mauer. Sie versperrte Reaktion und Krieg den Weg. Sie verläuft zwischen zwei Welten, doch trennt sie diese nicht durch eine undurchdringliche Betonmauer. Die Grenze ist auch ein Instrument des normalen Umgangs zwischen den Menschen dieser beiden Welten. Und für jene, die sie mit guten Absichten überqueren, ist sie stets geöffnet.

DDR-Hauptstadt--Westberlin--Moskau

PERSONALIEN



Botschafter der UdSSR in Vietnam

KATSCHIN

Dmifri Iwanowitsch

D. Katschin, Russe, geboren am 7. November 1929 in der Ortschaft Bolschaja Reitschka, Rayon Kabansk, Burjatische ASSR. 1954 absolvierte er das Moskauer technische Institut für Fischereiwirtschaft, 1961 die Parteihochschule beim ZK der KPdSU. Seit 1953 Mitglied der KPdSU.

Auf dem XXIV. Parteitag wurde er zum Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, auf dem XXV. Parteitag zum Kandidaten des ZK, auf dem XXVI. und XXVII. Parteitag zum Mitglied des ZK der KPdSU gewählt. Er ist Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR.

1945 begann D. Katschin sein Arbeitsleben: Er war Matrose bei der Fischfangflotte des Baikalgosrybrusts, Trawlermeister, Ingenieur, Abteilungsleiter der Verwaltung der Fischfangflotte Kamschatktrybprom.

Seit 1961 als hauptamtlicher Parteifunktionär tätig. Er wurde zum Parteisekretär der Verwaltung der Fischfangflotte, zum 2. dann zum 1. Sekretär des Stadtparteikomitees Petropawlowsk-Kamschatski, zum Sekretär des Gebietsparteikomitees der KPdSU Kamschatka gewählt. Von 1969 bis 1971 Vorsitzender des Gebietsexekutivkomitees Kamschatka. Von 1971 bis 1986 war D. Katschin 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Kamschatka.

D. Katschin wurde mit dem Leninorden, mit dem Orden der Oktoberrevolution, mit zwei Rotbannerorden der Arbeit und weiteren Medaillen ausgezeichnet.



Botschafter der UdSSR in der Demokratischen Republik von Sao Tome und Principe

KUSNEZOW

Wladimir Nikolajewitsch

W. Kusnezow, Russe, geboren am 22. Oktober 1934 in Moskau. 1958 absolvierte er das Moskauer Staatliche Institut für Internationale Beziehungen, 1976 die Akademie für Diplomatie des Außenministeriums der UdSSR. Mitglied der KPdSU seit 1963.

Nach Beendigung des Instituts arbeitete W. Kusnezow als Referent und Sekretär der Konsularabteilung an der Botschaft der UdSSR im Irak. Von 1961 bis 1964 Attaché und 3. Sekretär der Zweiten Afrikanischen Abteilung im Außenministerium der UdSSR. Von 1964 bis 1970 2., dann 1. Sekretär des stellvertretenden Außenministers der UdSSR. Von 1970 bis 1971 1. Sekretär der Zweiten Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR. Von 1971 bis 1974 1. Sekretär der Botschaft der UdSSR in den Niederlanden. Zwischen 1974 und 1976 Hörer der Akademie für Diplomatie beim Außenministerium der UdSSR. Von 1976 bis 1981 1. Sekretär, Botschaftsrat der UdSSR in Belgien und von 1981 bis 1983 Generalkonsul der UdSSR in Antwerpen. Seit 1983 Experte der Ersten Europäischen Abteilung im Außenministerium der UdSSR.

W. Kusnezow ist Träger staatlicher Auszeichnungen.

Arbeit für Roboter

Die Entwicklung von flexiblen Fertigungs- und automatischen Projektierungssystemen, der breite Robotereinsatz — diese Aufgaben wurden im Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der RGW-Länder bis zum Jahre 2000 festgelegt. Darüber, wie diese Aufgaben in der Volksrepublik Bulgarien gelöst werden, berichtet in seiner Reportage unser Sonderkorrespondent.

Stara Sagora ist gewiß nicht die jüngste Stadt Bulgariens. Vermutlich wurde sie von über 2000 Jahren von Philipp von Mazedonien gegründet, noch lange, bevor die Römer den Balkan eroberten. Der Name der Stadt wechselte oft, dafür sorgten die Römer und die Byzantiner, später die Türken. In den Jahren des Befreiungskampfes gegen das Joch des Osmanischen Reiches wurde die Stadt niedergebrannt, dann nach dem Projekt eines russischen Architekten wiederaufgebaut.

„Eine der Straßen Stara Sagoras zieht sich der Eisenbahnlinie entlang und endet am Gebäudekomplex des Forschungs- und Produktionskombinates „Roboterbau Beroje“ (Beroje ist einer der alten Namen der Stadt). Das 1946 errichtete Kombinat hatte damals selbstverständlich mit dem Roboterbau nichts zu tun. Es war ursprünglich eine Fabrik, in der man Uhren reparierte und Spielzeug herstellte. Seit Mitte der 50er Jahre liefen hier allerdings bereits die Bauteile für Zerspanungsmaschinen vom Band. 1977 verabschiedeten das Politbüro des ZK der BKP und der Ministerrat der VRB ein Programm zur Entwicklung der Produktion von Robotern und zu deren Einsatz. Seitdem wird der Roboterbau bei „Beroje“ großgeschrieben. Die ersten 19 Roboter wurden in Stara Sagora für die sowjetische LKW-Fabrik KAMAS entwickelt.

Inzwischen hat „Beroje“ mit der alten Spielzeugfabrik soviel gemeinsam, wie das jetzige Stara Sagora mit der Siedlung der alten Römer. Nur der Standort ist noch dergleiche...

Im Kombinat, das aus zwei Teilen — einem Forschungszentrum und einem Industriebetrieb — besteht, werden nicht nur Roboter für den Einsatz im Maschinenbau entwickelt. Hier werden auch die Möglichkeiten der robotergestützten flexiblen Fertigungssysteme erforscht.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskomitees Ssybi Christosow Slawow führte mich zuerst in die Montagehalle. Zwei Arbeiter hantierten da an einem Industrieroboter mit Mikroprozessorsteuerung, der eine Zerspanungsmaschine bedienen soll. Er kann

Gegenstände bewegen und sie nach Größe sortieren sowie nach einem Orientierungssystem aufstellen.

In einer anderen Halle ist der Stolz von „Beroje“ untergebracht — die Roboterproduktion, die auf der Grundlage des flexiblen Fertigungssystems entwickelt wurde. Dieses Roboterwerk konnte ich von oben ansehen, durch eine verglaste Wand. Unten, in einer riesengroßen Halle standen mehrere Reihen von Maschinen. Die hintere Wand glich Honigwaben — dort, so erklärte mir, befindet sich die automatisierte Lagerhalle, die Magazine. Ein Roboterfahrzeug näherte sich den Magazinen und stoppte. Sogleich setzte sich der Manipulator in Bewegung — eine Vorrichtung, die die einzelnen Bauteile den „Waben“ entnimmt bzw. da ablagert, exakt dorthin, wo sie hingehören. In Sekundenschwelle fand der Roboter das nötige Bauteil und legte es auf das Roboterfahrzeug, das es zur Werkzeugmaschine brachte und dort auf ein ovales „Tischchen“ legte. Eine Tür tat sich auf und das Transportband schob das Bauteil vorwärts. Nun ist es drin, hinter der durchsichtigen Tür. Was man sieht, ist nur ein kräftiges Funkenbündel. Die Bearbeitung läuft auf Hochtouren. Ein zweites Roboterfahrzeug befördert die Bauteile an eine Werkzeugmaschine in einer anderen Reihe, damit die nächsten Bearbeitungsschritte vollzogen werden können. Und so läuft das, bis das fertige Stück wieder in einer „Wabe“ des Magazins gelagert wird.

Die Halle mit den Werkzeugmaschinen — das sind die Hände des Betriebes. Sein Kopf ist das Rechenzentrum, das sich gleich hinter der Wand befindet. Ändert man den Softwarekomplex, so werden die Werkzeugmaschinen schnell auf die Herstellung anderer Werkstücke umprogrammiert. Allmonatlich stellen die Ingenieure von „Beroje“ einen Terminplan für die Produktion zusammen. Er wird in den Hauptcomputer eingegeben, und dieser erteilt nun Befehle, die automatisch sämtliche Werkzeugmaschinen, Roboterfahrzeuge und die Magazinierung steuern. In der Maschinenhalle

befinden sich ganze 3 bis 4 Mann, die lediglich die operative Kontrolle der Programmerfüllung wahrnehmen.

Die Vorteile der flexiblen Fertigungssysteme liegen auf der Hand. Nach Einschätzung des Nationalen Wissenschaftsfonds der USA besitzen sie „ein derartiges Einwirkungspotential gegenüber der Produktion und eine Effektivität wie keine andere Erfindung seit der Einführung der Elektrizität“. Man könnte den Amerikanern vorwerfen, sie übertrieben, damit das Bild, das sie entwerfen, sich schön ausnehme. Wie dem auch sei, konnte bei „Beroje“ die Arbeitsproduktivität durch das flexible Fertigungssystem auf das 6fache gesteigert werden.

Wie gesagt, die Vorteile liegen auf der Hand. Noch vor vier Jahren, als man bei „Beroje“ gerade die flexiblen Fertigungssysteme einführt, sah das Ganze keinesfalls klar und umstritten aus. Die bulgarischen Maschinenbauer entschieden sich dazu, einen „schlüssel fertigen“ automatisierten Betrieb für den Roboterbau bei einer westlichen Firma zu kaufen. Die Firma ließ sich nicht zweimal bitten: In 8 Monaten stand der Betrieb, die Ausrüstungen waren montiert und justiert. Das flexible Fertigungssystem war bereit, 60 verschiedene Werkstücke zu produzieren. Und was weiter? Technologische Abhängigkeit in jeder Kleinigkeit, angefangen bei Ersatzteilen? All die Fragezeichen wurden bald von den schlauen Köpfen aus Stara Sagora durchgestrichen. Das Forschungsinstitut für Roboterbau lieferte Vorschläge, Dutzende von Vorschlägen, während man im Produktionsteil von „Beroje“ experimentierte. In drei Jahren wurden die Kosten für die im Westen gekauften Komplettierungsteile auf 2 bis 3 Prozent der gesamten Produktionskosten gesenkt. Dabei handelt es sich bei weitem nicht um lebenswichtige Elemente. Das gekaufte Werk wurde in Stara Sagora nicht bloß in Betrieb genommen. Es wird immer wieder modernisiert. Inzwischen werden dort 600 verschiedene Werkstücke statt der anfänglichen 60 produziert. Hier in Stara Sagora entstehen auch eigene, bulgarische automatisierte Betriebe. In einem davon lief neulich die Produktion an.

Und wie steht es mit dem großen Aufwand von 1982? Er macht sich in weniger als drei Jahren bezahlt...

Wir unterhalten uns über die Erfahrungen des Kombinates „Beroje“ mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der VR Bulgarien und Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees Iwan Iliew.

„Die Erfahrungen von Beroje haben viel Nützliches“, sagte er. „Eine Technologie erwerben — und sie weiterentwickeln. Allerdings ist das nur dann möglich, wenn man eine eigene wis-

issenschaftliche Basis hat, die es vermag, auch die kompliziertesten Aufgaben zu lösen. Eine solche Basis wurde bei uns in den letzten Jahren im großen und ganzen geschaffen. Die bulgarischen Maschinenbauer haben in den Jahren 1981–1985 insgesamt 2062 Roboter hergestellt. 843 davon sind für inländische Industrie bestimmt, während 1219 ins Ausland gingen, vorwiegend in die UdSSR. Was ich betonen möchte: Das Ganze darf nicht als Roboterbau der Roboter wegen betrachtet werden. Das "Beroje"-Kombinat beispielsweise oder ein anderer Betrieb trifft mit einem Werk die Abmachung, daß ein Roboter entweder als Bestandteil eines flexiblen Fertigungssystems oder aber eines robotertechnischen Komplexes eingesetzt wird. Dabei übernimmt das Kombinat die Verpflichtung, für Instandhaltung der Roboter zu sorgen. Die robotertechnischen Komplexe und flexiblen Fertigungssysteme, die die alten Maschinen ersetzen, sind billiger. Wenn ihre Einführung einem Betrieb aus diesem oder jenem Grund zu teuer zu stehen kommt, dann übernimmt der Staat die Kosten...

Heute, da der Robotereinsatz in vielen Industrieländern bereits feste Konturen angenommen hat, begreift man manches, was in der Anfangsphase noch unklar war. Nämlich: Der Einsatz einzelner Roboter gewährleistet eine Leistungssteigerung um lediglich 10 bis 12 Prozent. Wenn kleine Serien produziert werden, dann sind die Roboter sogar unwirtschaftlich: Die Herstellung von Software verursacht größere Unkosten als der Einsatz eines Facharbeiters. Sicher gibt es Fälle, und ihre Zahl geht in Hunderte, wenn es sich beispielsweise um heiße oder schwergewichtige Werkstücke bzw. um gesundheitsgefährdende Produktionen handelt. Da sind Roboter, auch wenn es um ein einziges Exemplar geht, ganz bestimmt nicht fehl am Platz. Dies beeinflußt aber nicht das Gesamtbild. Um eine rapide Produktionssteigerung zu erreichen (und diese Aufgabe steht ja vor den RGW-Ländern), sind flexible Fertigungssysteme notwendig, die so zugeschnitten sein müssen, die wir es beschrieben haben. Der nächste Schritt wäre die Verbindung von zwei Elementen — der automatisierten Fertigung und der automatisierten Projektierung.

... Plovdiv, eine Zweigstelle der Zentralen Forschungsstelle für Automatisierung des wissenschaftlichen Gerätebaus bei der bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Krystju Wytschek Morew, der Leiter der Zweigstelle, ist noch sehr jung. Ich denke gleich an die Erzählung I. Ilijews darüber, wie man die Entwicklung eines komplizierten Montageroboters einer Arbeitsgruppe von Ingenieuren anvertraut hatte, in der der "Älteste" auf ganze 32 Jahre zurückblicken konnte. Doch diese Wahl erwies sich als äußerst glücklich... Morew definiert die Aufgabe seiner Zweigstelle

folgendermaßen: Entwicklung vom Computersystem für die Automatisierung von Forschung und Projektierung. Kurz wird das als CAD (Computer Aided Design) bezeichnet, was zu deutsch "rechnergestützte Projektierung" heißt. Im CAD-System werden optimale Lösungen von der Maschine selbst gewählt. Sie fertigt selbst die technischen Zeichnungen für die Produktion einzelner Bauteile an, versieht sie mit Maßangaben, Toleranzen, Hinweisen auf optimale Betriebsart bei der Bearbeitung und stellt Programme für numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen her...

Die ganze Information gelangt dann in den produzierenden Teil — CAM ("Computer Aided Manufacturing" — rechnergestützte Produktion). Somit ist das Erzeugnis fertig. Dabei ist es die garantiert beste von allen möglichen Lösungen. Garantiert gibt's keine Fehler oder gar Ausschuß. Obrigens läßt sich bei der CAD-Anwendung bereits bei der Entwicklung ermitteln, wie sich beispielsweise die Belastung in den zu entwickelnden Bauteilen während des Betriebs verteilen wird.

Mit der Entwicklung von CAD-Systemen befaßt man sich in Plovdiv seit 1984. Zu den Arbeitsrichtungen gehören Maschinenbau, Bauwesen und Elektronik. Das Erreichte bewertet Morew äußerst zurückhaltend. Aber die Ergebnisse, die bei der Zweigstelle in Plovdiv erreicht worden sind, sind konkret und greifbar. Entwickelt wurde das CAD-System für die Montage von Rundfunkschaltungen. Auf der Herbstmesse in Plovdiv stellte die Zweigstelle eine gedruckte Leiterplatte (eine Schaltungsplatte, auf der Widerstände, Dioden, Kondensatoren usw. befestigt werden) für Personal- und Mini-Computer aus, die im CAD-Verfahren entwickelt wurde.

Konkret geht es so vor sich. Ein Raum, vollgestopft mit Elektronik. Morew erzählt: "Das CAD-System beginnt bei der graphischen Arbeitsstation — dem Arbeitsplatz eines Konstrukteurs. Er hat zwei Bildschirme vor sich. Die Station ist mit einem Computer verbunden. Auch mehrere derartige Stationen können mit einem gemeinsamen Computer gekoppelt werden. Der Konstrukteur bestimmt generell die Elemente der zu entwickelnden Platte sowie ihre Abmessungen. Danach übermittelt er durch seine Station diese Angaben an den Computer. Der vorgegebene Schaltkreis wird vom System überprüft und konstruiert: Stimmt alles, wird auch alles so funktionieren, wie das der Konstrukteur berechnet hat? Später bestimmt CAD die Lage der einzelnen Bauelemente, die Verbindungen zwischen ihnen, stellt ein Ton- bzw. Lochband her und liefert Angaben für die Fertigung einer Fotoschablone (des technologischen Ausgangsdokumentes für die Produktion)."

"Schnell entwickeln, schnell in die Produktion überführen und schnell abset-

zen". Auf diese Weise wurden von Iwan Ilijew die Aufgaben formuliert, die vor dem bulgarischen Roboterbau stehen. Und "schnell" heißt heute immer häufiger "gemeinsam". Im Jahre 1982 haben die RGW-Länder das Generalabkommen über multilaterale Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Organisation von kooperierter und spezialisierter Produktion von Industrierobotern unterzeichnet. Abgeschlossen wurden auch viele bilaterale Abkommen. So arbeitet die Forschungsstelle in Plovdiv mit entsprechenden Organisationen der Sibirischen Abteilung der AdW der UdSSR zusammen. Bulgarische und sowjetische Roboterbauer haben "die Pflichten geteilt". In der UdSSR werden die einen Roboterarten produziert, in der VR Bulgarien — die anderen. Die Wissenschaftler der beiden Länder entwickelten gemeinsam ein Modell des Schweißroboter RB-251. Am 23. Oktober 1985, als Michail Gorbatschow zu einem Freundschaftsbesuch in Bulgarien weilte, wurde das Abkommen über die Schaffung der Forschungs- und Produktionsvereinigung "Beroje" — "Krasny Proletarj" unterzeichnet.

Solche Zusammenarbeit ist das Gebot der Zeit. Und nicht nur für die UdSSR und Bulgarien, sondern für alle Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Im Dezember 1985 wurde auf der 41. RGW-Tagung das Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer dieser Organisation bis zum Jahre 2000 verabschiedet. Dieses Programm sieht beschleunigtes Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Oberleitung der Wirtschaft der sozialistischen Länder auf den intensiven Entwicklungsweg und die Erreichung des internationalen Höchststandes in der Arbeitsproduktivität vor. Das bedeutet steigende Konkurrenzfähigkeit der Erzeugnisse aus den sozialistischen Ländern auf dem Weltmarkt und Festigung ihres Exportpotentials.

Einen Weg dazu zeichnet das Komplexprogramm zur Automatisierung der Produktion vor. Es beinhaltet eine großangelegte Robotereinführung, eine Koppelung vollautomatisierter Produktionsabschnitte und Betriebe an automatisierte Projektierungssysteme.

Das ist es ja, was man für eine rapide Steigerung des Entwicklungstemplos der Wirtschaft und für einen "Spur" in Sachen Qualität braucht. Die Pläne haben bereits konkrete Formen angenommen. Die Anzahl der Industrieroboter soll z. B. in den sozialistischen Ländern bis zum Jahr 1990 etwa 200 000 betragen. Allein die UdSSR soll bis dahin über 3000 CAD-Systeme und über 2000 flexibler Fertigungssysteme verfügen. Daher sind die Erfahrungen solcher Betriebe wie dem "Beroje"-Kombinat von unschätzbarem Wert.

L. JELIN

Stara Sagora—Plovdiv

"NEUE ZEIT" 32.86

Kinder der Sonne

Viktor ZOPPI

NZ-Sonderkorrespondent

Helio Jaguaribe, ein bekannter Soziologe, Direktor des Instituts für politische und soziale Forschungen, nimmt an, daß, wenn Brasilien bei Fortbestehen aller jetzigen materiellen und gesellschaftlichen Kontraste weiterhin ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 6 % jährlich — und das ist durchaus erreichbar — aufweisen wird, das Land bis zum Jahre 2000 seinem Bruttonsozialprodukt nach solche Länder der "sieben" wie Kanada, Großbritannien und Italien überholen kann. Allerdings würde es dann eine ebenso große Armut wie heute und eine 20prozentige Arbeitslosigkeit haben. Das aber sei unannehbar. Nötig sei vielmehr, wie der Wissenschaftler meint, ein "neuer Sozialpakt". Wie der aussiehen soll? Alles wird von der Antwort auf die Fragen abhängen "Wieviel sind die privilegierten Schichten bereit zu zahlen, um sozialen Frieden zu erlangen?" Und "Wie weit können die Unterprivilegierten ihre Ansprüche zügeln?".

Aus dem brasilianischen Staatshaushalt werden bereits heute ca. 10% für "soziale Investitionen" bereitgestellt. Nötig wären viel größere Beträge, doch das gilt bislang als unerreichbar. Der Chefredakteur der Hauptstadtzeitung "Jornal de Brasilia", Andre Gustavo Stumpf, veröffentlichte kurz vor unserer Begegnung einen Artikel, in dem er die Lage nach der Annahme des wirtschaftlichen Stabilisierungsplans analysierte. Er sprach davon, daß der Regierung ein beeindruckender Erfolg gelungen sei.

"Die Annahme dieses Plans ist ein überaus wichtiger politischer Schritt", konstatierte er. "Mein Land hat ein enormes Potential für eine unabhängige Entwicklung. Und diese Entwicklung wird um so erfolgreicher sein, je klarer sie auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung gerichtet sein sie gegen die Welt hermetisch

wird. Ich meine, daß dies der Sinn der jetzigen Veränderungen ist. Sie müssen im wirtschaftlichen Bereich noch tiefgreifender sein, um zu radikalen Veränderungen auch auf sozialem Gebiet zu führen."

... Ein Indianerstamm des östlichen Amazonasbeckens nannte den Fluß seit eh und je Rio Doce ("Zärtlicher Fluß"). Und die Indianer wußten nicht, ja konnten nicht wissen, daß ihr Fluß durch reiche Lagerstätten von Bodenschätzen verläuft. Mitte der 60er Jahre, vor nur zwanzig Jahren, gelang Geologen eine sensationelle Entdeckung: Das gesamte östliche Amazonasbecken, darunter auch das Tal des Rio Doce, ist ein riesiges Lager von Bodenschätzen. Erz mit 80prozentigem Eisengehalt liegt in Carajás, Bundesstaat Para, direkt an der Oberfläche. Es reicht für 500 Jahre, wenn jährlich 50 Mio t gefördert werden. Und das ist nur eine Lagerstätte. Mangan, Nickel, Kupfer, Bauxite, Gold, Uran, Edelsteine ... Alles in unfaßbaren Mengen. Dazu die schier unerschöpfliche Wasserkraft des Amazonas und vieler anderer Flüsse. Ferner der Holzreichtum, der sehr wirtschaftlich genutzt und relativ leicht wiederhergestellt werden kann — die Bäume wachsen dort in dem heißen und feuchten Klima unwahrscheinlich schnell. Hinzu kommen Millionen Hektar fruchtbaren Bodens.

In der Hauptstadt, im Vorstand der Vale do Rio Doce, die für die Ausbeutung der Bodenschätze dieser Region gegründet wurde und jetzt schon zu den größten staatlichen Unternehmen Brasiliens gehört, wurde mir ein Film vorgeführt, in dem gezeigt wurde, wie die Menschen mit erstklassiger Technik rasch das "brasilianische Sibirien" erschließen über die Bahnlinie, die durch die undurchdringlichen Selvas gelegt wurde, rollen Züge mit dem Eisenerz aus Carajás. Nach gewissen Streckenabschnitten werden die Waggons mit Wasser abgespritzt, damit Eisenerz nicht am Bahndamm zurückbleibt und die üppige, doch so verwundbare Amazonasflora und mit ihr die ökologische

Struktur nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Bahnlinie wurde gleichzeitig mit der Errichtung des neuen Hafens São Luis an der Atlantikküste gebaut.

Längs der Bahnlinie, die von den neuen Wasserkraftwerken mit Strom versorgt wird, entstanden Betriebe, die Mineralien und Edelholzer verarbeiten. Die mit enormen Anstrengungen den Selvas abgerungenen Flächen der Genossenschaftsplantagen, die Rekordrnten von Getreide, Obst und Gemüse bringen, werden immer größer. Forschungszentren von Selektionären, Zoologen, Geologen, Botanikern, Imkern und Meteorologen sind dort tätig — viel muß in dem noch jungfräulichen Amazonasbecken erforscht werden. Keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, daß die ausländischen Monopole und die mit ihnen lierten einheimischen Industriellen, die sich vor allem um ihre Profite sorgen, auch in Zukunft die nationalen Reichtümer unkontrolliert auszubeuten gedenken.

Marcelo Dos Santos und Francisco Pinto, die in der Vale do Rio Doce arbeiten berichteten mir stolz, daß im Vorstand kein ausländischer Unternehmer sitzt und ca. 60% des Kapitals der Regierung gehört.

Ein hoher Blutzoll

Historikern zufolge hat es vor dem Eintreffen der portugiesischen Kolonialherren 5 Millionen Ureinwohner Brasiliens gegeben. Heute sind es nur noch 200 000. Wird die Zivilisation ihre Zahl weiter dezimieren?

Ich weiß, die Frage hat etwas Unheuerliches an sich. Für Brasilien aber ist sie aktuell, ja brennend. Die forcierte Erschließung der Riesenweiten hat die Harmonie der im inneren Brasilien lebenden Indianerstämme mit der Natur gestört. Sie lebten, der übrigen Menschheit unbekannt, im Urwald, der

abschirmte. Sie lebten mit ihren guten und bösen Göttern, ihren Sitten und Gebräuchen, ihren urgeschichtlichen Arbeitsinstrumenten. Ja, sie lebten noch vor zwanzig, zehn, vor fünf Jahren... Ankömmlinge erfuhren von ihrer Existenz manchmal zufällig, wenn sie die Selvas auf der Suche nach Bodenschätzen mit Flugzeugen und Hubschraubern überflogen. Sie fanden Eisenerzvorkommen — und entdeckten bei der Gelegenheit Lehmhütten unter Palmdächern.

Die Vale do Rio Doce unternimmt auf dem ihr eingeräumten Territorium vieles, damit der Schock von der Berührung mit der Zivilisation für die Indianerstämme nicht Trauma oder gar Tod ist, damit sie sich in die neue Welt mit deren Gütem und Bösem allmählich einleben

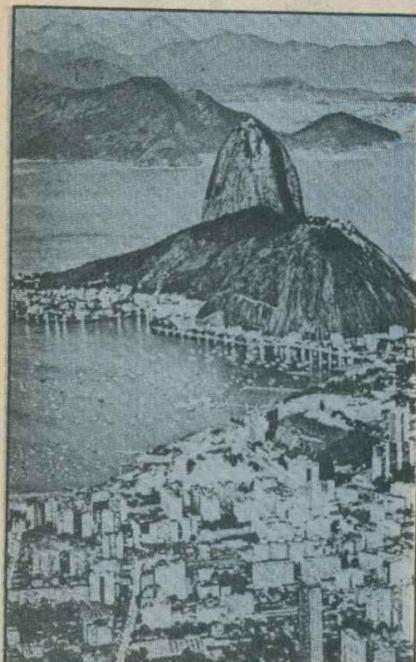
Schluß. Anfang siehe "NZ" Heft 31/86.

Man baute ihnen bequeme Wohnungen, brachte ihnen die bis dahin unbekannten Fertigkeiten im Ackerbau oder Bauwesen bei, lehrte sie das Portugiesisch-Brasilianisch. Die Ärzte, die sie behandelten, konstatierten mit Schrecken, daß ein für Städter recht harmloser Bazillus in kurzer Zeit Hunderte Indianer niedermähen konnte, weil sie keine Immunität dagegen besaßen. Kurz, eine recht qualvolle Umstellung in Lebensweise, Bewußtsein und Mentalität. Aber dort, wo sie planmäßig und wohldurchdacht in die Wege geleitet wird, erweist sie sich doch als möglich.

Anders ist das Los jener Indianerstäme, die im Innern Amazoniens, weitab von den Zonen der industriellen Expansion, leben. Auf ihren Ländereien, in ihren Jagdgründen, an den Ufern ihrer Flüsse ist ein Krieg im Gange. Ein ungerechter, grausamer Krieg der Horden von "wilden" Goldgräbern gegen die angestammten Herren über diese Ländereien und die darin verborgenen Schätze. Nach den einen Berechnungen beträgt die Zahl der Eroberer dieses südlichen Klondike etwa 450 000. Nach anderen Berechnungen sind es acht Millionen. Die meisten von ihnen waren noch vor kurzem landlose Bauern. Sie haben den Glauben verloren, daß die Großgrundbesitzer ihnen jemals ein Stück Ackerland zugestehen werden, und so dringen sie, mit Pickel, Eimer und Sieb bewehrt und von der letzten Hoffnung getrieben, in den Dschungel ein, auf der Suche nach Gold, Gold, Gold.

Einige haben Glück. Während meines Aufenthalts in Brasilien meldeten die

Rio de Janeiro läßt niemanden gleichgültig



Zeitungen, in Roraima habe ein Goldgräber einen 100 kg schweren Goldklumpen gefunden. So etwas putscht auf, steigert den Goldrausch — und entmenschlicht so manchen Menschen.

Im Januar d. J. erfuhr Brasilien Erschütterndes. Tief im tropischen Wald, 1800 km nordwestlich der Stadt Manaus an der Grenze zu Kolumbien rottete ein Trupp von Garimpeiros (Goldgräbern) 60 Tucanoindianer aus, die sich gegen die Abenteurer wehrten. Die Garimpeiros waren mit Gewehren, MPis und sogar MGs bewaffnet. Die Tucanos mit Bogen, Pfeilen und Knüppeln. Und mit Verzweiflung.

Die blutige Untat wurde Gegenstand einer sorgfältigen Untersuchung und von Anhörungen im Parlament. In bezug auf die Indianer schrieben die Zeitungen sogar von Völkermord, der die chaotische Schatzjagd begleitet. Nicht zum erstenmal kamen unheimliche Angaben ans Licht, die die Öffentlichkeit in Aufruhr versetzten: Hinter den Goldgräbern, die zu reißenden Tieren ausarten, wenn sie auf Indianer treffen, die ihr Recht auf das Land und seine Schätze behaupten, steckt der mächtige Konzern Gold Amazon. Er kauft Goldsand und Goldklumpen, Diamanten und andere Edelsteine auf, an denen das Blut der Ureinwohner klebt. Der Konzern liefert den Goldgräbern Ausrüstungen und Proviant und unterhält eine ganze Armee von Berufskillern, die unter dem Motto "Eine Handvoll Gold wiegt eine Handvoll Indianer auf" vorgehen. Daß der transnationale Konzern in seinem Namen nicht das portugiesische Ouro (Gold), sondern das entsprechende englische Wort führt, ist kein Zufall: Er gehört dem Kapital der USA und der RSA.

Ist der tödliche Kampf im brasilienschen Urwald eine extreme Form von Rassismus? Nein, denn die wahre Ursache des tragischen Schicksals der Indianer, die ein brasiliensischer Bischof "sonnengewandet" nannte und denen im hoffnungslosen Ringen gegen die Glücksritter die Ausrottung droht, liegt woanders. Sie sind keine Rassisten, diese Mulatten, Weißen und Neger, die ausziehen, um ihr El Dorado zu finden. Ihr Los ist vielleicht noch bitterer als das der Indianer. Hinter ihnen, in den elenden Dörfern, die sie ohne einen Blick zurück verlassen haben, ist nichts. Nichts haben sie auch vor sich, nur den gespensterhaften Glanz des verfluchten Metalls. Es dürstet sie nicht nach dem Blut der Indianer, sondern nach Gold. Wie sich aber herausstellt, ist das das gleiche. Und beide Wörter, Blut und Gold, stehen unsichtbar im Wappen von Gold Amazon geschrieben.

Pfau, Kleinpfau und Henning

"Und unter jedem kleinen Dach, es sei auch noch so schwach, lebt eignes

Glück, nagt eigne Maus und eignes Schicksal am Haus." Diese vor vielen Jahren geschriebenen Zeilen des ausgezeichneten sowjetischen Lyrikers Jossif Utkin fielen mir ein, als Freunde mich in einer Favela bei Rio de Janeiro führten.

In Rio sind Favelas vertikal angeordnet. Der Ozeanwind treibt zuerst eine hohe, zerzauste Welle an den endlosen Strand, an dem sich die langgestreckte Stadt hinzieht. Der Wind springt über den Kamm blendender Wolkenkratzer und hochmütiger Häuser des portugiesischen Kolonial-Barocks, beschert ihnen seine ganze Frische und nimmt dafür alle Gerüche von Restaurants, Auspuffen und Blumenbeeten auf. Dann prallt er bei seinem Flug auf eine mittelhohe Bergkette, die Rio als hintere Festungsmauer dient und an der jede Straße zur Sackgasse wird, und flaut müde ab.

Weiter oben, an der steilen Vertikale, lebt die Favela, so hoch, daß sie auf die Wolkenkratzer von oben herabzusehen scheint. Eigentlich sind es viele Favelas. Häufig ist das "schwache Dach" zugleich auch das schwache Fundament einer darüber klebenden Elendshütte. Alle Pfade hier sind krumm.

Die Favela, die ich besuchte, besteht eigentlich aus drei Favelas, genannt Pfau, Kleinpfau und Henning. Seit langem bilden sie am steilen Hang eine einzige Siedlung. 1983 erlebten die hiesigen Bewohner furchtbare Unglück. Nach einem starken Regen brach ein wie ein Dach überhängender Felsen ab. Mit ihm zahlreiche Hütten zusammen mit ihren Bewohnern. Kaum jemand war mit dem Leben davongekommen.

All das hörte ich von der jungen Lehrerin Helena Distelfeld, die zugleich als "Sozialhelferin" in der Munizipalverwaltung tätig ist. Helena sorgt für Hygiene, ruft den Arzt, wenn es sein muß, stellt fest, wessen Armut am schlimmsten ist.

"Als jenes furchtbare Unglück passierte", sagt Helena, "faßte Gouverneur des Staates Rio de Janeiro einen Beschuß, der die Lebensbedingungen der Bewohner der übriggebliebenen Viertel der drei Favelas merklich verbesserte. In dem Raum, der nach dem Bergrutsch entstanden war, wurde dieser Aufzug gebaut."

Uns schließt sich Aldo Iovino an. Dieser italienische Ingenieur, der seit Jahren in Rio de Janeiro lebt, lieferte damals den Entwurf und leitete die Bauarbeiten.

"Für die Bewohner von Pfau, Kleinpfau und Henning war das eine Revolution", sagt er. "Früher gab es hier Menschen, die die Favela Jahrzehntelang nicht verließen. Für Kranke und Alte war schon der bloße Gedanke ein Grauen, daß sie bei der Heimkehr viele Hunderte Stufen hinaufklettern mußten."

Wir besteigen eine große eiserne Kabine, in der dicht an dicht Menschen stehen.

"Obrigens ist der Aufzug gebührenfrei", bemerkt Helena. "Sonst hätte



Unter jedem Dach der Favelas leben die Menschen Ihr Leben

das Ganze keinen Sinn gehabt. Wer hier wohnt, muß jeden Peso siebenmal umdrehen, und wenn sie zahlen müßten, würden sie nach wie vor zu Fuß gehen."

"Die Tragfähigkeit des Aufzugs beträgt 2,5 t", erklärt uns der Ingenieur. "Fünf Stationen: Heiliger Römer, angeblich mir zu Ehren", hier lächelt Aldo stolz, "Pfau, Halsband, so genannt nach einem hiesigen Vogel, Reiher und Neue Straße."

Wir stiegen bei Reiher aus. Ein reinlich gehaltener gepflasterter Weg wand sich den Hügelhang hinauf. In einer Freilichtschule unter einer Oberdachung wurde Unterricht erteilt. Die Lehrerin, eine stattliche Mulatin, kam uns entgegen, Helena zu umarmen. Nun mehr schwänze so gut wie niemand mehr die Schule, sagte sie, weil alle Kinder ein freies Frühstück bekämen. Ein starker Stimulus. Wir hielten vor einer Biriozca, was in der hiesigen Mundart ein Mittelding zwischen Imbißstube, Bar und Kramladen bedeutet. Auf einem langen Holztisch servierte uns der Barkeeper, ein hagerer bejahrter Neger in Shorts, ein Glas farblosen Saftes, den er aus einem langen Zuckerrohrstengel gepreßt hatte. Neben der Biriozca hockte auf der Erde ein athletisch gebauter Bursche, der in schwerer Benommenheit den Kopf fast bis zu den Kniehängen ließ. Kashasa, erläuterten meine Begleiter mir. Das ist ein billiger Schnaps... Kinderweinen aus offenen Fenstern. Die Melodie einer feurigen Samba, untermauert von sich überstürzenden Worten des Ansagers. Gerüche der zubereiteten Mittagspeisen. Hunde ohne Rasse, die in lauschigen Ecken vor sich hin dösen...

Und die erschütternd schöne, moder-

ne, reiche, majestätische Palaststadt mit dem grenzenlosen linsenblauen Ozean als Hintergrund. Rio, die Wunderstadt, wie sie in allen Reiseprospektien heißt, ist von hier, aus der Höhe von Pfau, Kleinpfauf und Henning, sehr gut zwischen den Elendshütten zu sehen. Man könnte Rio unendlich lange bewundern.

"Ob Rio de Janeiro ohne die Favelas existieren kann? Wenn die Favelados eines schönen Tages nicht in die Stadt zur Arbeit hinuntersteigen, wird Rio eingehen."

Carlos Alberto de Oliveira, ein Expont der Demokratischen Arbeiterpartei, ein großer, betont elegant gekleideter Neger mit einem schmalen Bart, empfing mich in der Municipalität. Er hatte seine Laufbahn an einer Zeitung begonnen, war darauf eine Zeitlang der Vorsitzende der städtischen Gewerkschaft der Journalisten, dann der Sekretär des Bundesstaates für Arbeits- und Wohnraumfragen. Jetzt kandidiert er bei den im November bevorstehenden Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und hat diesen Posten, wie das Gesetz vorschreibt, quittiert. Doch die Arbeit verrichtet er weiter. Im Vorzimmer von CAO — unter diesem Namen ist er allen Cariocas, will sagen, den Einwohnern Rios, bekannt — ist immer Gedränge. Menschen kommen um Rat und Hilfe.

"Was sind die Favelas, von denen es in unserer Stadt 400 gibt?" spann CAO seinen Gedanken weiter. "Das sind anderthalb Millionen Menschen, von denen die meisten weder Beruf noch ständige Beschäftigung haben. Eine selbst für eine so große Stadt wie die unsrige unerschöpfliche Reserve an Arbeitskraft. Zudem wird diese Reserve unverhältnismäßig stark aufgefüllt. Menschen, hauptsächlich landlose Bauern, strömen ununterbrochen nach Rio, um wenigstens etwas zu verdienen, um wenigstens irgendwie zu überleben. Wenn ich sage, daß die Stadt ohne sie eingehen würde, übertriebe ich nichts. Die Stadt lebt dank dem Schaffen von Maurern, Müllsämlern, Gärtnern und Hausangestellten... Sie arbeiten für das Wohlergehen der modernen Viertel — um abends in die Elendsviertel zurückzukehren, deren bloßer Anblick beschämend und bitter ist. Wo ist der Ausweg? Sollen wir die Favelas urbanisieren? Ja, und wir tun viel in dieser Richtung. Wir schließen sie an die Wasserleitung und das elektrische Netz an, bauen auf Kredit zwar keine luxuriösen, aber immerhin bewohnbare Häuser, zudem recht viele Schulen, diese als Standardbauten, die sich aus vorgefertigten Blöcken leicht und rasch montieren lassen. Der Autor dieser Massenserie von Schulbauten ist Oscar Niemeyer. Die Municipalität macht Geld für die Schulen und die Bezahlung von Lehrern ausfindig. Vor allem aber dazu, den Kindern die Schulspeisung zu sichern. Nur dann lassen die Eltern ihren Sohn oder ihre Tochter zur Schule gehen. Wenn nicht, werden sie die

Kinder auf die Straße schicken — mögen sie etwas verdienen, wie sie können, oder auch stehlen. Hauptsache, sie hungern nicht, wie noch sehr viele von meinen kleinen Landsleuten hungern und vor Hunger sterben. Vor allem solche, die wie ich dunkelhäutig sind."

"Heißt das, daß die Ungleichheit nicht nur in der Vermögenslage, sondern auch im Rassismus wurzelt?"

"Leider. Wer verläßt z. B. Bahia, dessen Boden die Leute nicht ernährt? Neger, die 80 Prozent der Bevölkerung des Bundesstaates ausmachen. Wohin ziehen sie? Nach Rio de Janeiro, nach São Paulo, kurz, in Großstädte, wo sie dann aber meist ein Elendsdasein führen. In dieser sozialen Schicht gibt es die höchste Kindersterblichkeit und die niedrigste Lebenserwartung."

"Aber Sie, Carlos, Sie haben es doch geschafft, Bildung zu erlangen und einen würdigen Platz in der Gesellschaft einzunehmen."

"Ich gehöre zur sogenannten Mittelschicht der Farbigen, die langsam wächst, wenn sie auch die Last der



Wir haben jetzt eine neue Schule!

Foto aus:
"Manhete" (Brasilien) und
"National Geographic" (USA)

Rassenvorurteile zu spüren bekommt. Sie können mir glauben, daß das erniedrigend genug ist. Doch im Rahmen einer Nation, zu deren Herausbildung die Sklaven aus Afrika einen wesentlichen, wenn nicht gar den entscheidenden Beitrag geleistet haben, bedeutet das Bestehen dieser Mittelschicht recht wenig. Bei der jetzt einsetzenden Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft ist es notwendig, eine umfassende und radikale Agrarreform durchzuführen. Nur wenn man den Millionen Menschen, die in unserem Land, einem der reichsten Länder der Welt, immerzu nach Existenzmitteln suchen müssen, Grund und Boden zur Verfügung stellt, kann man den Teufelskreis der Übersaturation der Städte mit Hungrigen, Ob-

dachlosen, Elenden und Arbeitslosen durchbrechen. Sonst werden wir die sozialen Spannungen nicht überwinden.

Ja, einfacheitshalber schematisierend kann man feststellen: Es gibt zwei Brasilien, zwischen denen der bodenlose Abgrund der Klassengegensätze gähnt. Eine prosperierende Minderheit. Und die Mehrheit, die ihr Leben lang ums Überleben kämpft. Über den Abgrund führt eine höchst wackelige Brücke. Zum politischen Alltag des Landes gehört ein immer heftigerer Klassenkampf, der jeder Partei diktirt, nicht nur ihr politisches Kredo zu verkünden, sondern auch eine klare Position diesseits oder jenseits des Abgrunds zu beziehen.

Stetig und merklich erhöht sich die Rolle der Brasilianischen Kommunistischen Partei (PCB). Sie ist gegenwärtig in vielen örtlichen Machtorganen und im Parlament vertreten. Die Kommunisten, die unter dem Militärregime illegal wirken mußten, harten Repressionen ausgesetzt waren, haben heute das Recht, im Fernsehen Stellung zu nehmen und eigene Zeitungen herauszugeben. Die Öffentlichkeit hört immer aufmerksamer auf ihre Stimme, die Stimme der proletarischen, marxistisch-leninistischen Partei.

Roberto Freiry, Mitglied der Exekutivkommission des ZK der PCB und Kongreßabgeordneter, schildert den Kurs seiner Partei folgendermaßen.

Gegenwärtig gebe es in Brasilien zwei Blöcke. Die Vertreter des einen seien darauf bedacht, ihre Privilegien und ihre Güter zu bewahren. Die Vertreter des anderen strebten eine weit umfassendere Demokratie an. In diesem Block, der sich zu Veränderungen verpflichtet habe, beabsichtigen die Kommunisten, eine führende Rolle zu spielen.

Die PCB werde auch weiter die Regierung unter Präsident Jose Sarney unterstützen, die nach Freirys Meinung ihre Verpflichtungen alles in allem erfülle, wenn auch ein Rückzug der Regierung in einigen Richtungen, vor allem im Tempo und Umfang der Agrarreform, bei den Kommunisten Besorgnis erzeuge.

Eine maßlose Stadt

Eine Megapolis ist in der Welt von heute keine Seltenheit mehr. Sao Paulo, das mit Vororten schon jetzt ca. 18 Millionen Einwohner zählt, kann Ende des Jahrhunderts auf mehr als 24 Millionen anwachsen. Eine Super-Megapolis. Zwischen Rio de Janeiro und Sao Paulo besteht eine Luftbrücke; der Abstand zwischen den Maschinen beträgt eine halbe Stunde. Das Flugzeug kreist lange über dem Wald recht monotoner Wolkenskratzer, findet eine enge Schneise und landet in der Nähe des Stadtzentrums. Sofort wird man vom Gefühl der Maßlosigkeit erfaßt, befaßt — und nicht mehr losgelassen. Um ein Rechteck Himmel aus der tiefen

Schlucht der Prospekte zu sehen, muß man den Kopf zurückbeugen. Am liebsten würde man sich eine Gasmacke überstülpen, weil die Luft von Sao Paulo weit weniger Sauerstoff als Fabrik- und Auspuffabgase enthält.

Eine maßlose Stadt maßlosen Stresses, einer maßlosen Zusammenballung der Industrie, eines maßlosen Reichtums und eines maßlosen Elends. Die Hauptstadt der zahlreichen brasilianischen Kontraste. Aber ob nur der brasilianischen?

"Sao Paulo ist die präferierte Stadt imperialistischer transnationaler Konzerne. Hier gedeihen sie wie nirgends sonst in der Welt", sagte mir Luis Inacio Lula da Silva, der Vorsitzende der Partei der Werktautigen, in Brasilien von allen kurz Lula genannt.

"Als Nation sind wir auf die rasche industrielle Entwicklung Brasiliens stolz. Das ist in erster Linie der Arbeiterklasse zu verdanken. Vergleicht man aber deren Lebensstandard mit dem in den sieben kapitalistischen Staaten, denen Brasilien auf der Liste folgt, und in jenen, die es bereits überholt hat, so erweist sich, daß unser Lebensstandard tiefer liegt. Im Grunde ebenso tief wie bei den Arbeitern in den wirtschaftlich unterentwickelten afrikanischen Ländern. Warum? Weil das internationale und das einheimische Kapital Brasilien wie ein Land der dritten Welt behandelt. Für dieses Kapital schlagen wir ökonomische Rekorde, die vorläufig den meisten Werktautigen keinen Wohlstand bringen."

"Das ist aber gelinde gesagt ungerecht."

"Ja, die wahrste Willkür. Was 'kostet' im Durchschnitt ein Brasilianer, der in einem Betrieb irgendeiner amerikanischen, bundesdeutschen oder französischen Gesellschaft beschäftigt ist? Er ist dreimal billiger — denken Sie nur, dreimal billiger — als sein Kollege in einem ähnlichen Betrieb in den USA, der BRD oder in Frankreich. Dabei hat der Brasilianer eine ebenso hohe, wenn nicht noch höhere Leistungsfähigkeit. Demgemäß erzielen die ausländischen Unternehmer hier unvergleichlich höhere Profite als daheim und verfügen darüber nach Herzenslust, weil sie zudem eine Art Exterritorialität genießen... Nennt man die Dinge beim Namen, so haben wir es mit der rücksichtslosen, aggressiven Politik der Ausbeutung unseres Volkes und mit dem Raubbau an seinen Reichtümern zu tun."

"Sie sind ein Pessimist, Lula."

"Im Gegenteil. Ich bin Proletarier. Arbeitete als Dreher. Kenne das Leben des Werktautigen nicht vom Hörensagen und nicht aus Büchern. Meine Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft erlaubt mir nicht, Pessimist zu sein, der eine traurige Wirklichkeit konstatiert und den Kampf aufgibt. Ich bin überzeugt: In unserem Land sind alle Bedingungen und alle Mittel gegeben, damit sich die sozial-ökonomische Situation zugunsten der Werktautigen von Grund auf verändert."

"Ein herbeigesehntes, doch fernes Ziel?"

"Ich hoffe, es realisiert zu erleben. Meine Hoffnung hat durchaus reale Gründe. Vor allem wächst das Klassenbewußtsein der Arbeiter hier, in Sao Paulo, und überall im Lande merklich. Metall-, Textilarbeiter, Automobilbauer, die Proletarier des Dorfes erkennen allmählich ihre Rolle in der Gesellschaft, den Sinn ihrer Arbeit und den Sinn der Ausbeutung dieser Arbeit."

In Brasilien gibt es viele aufrichtige, bewährte Freunde der UdSSR. Aber auch sehr viele, die sie gar nicht kennen, denn die imperialistischen Mittel der Massen(Des)information und der Massenverdummung unterlassen nichts, um dieses Nichtwissen fortbestehen zu lassen. In Rio de Janeiro half mir Rene Capriles, bekannter Journalist und Literaturkritiker, viel bei der Arbeit. Gerade in jenen Tagen brachten dortige Zeitungen, darunter die PCB-Wochenschrift "Voz da Unidade", seine tiefshürfenden analytischen Artikel über den XXVII. Parteitag der KPdSU.

In Sao Paulo traf ich einen weiteren sehr sympathischen Menschen: Gilda de Barros Pereira, ebenfalls Journalistin. Dank ihren Bemühungen bringen Zeitungen der Industriemetropole immer häufiger Artikel über die sowjetische Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst, über das Leben der Sowjetbürger. Gilda vermittelte mir ein Treffen mit Daniel Marun, Direktor der großen Import-Export-Firma DUFERCO. Sie hat feste Verbindungen mit unseren Außenhandelsstellen und ist bemüht, diese zu erweitern.

Brasilianische LKW-Fahrer bringen mit Vorliebe an der hinteren Stoßstange eine Sennenz an. Etwa: "Liebe den, der selber lieben kann", oder: "Ich habe jenen weinen gesehen, der über mich lachte", oder schließlich das simple, auch bei uns übliche "Ohne Sicherheit nicht überholen". Auf einer Bergserpentine, in der Nähe der alten, noch aus der Zeit der portugiesischen Herrschaft stammenden Stadt Ouro Preto, las ich an einem mit Kohlesacken beladenen LKW: "Man muß tragen, um keine Schulden zu haben."

An dieses Wort denke ich oft zurück. Brasilien "ist im Trab": um seine kolossale Schuld an die gierigen Wucherer abzuzahlen, um die Hungrigen nicht sterben zu lassen, um seine Pflicht zu tun gegenüber den Bauern, die noch keinen Boden haben, gegenüber den Indianern, die gerettet werden müssen; gegenüber den Favelados, die noch keinen Stromanschluß in ihren Behausungen haben; gegenüber den Arbeitern, die die Rolle von Sklaven von amerikanischen und bundesdeutschen Konzernen nicht hinnehmen wollen. Nur so kann das Land seiner historischen Berufung würdig sein.

Brasilia—Rio de Janeiro—Sao Paulo—Moskau

Wodurch erklärt sich eigentlich ein so niedriges Rentenalter in der UdSSR, besonders angesichts des Arbeitskräftemangels in Ihrem Land? Vielleicht dadurch, daß sich die Menschen im Sozialismus früh verschleißt und arbeitsunfähig werden.

Federico MINELLI
Turin, Italien



Es diskutiert
der erste Stellvertreter
des Ministers für soziale
Fürsorge des RSFSR,
Wladimir BABKIN

Ihre Frage, Herr Minelli, wird viele sowjetische Leser der NZ sicherlich erstaunen. Erscheint uns ja Ihre Vermutung als absurd.

Das, verglichen mit einer Reihe westlicher Länder, niedrige Rentenalter ist eine der wichtigsten Errungenchaften unserer sozialistischen Gesellschaft. Und wir sind zu Recht stolz darauf. Das Gesetz, dem zufolge Frauen in unserem Lande mit 55 und Männer mit 60 in Rente gehen können, wurde bereits Ende der 20er Jahre angenommen. Und nie wurde dieses Gesetz verletzt, nie wurde die Altersgrenze angehoben — weder in den Jahren angespannter Arbeit der ersten Fünfjahrpläne, die unser Land umgestalteten, noch während des Großen Vaterländischen Krieges, der die Aufbietung aller Kräfte zum Sieg über den Faschismus verlangte, oder beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Krieg...

Zudem können unseren Gesetzen zufolge einige Kategorien von Werktätigen fünf, ja 10 Jahre eher in Rente gehen als die anderen. Das gilt z. B. für Bergleute, Metallurgen,

Arbeiter der Chemieindustrie, in der Textilindustrie tätige Frauen...

Dabei sei bemerkt, daß z. B. in einem so hochentwickelten westlichen Land wie den USA bei einer etwa gleichen Lebenserwartung wie in der Sowjetunion (70 Jahre) das Rentenalter viel höher liegt: 65 Jahre für Frauen wie für Männer. Und dort kann man tatsächlich von einem arbeitsbedingten "Verschleiß" sprechen.

Wovon lassen wir uns bei der Beibehaltung des niedrigen Rentenalters leiten? Vor allem von humanen Überlegungen, von Achtung vor dem arbeitenden Menschen. Die Möglichkeit, zur rechten Zeit in Rente zu gehen, gibt älteren Menschen Optimismus, Zukunftsvorsicht und eine gewisse Unabhängigkeit. Ist es ja häufig so, daß ältere Menschen, die mit vollem Einsatz gearbeitet haben, entsprechend ihren Kräften, ihren persönlichen und gesellschaftlichen Interessen sowie Neigungen eine leichtere Beschäftigung finden und den Arbeitsrhythmus ändern möchten, ohne ihre wirtschaftliche Selbständigkeit zu verlieren. Sie wissen, daß die von ihnen erarbeitete Rente ihnen die Wahl läßt, etwas zu tun, was ihnen gefällt, oder der Familie und gesellschaftlicher Tätigkeit in Verbindung mit gesunder Erholung große Aufmerksamkeit zu schenken.

Die meisten sowjetischen Menschen wollen nach Erreichung des Rentenalters weiterarbeiten. Sieben von zehn Rentenberechtigten arbeiten — und das durchaus produktiv und schöpferisch, wobei sie ihre Erfahrungen der nachrückenden Generation vermitteln. Von prinzipieller Bedeutung ist dabei, daß das sowjetische Gesetz die Entlassung eines Werktätigen wegen Erreichung des Rentenalters verbietet.

Kurz gesagt, sind die sowjetischen Rentner keine "ausgepreßten Zitro-

DISKUSSION MIT DEM LESER

nen", keine "Abfälle der Produktion". Sie sind gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft, die eine aktive staatsbürgerliche Haltung einnehmen. Sie haben ihren Lebensunterhalt — nicht in Luxus, sondern durchaus würdig und ohne auf einen Verdienst angewiesen zu sein —, doch den eigentlichen Sinn und Ansporn des Lebens sehen sie in der Arbeit.

Und das, obgleich natürlich auch die materielle Interessiertheit von sehr wesentlicher Bedeutung ist. Die weitauß meisten arbeitenden Rentner erhalten ihre Rente vollständig. Das gilt für alle Arbeiter und Meister, für Ärzte, Krankenschwestern, Lehrer auf dem Lande sowie für die Werktätigen vieler anderer Berufe. Wer will, kann einen verkürzten Arbeitstag oder eine verkürzte Arbeitswoche tätig sein bzw. zu Hause arbeiten.

Die sowjetischen Rentner, ob noch berufstätig oder nicht, sind gleichberechtigte Bürger — und das nicht nur juristisch, sondern auch in der Praxis. Ihnen sind ebenso wie allen sowjetischen Menschen kostenlose medizinische Hilfe, das Recht auf Wohnraum, auf aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und an der Lösung sozialer Fragen garantiert. So sind sie keineswegs "überflüssig" oder eine Last für den Staat. Denn das ist auch ihr Staat. Und niemand hat das Recht, ihre menschliche Würde zu schmälern. Das ist wohl das Wichtigste!

Bei uns im Land gibt es heute viel Neues. Der XXVII. Parteitag der KPdSU stellte dem Sowjetvolk völlig neue Aufgaben, deren Lösung zu einer grundlegenden Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft in allen Bereichen — auf wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiet — führen wird. In dem Mittelpunkt wurde dabei der "menschliche Faktor" gestellt. Er setzt sowohl die entscheidende Rolle des Menschen bei der Beschleunigung unserer Entwicklung voraus als auch, daß diese Entwicklung vor allem den Interessen der Menschen dient.

An der großen Umgestaltung, die unser ganzes Land verwirklicht, nehmen begeistert, verantwortungsvoll, mit Nutzen für die Gesellschaft wie für den einzelnen auch Millionen meiner Landsleute teil, die sich ihren Rentenanspruch erarbeitet haben. Und die kann man wirklich nicht als "verschleißt" bezeichnen.

Rätselhafter Turm

Der Ballsaal des Londoner Park-Lane-Hotels steht dieser Tage im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Schachwelt. Hier begann das Revanchespiel um die Weltmeisterschaft zwischen dem amtierenden Schachweltmeister Garri Kasparow und dem Ex-Champion Anatoli Karpow.

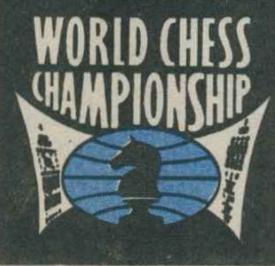
Die Wahl Londons als Auszugsort des ersten Teils des Revanchespiels war eine große Freude für die britischen Schachliebhaber. David Jarrett, Präsident des Britischen Schachverbandes, dankte dem Internationalen Schachverband (FIDE), dem Schachverband der UdSSR und den Teilnehmern des Spieles für das erwiesene Vertrauen. Wir werden uns bemühen, alles für die bestmögliche Organisation des Wettkampfs zu tun, sagte er, und hoffen, daß das Spiel zur Entwicklung der britisch-sowjetischen Freundschaft und Zusammenarbeit beitragen wird.

Warum fiel die Wahl gerade auf London? England hatreiche Schachtraditionen. In der britischen Hauptstadt fanden nicht wenige hochrangige Turniere statt. Dort spielten zu verschiedener Zeit alle

Weltmeister- und alle Weltmeisterschaftsanwärter. Doch noch nie wurde in Großbritannien ein Spiel um die Weltmeisterschaft ausgetragen. Und nun ist der von den britischen Schachfreunden so herbeigesehnte Augenblick da.

Das jetzige Match ist ein Jubiläumsspiel: Es wird 100 Jahre nach der ersten offiziellen Schachweltmeisterschaft, die 1886 in den USA stattfand, durchgeführt. Damals wurde Steinitz, der Zukertort besiegt, Champion. Und ein weiterer Blitzkurs in die Geschichte — um die enorm gestiegene Beliebtheit des Schachspiels zu illustrieren. Die FIDE entstand 1924 in Paris, bei den Olympischen Spielen. Damals zählte sie nicht einmal ein Dutzend nationale Verbände. Heute aber nehmen an ihren Jahreskonferenzen Verbände aus ca. 130 Staaten teil. Schachanhänger aus 5 Kontinenten vereint die Devise der FIDE "Gens una sumus".

Der kreative Charakter der sowjetischen Schachschule hat überall uneingeschränkte Anerkennung gewonnen. Ihre zahlreichen internationalen Erfolge sind — schon — etwas Ge-



wöhnliches. Das Match Garri Kasparow—Anatoli Karpow würde ich als Galakonzert bezeichnen, bei dem beide Solisten absolute Höchstleistungen der sowjetischen Schachkunst demonstrieren werden.

Schon lange haben so herausragende Großmeister nicht an derartigen Schachwettkämpfen teilgenommen: Beide siegen ständig in allen Turnieren. Bis zu diesem Match haben sie bereits 75 Partien gegeneinander gespielt und die Besonderheiten des Stils des anderen gründlich studiert.

In diesem Spiel trafen zwei verschiedene Systeme der Angriffsleitung aufeinander — das dynamische von Kasparow und das bedächtige von Karpow. Allgemein bekannt ist, welche faszinierenden Kombinationen der Weltmeister entwickeln kann — bereits beim Auftakt des Spiels überraschte er durch ein glänzendes technisches Positionsspiel. Doch wir würden auch nicht erstaunt sein, wenn Karpow, der ein systematisches Positionsspiel vorzieht, sich plötzlich verwandeln und — um sich den Weltmeistertitel zurückzuholen — selbst versuchen würde, dem Rivalen ein kühnes Kombinationsspiel aufzuzwingen.

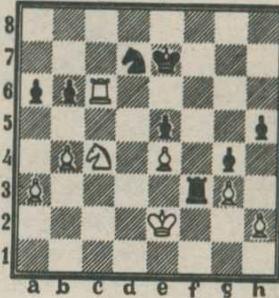
In der ersten Woche wurden drei Partien gespielt, und sie alle endeten mit einem Remis.

Am interessantesten war meiner Meinung nach die zweite Partie. Der Champion, der das überaus ruhige Spiel

Karpows im Endspiel zu nutzen suchte, entwickelte starken Druck auf dessen Positionen. Dramatisch wurde es mit dem 39. Zug. Wie sich später herausstellte, hätte Kasparow mit einem Schlag den Ausgang der Partie zu seinen Gunsten entscheiden können, doch, unter Zeitnot stehend, sah er nicht die Möglichkeit, den Turm von der 6. auf die 7. Reihe zu ziehen.

Und doch hatte Kasparow in der vertragten Partie einen Bauer mehr und gute Erfolgsaussichten. Aber an dem Tag, als die Partie zu Ende gespielt wurde, vermochte Karpow mit einer virtuosen Verteidigung ein Remis zu erreichen.

Und so sah die Situation in der zweiten Partie nach dem



38. Zug Karpows (schwarz aus):

Kasparow spielte 39. Se3. Karpow antwortete Sf6. Es folgten 40. T:b6 S:e4 41. D:a6. In dieser Position wurde das Spiel vertragt.

Als die Partie zu Ende gespielt wurde, folgten: 41. ...Tf2 + (+ bedeutet Schach) — der aufgezeichnete Zug, der in einen Umschlag gelegt und dem Schiedsrichter übergeben wird. 42. Kd3 Sd6 43. Ta7+ Ke6 44. Th7 e4+ 45. Kc3 Sb5+ 46. Kc4 Sa3+ 47. Kd4 T:h2 48. Th6+ Kd7 49. Sd5 h4 50. T:h4 T:h4 51. gh g3 52. Sf4 Sc2+. Remis.

Bleibt Garri Kasparow Weltmeister oder wird Anatoli Karpow Revanche nehmen können?

David BRONSTEIN,
Internationaler Großmeister

Beim Revanchespiel Garri Kasparow — Anatoli Karpow. Am Zug der Weltmeister

Foto: Reuter—TASS



Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja pravda"

TRANSIT ÜBER DIE UdSSR
die kürzeste und günstigste Route
von Europa
nach Südostasien und
dem Fernen Osten

Bei einem Zwischenauftenthalt in Moskau können Sie die sowjetische Hauptstadt und ihre berühmten Theater und Museen, ihre historischen und architektonischen Sehenswürdigkeiten erleben.

Ausführliche Informationen über Transitreisen durch die UdSSR in jeder Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

AEROFLOT - SOLIDER SERVICE



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



Geborgenheit



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHENWETTBEWERB
„JAHR DES FRIEDENS“

**Aufnahme
von
Ram
DHAMIJA
(Indien)**